

ROTFUCHS

TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN UND SOZIALISTEN IN DEUTSCHLAND

Die Riege der Erpresser

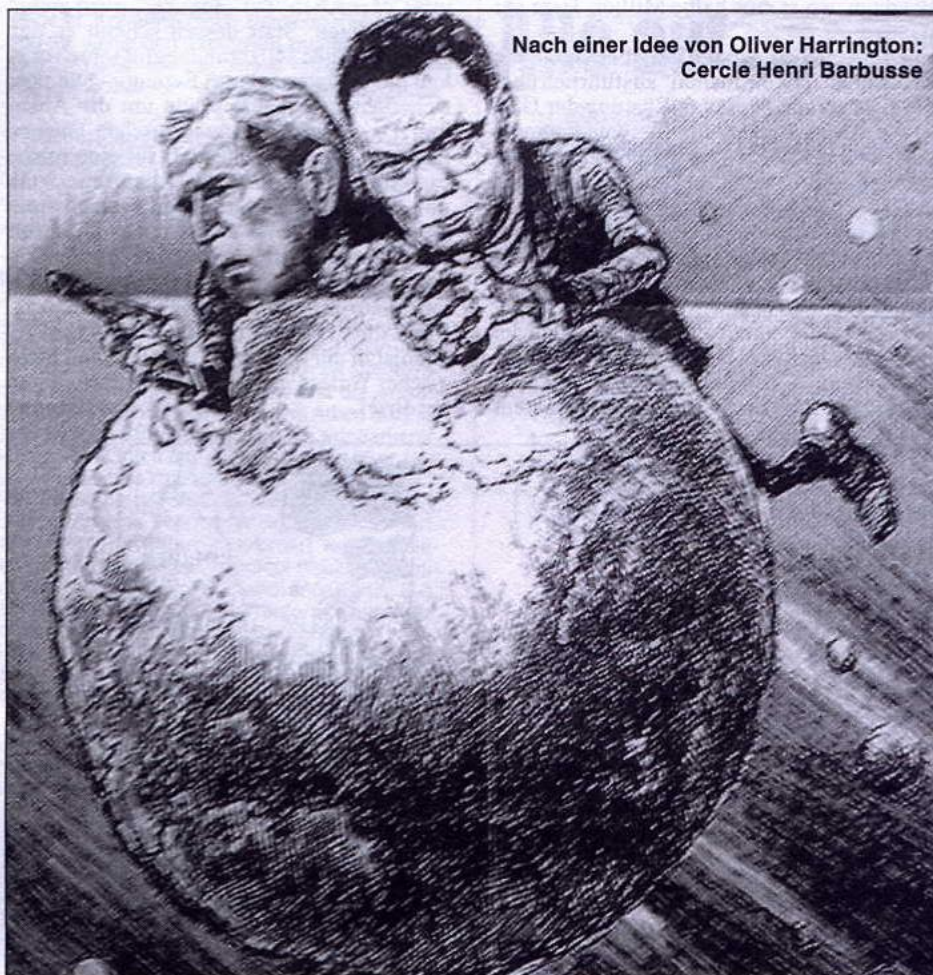
Zwischen Washington und Berlin, London und Paris werden die Völker des Westens von Erpressern regiert. George W. Bush, der Staatsterrorist Nr. 1 aus Texas, und sein als Außenminister verkleideter Vier-Sterne-General Colin Powell haben den anderen vor-exerziert, wie man es machen muß. Gleich im Bündel erpreßten sie die Staaten der zwischen Indik, Pazifik und Golf operierenden „Atlantischen Allianz“ mit ihrer Lüge vom „Angriff auf Amerika“, die den „kollektiven Verteidigungsfall“ des imperialistischen Kriegspaktes auslöste. Und Bush stellte den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen mit der Erklärung seines UNO-Botschafters John Negroponte, die USA würden aus Gründen der „Selbstverteidigung“ den „internationalen Terrorismus“ in Afghanistan mit Bombenteppichen belegen, vor vollendete Tatsachen. Nicht anders ist die Szenerie in Deutschland, dessen Politiker amerikanischer als die Amerikaner sein wollen. Die SPD und Bündnis 90/Die Feldgrauen haben die BRD nach dem 11. September in einem Maße auf Repression und Aggression ausgerichtet, wie es selbst

Kohl und seine CDU nicht gewagt hätten. Schröder, inzwischen der Lieblingspolitiker des deutschen Monopolkapitals, blieb Bush nichts schuldig. Im Bundestag erpreßte er die Kriegsunwilligen in den Reihen der beiden Regierungsparteien und führte die Protestierer als hilflose Hampelmänner vor. Das Ergebnis: Grünes Licht für den Krieg! Dieses Signal kam aus Rostock, wo Schröders Komplize Fischer – ein weiterer Spitzenspieler aus der Riege der Erpresser – als Trittbrettfahrer des Kanzlers ebenfalls die „Vertrauensfrage“ stellte und den Delegierten des Parteitag der Grünen damit das Messer an die Kehle setzte. Durch den Trick, zwei „konkurrierende“ Anträge für den Kriegseinsatz zu stellen, die beide in die Stichwahl gelangten, ließen Fischer & Co die mit sieben Anträgen zersplitterten Friedenskräfte ins Leere laufen. Die Völker des Westens sind zur Geisel politischer Erpresser geworden. Ein kriminelles Spiel, dem nur durch kollektiven Widerstand der Erpreßten begegnet werden kann.
Klaus Steiniger



INHALT

Wo der Milzbrand herkommt	S. 2
Der Kindermord des Herodes	S. 3
Anleihe bei Hitler	S. 4
Mit gespaltener Zunge	S. 5
Ein Marx-Töter als Pate	S. 6
11 Programmatische Forderungen	S. 7
Der gemeinsame Nenner	S. 8
Ein aktiver Organspender	S. 8
Sandburgen	S. 9
Erklärungsmuster	S. 10
Zur Produktivkraftzerstörung	S. 10
Zum Klassencharakter des Staates	S. 11
Nazischnauzen stopfen	S. 12
Wieder am Jarama	S. 13
Und nun auch Bulgarien ...	S. 13
Weihnachtsgrüße an Kurt Stand	S. 14
Milosevic klagt an	S. 15
Dekorierung mit Doppelsinn	S. 15
Ein Terrorist als Botschafter	S. 15
Ritt auf der Münchhausenkugel	S. 16
Geschenke an Bush	S. 17
Missionare im Anmarsch	S. 17
Was weiß man über Putin?	S. 18
Presente!	S. 19
Trommler gegen den Krieg	S. 20
Rentner haben niemals Zeit	S. 21
Leserbriefe	S. 22
Termine & Anzeigen	S. 24



Nach einer Idee von Oliver Harrington:
Cercle Henri Barbusse

Das Pentagon versteht sich auf biologische Kriegführung

Wo der Milzbrand herkommt

„Der Feind ist unsichtbar, nur unter dem Mikroskop auszumachen. Er flutet durch U-Bahn-Schächte in New York, hängt über dem National Airport und dem ‚Greyhound‘-Busbahnhof von Washington, kriecht durch Autobahntunnel in Pennsylvania ...“ Nicht im Herbst 2001 las man das im SPIEGEL und anderswo, sondern schon Mitte 1977. Anlaß war ein kurz zuvor veröffentlichter zweibändiger Report der U. S. Army über den Krieg mit biologischen Waffen (Biological Warfare – BW). Viel Aufsehen oder Empörung erregten die Berichte nicht, ging es doch damals gegen „das Böse“, wengleich in Gestalt der Sowjetunion.

Von 1949 bis 1969 wurde dem Army-Report zufolge 239 Mal geprobt, einen B-Krieg offensiv zu führen. Und zwar „am lebenden Objekt, an Menschen, Tieren und Pflanzen“. So wurde im U-Bahnsystem Süd-Manhattans eine mit Aerosol-Freibstoff und angeblich „harmlosen“ Bakterien gefüllte Glühbirne aus einem Zug geworfen, um danach die Verbreitung im Bezirk zu ermitteln. Von der 14. bis hinauf zur 58. Straße, „überall war eine ganze Menge Aerosol“, erklärte ein Beamter des Pentagon.

Zwischen 1950 und 1966 wurden mindestens acht Städte der USA und Militäreinrichtungen „bakteriologischen Scheinangriffen“ ausgesetzt. Dabei gab es schon längst Hinweise darauf, daß die ausgewählten Bakterien „Serratia marcescens“ Schuld am Ausbruch einer Infektion in San Francisco waren, bei der es ein Todesopfer gegeben hatte. Nach solchen Menschenversuchen in Alabama und Florida verdoppelten bzw. verzehnfachten sich die Fälle von Lungenentzündungen, und in Key West starben – dadurch bedingt – siebenmal mehr Kranke. In Utah tötete 1967 ein BW-Manöver 6 400 Schafe auf einer Weide, die in Windrichtung neben dem Versuchsgelände lag. Die U. S. Army mußte zugeben, daß sie acht biologische Kampfstoffe zum Einsatz gegen Menschen produzierte und lagerte, Viren und Bakterien, die u. a. Fleckfieber, Pest und ... Milzbrand auslösen. Über 150 Versuche wurden, angeblich mit deren Einverständnis, an Häftlingen des Ohio-Staatsgefängnisses sowie an Kriegsdienstverweigerern der 7. Tag-Adventisten durchgeführt. Weitere 21 Menschenversuchsprojekte mit jeweils bis zu 10 Beteiligten blieben der Geheimhaltung unterworfen.

Das BW-Programm der USA, nach Kriegseintritt 1941 von Präsident Roosevelt mit defensiven Zielen gestartet, wurde seit dem Beginn des Kalten Krieges auf offensive Zwecke ausgerichtet. Auch die 1945 zu den USA-Streitkräften entkommenen Mörder im Weißen Kittel aus der berüchtigten japanischen Ishii-Spezialeinheit für biologische Kriegführung traten in amerikanische Dienste. Vermutlich wirkten sie im Korea-Krieg an der Bereitstellung einer B-Waffe mit, die zu Fieber, Blutsturz und Tod führt, und 1951 am 38. Breitengrad versehentlich auch 150 US-Soldaten das Leben kostete. Unmittelbar nach Kennedys Amtsantritt 1961 wurde ein umfassendes 4-Milliarden-Dollar-Entwicklungsprogramm für chemische und biologische Waffen aufgelegt. „Alle möglichen Anwendungsbereiche“ sollten in Erwägung gezogen werden. Zentren der Forschung und

Entwicklung wurden Fort Detrick in Maryland und die biologischen Laboratorien der Marine. Ein Ergebnis war auch das „Entlaubungsmittel“ Agent Orange, an dessen Folgen das vietnamesische Volk noch heute leidet. Als Präsident Nixon 1969 unter internationalem Druck auch für die USA den Verzicht auf offensiven B-Waffeneinsatz erklärte, wurden einige Produktionsstätten stillgelegt und ein Teil der Kampfstoffe vernichtet. Man nahm Anlagen aus, die „für defensive BW-Forschung“ in Betracht kämen. (Bekanntlich dient in den USA das gesamte Waffenarsenal ausschließlich zu „defensiven Zwecken“!) Was Nixons fromme Erklärung bedeutete, erfuhr Kuba nur zwei Jahre später, als CIA-Terroristen den Erreger des bis dahin in ganz Amerika unbekannt

zündung, Gelb- und Fleckfieber, Papageienkrankheit, Typhus, Pest und ... Lungenmilzbrand ... gehören dazu.

In der Felddienstvorschrift der U. S. Army FM 3-10 „Einsatz von chemischen und biologischen Kampfmitteln“ wird als deren „Vorzug“ ihre große „Suchfähigkeit“ hervorgehoben; mit ihnen können ausgedehnte Gebiete effektiv eingedeckt werden, in denen feindliche Truppen nicht klar lokalisierbar sind; ermöglicht wird auch die Durchdringung sonst unzugänglicher Strukturen wie Bunker-, Tunnel- und Höhlensysteme ... Zudem können die Waffen so gewählt werden, daß sie eine in dem angegriffenen Gebiet ohnehin mögliche Krankheit auslösen. Der Schlag bleibt unbemerkt, weil die Kampfstoffe nicht wahrgenommen werden und die Inkubationszeit Tage oder gar Wochen beträgt. Auch die Verseuchung des Wassers, ein infizierte Insekten aussetzendes oder Aerosol versprühendes Flugzeug bleiben unidentifizierbar. Das waren die damaligen drei Hauptträgermittel für B-Waffen. Ein Spezialistenteam führte allerdings bereits 1969 einen biologischen Scheinangriff gegen die Klimaanlage des Capitols und des Weißen Hauses ...

Bekanntlich wird 32 Jahre später den Aerosolen, Insekten, dem Wasser oder auch Mäusen und Ratten bislang der Postweg vorgezogen. Das jedoch verweist aufgrund des damit erreichbaren niedrigen Verbreitungsgrades darauf, daß das Ziel solcher Angriffe offenbar zunächst nicht darin besteht, so viele Menschen wie möglich zu infizieren und zu töten. Statt dessen scheint es den gegenwärtigen Milzbrandaggressoren vor allem um die massenhafte Erzeugung von Unsicherheit und Angst sowie um die Ablenkung von einem verbrecherischen eigenen Krieg zu gehen. Der Begriff für eine solche Einwirkung auf das amerikanische Volk und die Weltöffentlichkeit ist Terror – ein Grundelement imperialistischer Kriegführung. Die Bereitstellung entsprechender Sondereinheiten – auch der Bundeswehr – deutet darauf hin, daß bei der als Suche nach Bin Laden firmierten Aggression gegen Afghanistan der Einsatz chemischer und biologischer Waffen geplant ist. Dort wohl kaum per Brief.

Werner Hoppe

BRD-Giftexport

1999 exportierte Deutschland für 77,4 Millionen DM tödliche Gifte in die USA. Zweck des Exports: „Biologische Agenzien (Erreger) und radioaktive Stoffe für den Kriegseinsatz (zur Außergefachtsetzung von Menschen und Tieren, zur Funktionsbeeinträchtigung von Geräten oder zur Vernichtung von Ernten oder der Umwelt) und chemische Kampfstoffe. Geliefert wurden an die US-Armee u. a. Nervenkampfstoffe, Hautkampfstoffe, Psychokampfstoffe und Entlaubungsmittel.“ (Welt am Sonntag, 14. 10. 2001)

afrikanischen Schweinefiebers auf die Insel brachten, wo er eine halbe Million Tiere vernichtete.

Ebenfalls im November 1969 berichtete die Zeitschrift „Tricontinental“ ausführlich über die andauernde B- und C-Rüstung der USA sowie deren Bedeutung für den konterrevolutionären Krieg gegen Befreiungsbewegungen. Die Veröffentlichung beruhte auch auf Informationen von CIA-Angehörigen, die nach der Eskalation des Vietnamkrieges nicht länger schweigen wollten. Die in der Zeitschrift von A wie Anthrax bis Y wie Yellow Fever aufgelisteten Krankheitserreger für B-Waffen lesen sich wie Ausgeburten der perversen Gehirne faschistischer Forscher: Botulismus, Cholera, Ruhr, verschiedene Viren zur Auslösung von Gehirnhautent-



Von antiken Untaten bis zu Streubomben in Afghanistan

Der Kindermord des Herodes

Geografische Lage, Landschaftsbild und soziale Lebenszusammenhänge im Mittleren und Nahen Osten haben eine merkwürdige Ähnlichkeit. Ein armes Land, nomadisierende Volksgruppen, in Stämmen organisierte Gesellschaften – das sind die Kennzeichen, die das Afghanistan von heute dem arabisch-palästinensischen Raum von vor zwei Jahrtausenden in mancher Hinsicht verwandt erscheinen lassen. So geht es mir jedenfalls, wenn ich mich – durch den Festkreis des Jahres dazu angeregt – wieder einmal mit den spätantiken Texten beschäftige, die in die Schriften des Zweiten („Neuen“) Testaments jenes Buches aufgenommen wurden, das die Christen Bibel nennen. Dabei denke ich weniger an die Weihnachtsgeschichte, die der Evangelist Lukas in seinem 2. Kapitel bietet und die mit mehr oder weniger rhetorischem Talent in den Christvespern am 24. Dezember landauf/landab rezitiert wird, als vielmehr an eine andere Erzähltradition nach dem Evangelisten Matthäus, die in den gottesdienstlichen Lesungen selten vorkommt und die auch kaum theologisch-kirchliche Verwendung findet. Es sind dies die Abschnitte „Die Flucht nach Ägypten“, „Der Kindermord des Herodes“ und „Die Rückkehr aus Ägypten“ (Matth. 2, ab Vers 13). Man lese die Stellen einmal selber nach.

Im ersten Abschnitt ergeht an den Vater des neugeborenen Kindes und Beschützer von dessen junger Mutter der dringende Rat, sich aus dem galiläischen Bethlehem aufzumachen, wohin sie sich wegen der staatlichen Steuererfassung begeben hatten. Auch eine Begründung dafür wird ihm in seiner bösen Traum-Ahnung zuteil: „Steh auf, nimm das Baby und seine Mutter mit dir und flieh nach Ägypten und bleib dort, bis ich dir's sage; denn Herodes hat vor, das Kind zu suchen, um es umzubringen.“ (Matth. 2, 13)

Der Unterführer Herodes im Dienste des Führers der damaligen „freien Welt“, des römischen Kaisers Augustus, ließ fahnden nach einer jungen Familie mit ihrem Kind, weil ihm zu Ohren gekommen war, daß in jüdischen Kreisen von einem angeblichen neuen König in Israel gemunkelt wurde, der in diesen Wochen einer auffälligen Sternkonjunktion geboren worden sein sollte.

Wenn die Führer sogenannter zivilisierter Länder sich in ihrer Macht bedroht sehen, ergreifen sie umgehend alle möglichen Maßnahmen, nicht zuletzt militärische Mittel, um diese Gefahr unter allen Umständen zu bannen. Historisch belegt ist denn auch, daß jüdische Sattrapen von Roms Gnaden mehrfach Unruhen und Aufstände in israelitisch bevölkerten Provinzen erstickt und niedergeschlagen haben. Der bekannteste wurde der Aufstand unter Bar Kochba im Jahre 66 n. U. Z., der mit der Zerstörung des (zweiten) Tempels endete. Jedenfalls waren auch zur Zeit der Geburt von Jesus in einem Land der damaligen „dritten Welt“ repressive Maßnahmen und militärische „Befriedigungsaktionen“ an der Tagesordnung. Flüchtende Menschen, Migranten aus politischer oder wirtschaftlicher Not kannte auch die damalige Welt in Hülle und Fülle. Die Suche nach Fluchtwegen, das Sich-Verbergen in Rückzugsräumen vor den politisch Mächtigen war also ein der Kenntnis der Zeitgenossen unmittelbar gegenwärtiges Alltagsproblem – ähnlich dem permanenten Drang von Flüchtenden und Asylsuchenden aus den heutigen Notgebieten.

Im nächsten Abschnitt erfahren wir etwas von einem „Kindermord des Herodes“. Der jüdische Unterkönig von Kaisers Gnaden, der nicht in Erfahrung bringen kann, wo genau in dem damals überfüllten Ort Bethlehem der ihm gefährlich werdende Konkurrent um den Thron geboren wurde, setzt daraufhin seine Soldateska in jene Gegend in Marsch. Ob es gerücheweise ausgemalte Übertreibungen waren, oder ob dem Jesus-Biographen Matthäus die Fluchtgeschichte ins ägyptische Exil wegen ihrer symbolischen Bedeutung am Herzen lag (nämlich als sinnbildliche Wiederholung des ägyptischen Exils israelitischer Nomadenstämme und die sich daran anschließende Befreiung) – auch das kann heute niemand mehr mit Gewißheit feststellen. Als zutreffend und überaus realistisch aber muß eingeschätzt werden, daß damalige wie heutige Herrscher großer Weltreiche auch über Kinderleichen gehen, wenn sie ihre Machtverhältnisse bedroht sehen. Was schert es einen Bush junior und seine profitgierige Rüstungslobby, wenn Tausende afghanische Großfamilien, ausgemergelte Frauen mit hungrigen Kindern in weit abgelegene Steppegebiete fliehen, wo sie hoffen, eine Bleibe zu finden und von den Streubomben und Minen der „Kämpfer für das Gute gegen das Böse“ verschont zu werden?

Vir sollen der stärksten Bombenmacht der Welt ihre Beteuerungen glauben, es ginge ihr nur um die Ausschaltung von Terroristen zur Lebenssicherung der „ganzen zivilisierten Welt“. Dabei haben ihre politischen und militärischen Strategen längst ausgeplaudert, worum es ihnen in Wahrheit geht: um das Öl vom Kaspischen Meer, das sie sich sichern wollen, wenn die Ölvorräte Arabiens im überschaubaren Zeitraum versiegen werden. Sie wollen überall entlang der bereits geplanten Pipelines ihnen hörige Herodes-Führungen einsetzen, die die Herrschaft der Weltmacht USA über die Armen bis in alle Ewigkeit absichern sollen. Und um einen Anspruch auf einen Teil vom Kuchen schon jetzt anzumelden, beeilen sich Blair, Schröder und kleinere Unterführer im Dienste des größten Herrn, bei diesem militärischem Wettlauf mitzuhalteln. Es berührte den Herodes vor 2000 Jahren nicht, wie es auch die heutigen Herodesse unberührt läßt, wenn ihnen im Heiligen Buch, das auf ihren geschmückten Altären liegt, die Wahrheit über jene Zustände entgegenschreit, die sie selber verursacht haben und immer wieder verursachen: „In Rama hat man ein Geschrei gehört, viel Weinen und Wehklagen. Rahel beweinte ihre Kinder und wollte sich nicht trösten lassen, denn es war aus mit ihnen.“

(Matth. 2, 18)

Bei den weihnachtlichen Krippenspielen mit ihren goldenen Engelsgestalten und dem rosigem Säugling in der Krippe würde die gewünschte Festtagsstimmung peinlich gestört werden, wenn die toten Kinder von Rama, die hingemordeten Flüchtlingskinder Arabiens oder Afghanistans die rührende Szenerie verwandelten. Deswegen wohl wird man in den Kirchen von den ermordeten Kindern der biblischen Geschichte auch kaum etwas hören.

Über dem letzten der angegebenen Abschnitte steht: „Die Rückkehr aus Ägypten“. Einige Zeit ist vergangen, die Familie des Josef hat überdurchschnittliches Glück gehabt und konnte ihr Leben im Exil fristen. Nun ist der

alte Herrscher gestorben. Bessere Zeiten scheinen sich anzukündigen. Vielleicht eine Gelegenheit, nach Israel zurückzukehren? Wieder wird von Matthäus das literarische Motiv des Traumgesichts bemüht, um die Gewichtigkeit der rational-vernünftigen Überlegungen des Kindesvaters und seiner Frau – auf antike Weise durchaus üblich – zu unterstreichen. Nach der Ankunft in Israel erfahren sie freilich, daß der Sohn des Bluthundes jetzt König der Provinz Judäa ist.

Flüchtende, ständiger Gefahr ausgesetzte Menschen entwickeln eine Klugheit des Überlebenskampfes. Sie beschließen, in die Provinz Galiläa auszuweichen und finden schließlich in dem kleinen Ort Nazareth eine relativ komfortable Bleibe für viele Jahre. Josef kann sich dort eine kleine Zimmermannswerkstatt einrichten, in der auch der heranwachsende Jesus des öfteren mithelfen wird. Mancher Holzstamm geht durch seine Hände. An einem solchen, der allerdings aus einer hauptstädtischen Werkstatt kommt und zu einem Hinrichtungsinstrument verarbeitet worden ist, wird er mit 33 Jahren als Aufrührer enden. Bis er jedoch stirbt, löst er eine erstaunliche Bewegung aus. Landarme, gescheiterte, nach besseren Zuständen strebende Menschen, Männer und Frauen mit Visionen von einem menschenwürdigen Leben schließen sich ihm an. Die Bewegung wird für die Verwalter der römischen „Zivilisation“ gefährlich. Sie lassen ihn, wie viele vor ihm und nach ihm, kreuzigen. Doch seine Bewegung läßt sich nicht umbringen. Hier und da entstehen subversive Gemeinden, die die Weihnachtsbotschaft vom Frieden auf Erden und dem Wohlgefallen für alle Menschen weitertragen wollen. Sie leben sie an manchen Orten später sogar vor: „Alle aber, die gläubig geworden waren, waren beieinander und hatten alle Dinge gemeinsam. Sie verkauften Güter und Habe und teilten sie aus unter alle, je nach dem es einer nötig hatte.“ (Apostelgeschichte 2, 44 f.)

Schon in der Frühzeit der neueren Menschheitsgeschichte sind so erste Kerne des Kommunismus entstanden, der auch Ur- oder Frühkommunismus genannt wird. Vieler solcher Ansätze zu einem menschenwürdigen Dasein in Gerechtigkeit erlebte die Welt seither. Auch der bisher jüngste, umfassendste in der Geschichte ist in Europa zunächst gescheitert. Er wird nicht der letzte bleiben.

Vorerst bringen sie wieder Kinder um, die Herodesse unserer Zeit. Heute wird das mit Streubomben, mit Anti-Personenminen und mit angemieteter Soldateska erledigt, um „hochwertige“ eigene Elitetruppen nicht unnötig in Gefahr zu bringen. In Vietnam haben den befohlenen Völkermord an 3 Millionen Vietnamesen immerhin 56 000 amerikanische GIs mit dem Leben bezahlen müssen. Das soll nicht wieder vorkommen. Daher denken die Planer künftiger Morde an den Einsatz immer „verfeinerterer“ Waffen. Sie schließen biologische, chemische und nukleare Vernichtungsmittel nicht aus. Dagegen müssen sich die Menschen überall wehren. Für alle Friedenswilligen und nach Gerechtigkeit Strebenden, egal ob und wie religiös oder nichtreligiös sie sich verstehen, steht jedenfalls die Weihnachtsbotschaft unter einem guten Stern, weil sie das eigene Handeln einfordert.

Peter Franz, ev.-luth. Theologe

Über die Lüge vom „Antiterrorfeldzug“

Anleihe bei Hitler

Im Folgenden veröffentlichen wir Passagen aus einem nichtgehaltenen Diskussionsbeitrag des Genossen **Herbert Münchow** vom Marxistischen Forum Sachsen und Leipzig auf der Bundeskonferenz der Kommunistischen Plattform der PDS am 3. November 2001 in Berlin. Genosse Münchow übermittelte das Material mit der Bemerkung, er gebe uns den Text als „Sympathieerklärung für das Auftreten des Genossen Hans Fischer, Mitglied des „RotFuchs“-Fördervereins, auf einer Veranstaltung marxistischer Linker am 22. November 2001 in Berlin“ zur Kenntnis.

„Eine Epoche des Übermilitarismus steht der kapitalistischen Welt bevor. Der Antimilitarismus hat sich fieberhaft zu rüsten.“ Diese Worte Karl Liebknechts sind heute genauso aktuell wie im Dezember 1915. Am Beginn des 21. Jahrhunderts befinden wir uns in einer konkret-historischen Situation, die den qualitativen Umschlag hin zum „Imperium mundi“ (Weltreich) des Kapitalismus vorbereiten soll.

Die Maske fällt. Der größte Sophismus der Gegenwart lautet „Krieg gegen den Terror“. Die kapitalistische Gesellschaft, die in den Worten Liebknechts „ihrem Wesen nach nichts anderes ist als die mehr oder minder verhüllte Herrschaft der Gewalt“, läßt aus dem Munde ihrer Regierungen verkünden, eigentlich befürworte sie die Gewalt nur wider Willen. Aber im Interesse der Zivilisation, der Selbstverteidigung der „kulturellen Wertegemeinschaft“, sei man durch äußere Umstände gezwungen, auch den Krieg als letztes Mittel der Politik global wie lokal einzusetzen.

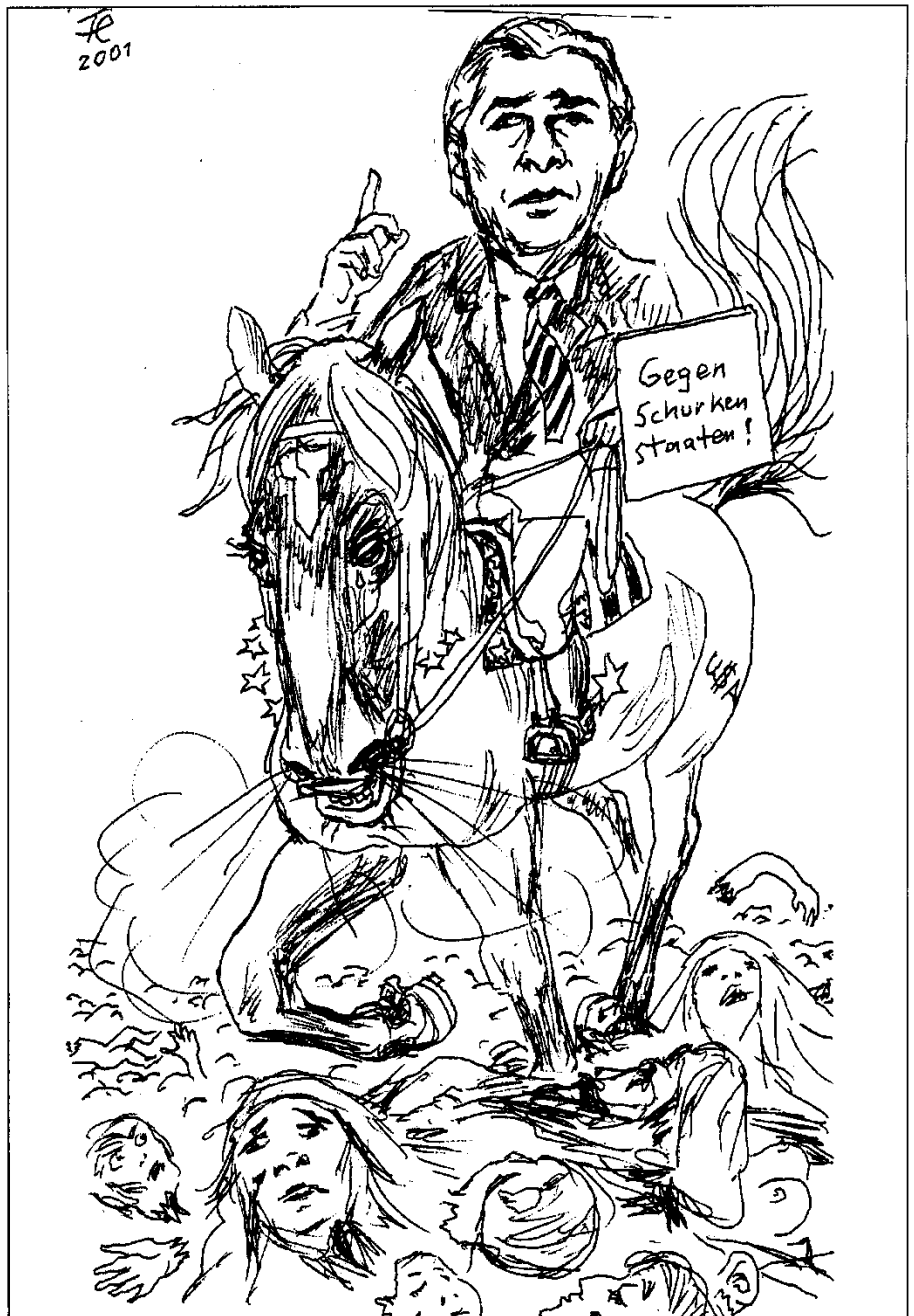
Die nackte Quelle dieser demagogischen Behauptung ist Adolf Hitler. Am 10. November 1938 hielt dieser vor der deutschen Presse eine Ansprache, in der er wörtlich sagte: „Der Zwang war die Ursache, warum ich jahrelang vom Frieden redete. Jetzt ist es notwendig, dem deutschen Volk bestimmte außenpolitische Vorgänge so zu beleuchten, daß die innere Stimme des Volkes nach Gewalt schreit, es letzten Endes zu der Bereitschaft bringt, geradezustehen, auch wenn es donnert und blitzt.“

Die Einführung solcher Sophismen wie dem vom „Feldzug gegen den Terrorismus“ in die Sprache der Politik dient einem eindeutig interessengeleiteten praktischen Ziel. Im Falle des imperialistischen Krieges verfolgt sie den Zweck, das Finden der wahren Kriegsschuldigen, also die Enthüllung des Geheimnisses, in dem der Krieg geboren wird, solange wie möglich zu verhindern. Denn dieser Krieg bedarf zu seiner Führung unbedingt der Aufrechterhaltung „nationaler Einheit“. Deshalb produziert er bereits in seiner Vorbereitungsphase Chauvinismus ohne Unter-

laß, der unter anderem als Deuschtümelei, Ausländerhaß und Denunziation „antiameikanischen Verhaltens“ in Erscheinung tritt...

Der „Bündnisfall“ wird ideologisch umfunktioniert in den „Verteidigungsfall“ und einen „Koalitionsfall“ nach dem Beispiel der Anti-Hitler-Koalition. Desweiteren zwingt der Charakter der Epoche, die Tatsache nämlich, daß die ökonomisch-sozialen und politischen Quellen der sozialistischen Revolution im Imperialismus niemals versiegen, die Herrschenden dazu, den Sieg des realen Sozialismus als einen „ungesetzlichen Vorgang“ (ein geschichtliches Mißverhältnis) und seine Niederlage in der Konterrevolution als Rückkehr vom „Unrechtsstaat“ zum

„Rechtsstaat“ zu diskreditieren. Die Entschuldigungen für die DDR und die SED ebenso wie die These vom „verordneten Antifaschismus“ werden so zu psychologischen Bausteinen imperialistischer Kriegsvorbereitung. Denn mit dem ersten sozialistischen Staat auf deutschem Boden und der seinen Aufbau begleitenden antifaschistischen Aufklärungsarbeit wurde ein Beispiel für den einzig möglichen Ausweg aus Faschismus und Krieg gegeben. Eine Antikriegspartei im heutigen Deutschland, die sich konsequent und sozialistisch nennt, kommt daran nicht vorbei... Sie darf weder dem Antikommunismus in Theorie und Geschichte noch der eigenen reaktionären Regierung irgendwelche Zugeständnisse machen.



Grafik „Der Reiter gegen das Böse“ von Arno Fleischer.

Antikommunistisches Belfwerk zu einer glänzenden Rede

Mit gespaltener Zunge

Seine politischen Freunde wissen, daß die PDS in Dr. Gregor Gysi ein rhetorisches Talent besitzt, wie es nicht häufig zu finden ist. Selbst seine Kritiker und Gegner anerkennen – und fürchten zuweilen – die Schlagfertigkeit dieses redengewandten PDS-Bundestagsabgeordneten, der, obwohl nun ohne offizielles Amt in der Fraktion, zurecht als der „Frontmann“ seiner Partei gilt. Die weniger eloquenten Neider Gysis versuchen ihr Manko dadurch auszugleichen, daß sie ihn auf einen Populisten reduzieren und als Politikshowmaster abtun, was ihnen wenig nützt, wenn sie durch die Cleverness so mancher Rede des Parlamentariers in die Enge getrieben werden.

Das geschah auch am 16. November 2001, als Gysi im Bundestag der Mehrheit Paroli bot. Sein namens der PDS artikuliertes NEIN zum als „Antiterrorfeldzug“ ausgegebenen Aggressionskrieg gegen Afghanistan war nicht bloß wegen der Stichhaltigkeit seiner Argumente und der sprachlichen Geschliffenheit ein Kabinettsstück parlamentarischer Debattierkunst. Auch Gysis politische Courage beeindruckte hier. Er scheute nicht den Schlagabtausch mit der aus sämtlichen anderen Fraktionen bestehenden „großen Koalition“. Er beugte sich nicht dem Meinungsdruck, der von den Bekennern „uneingeschränkter Solidarität“ mit dem Amerika der Bush-Administration – einer Art Ausschuß für Unamerikanisches Verhalten – ausgeht und die Lieferung von deutschem Kanonenfutter zur Folge hat. Die wirkliche Opposition fand an diesem Tag in Gysi ihre Stimme.

Sicherlich hat ihn die positive Resonanz auf den Friedensappell des Dresdner PDS-Parteitages dabei ermutigt. Und nicht minder wohl auch der beeindruckende Erfolg der PDS bei den Berliner Wahlen, der sich in erster Linie aus ihrem Friedensengagement erklärt. Daß dieser Erfolg vor allem dem Wählerverhalten in Ostberlin zuzuschreiben war, wo nahezu die Hälfte der votierenden der PDS ihre Stimme gab, wurde von Kommentatoren durchaus zutreffend als „Nachhall der DDR“ gedeutet. In der Tat: Gut elf Jahre nach der Annexion der DDR wirkt ein Vermächtnis weiter, das der erste sozialistische deutsche Staat hinterließ. Es stand an der Spitze seiner Staatsdoktrin und lautete: Niemals wieder soll von deutschem Boden Krieg, sondern immer nur Frieden ausgehen. Diesem Grundsatz blieb die DDR vom ersten bis zum letzten Tag ihrer Existenz treu. Was also würde näher liegen für einen Politiker, der in der Frage Krieg oder Frieden die Friedensposition bezieht und zu verteidigen beabsichtigt, als sich auf dieses Erbe der DDR zu berufen?

Hier aber beginnt Gregor Gysi unter dem Druck seiner politischen Widersacher und aufgrund widersprüchlichen eigenen Denkens mit gespaltener Zunge zu reden. Die Anwürfe des professionellen Antikommunisten Schulz, die Bürger der DDR hätten es an Widerstand gegen ihren Staat fehlen lassen, kontert Gysi nicht etwa mit Verweis darauf, daß die DDR – ungeachtet ihrer Kinderkrankheiten und mancher Defizite – als deutscher Friedensstaat Unterstützung durch die Mehrheit der Bevölkerung erfuhr. Statt dessen begibt er sich in die Defensive,

greift zu einer „Entschuldigung“, denunziert die DDR als „Diktatur“, zu deren Existenzzeiten man sich anpassend verhalten müsse, um nicht in „existentielle“ Gefahr zu geraten.

Daß er es nicht als anstößig empfindet, mit solcher Distanzierung von der DDR zugleich das Lebenswerk seines Vaters herabzusetzen, der als Botschafter, Staatssekretär und Minister zur politischen Elite dieser „Diktatur“ gehörte, ist befremdlich. Als noch verwerflicher jedoch erscheint, daß Gysi damit jenen Kräften Wasser auf die Mühlen leitet, die, wie Ex-BND-Chef Kinkel, mit bornierter Verbissenheit seit 1990 darauf aus sind, die DDR zu „delegitimieren“. Mit solchem Verhalten setzt sich Gysi selbst einem Vorwurf aus, den er in seiner Rede an andere adressierte. Er bezichtigte solche Abgeordneten, die sich eines „bißchen Mandats und eines bißchen Regierungsbeteiligung“ wegen über eigene Gewissensbedenken hinwegsetzen und ihren „Frieden mit dem Krieg“ machen, des „wirklich blanken Opportunismus“.

Wie soll man es anders nennen, wenn Gysi selbst den Nachweis seiner Kompatibilität mit dem imperialistischen System der BRD zu erbringen sucht, indem er den Geschichtsverlauf negiert und sich dafür aus dem Vokabular seiner politischen Gegner bedient, die allesamt dem Lager fanatischer DDR-Hasser entstammen? Warum übergeht er mit Stillschweigen die historische Tatsache, daß die DDR an keinem einzigen Krieg beteiligt war? Warum vergleicht er nicht die Militärdoktrin der DDR und ihrer Bündnispartner im Warschauer Vertrag, die ausschließlich bei Aggression den Krieg als Mittel der Selbstverteidigung vorsah, mit der „modernisierten“ Militärdoktrin der NATO? Ihr zufolge beanspruchen deren Mitgliedsstaaten, darunter die BRD, das „Recht“, auch mit Waffengewalt „den freien Zugang zu Märkten und lebenswichtigen Rohstoffquellen“ erzwingen zu können.

Selbst in bezug auf das damalige sowjetische Eingreifen in Afghanistan läßt sich auch bei übelster Absicht der DDR nichts am Zeuge flicken; kein einziger Militärangehöriger der NVA nahm daran teil. An die DDR wurde von der sowjetischen Führung zu keiner Zeit das Ansinnen gerichtet, „Bündnis-

hilfe“ zu leisten. Auch „uneingeschränkte Solidarität“ wurde der DDR damals weder abverlangt noch von ihr bekundet. An solchen Fakten stößt sich Dr. Gysi nicht. Für ihn liegt das Erklärungsmuster in der simplen Gleichung DDR = Diktatur. Auch andere Tatsachen hält der PDS-Politiker offenbar für unerheblich. Zu Abstrichen an seiner immer wieder bekundeten Wertschätzung für die „zivilisatorischen Errungenschaften“ der freiheitlich-demokratischen Grundordnung“

veranlaßten ihn – jedenfalls bislang – keineswegs solche nun zum Alltag der Bundesrepublik gehörenden Vorgänge wie diese: In Sachsen wurden mehrere Lehrerinnen vom Schuldienst suspendiert, weil sie gegenüber ihren Schülern nicht allein Trauer um die Opfer vom 11. September zum Ausdruck brachten, sondern zugleich auf Ursachen des Terrorismus hinwiesen, wie sie durch die Ausbeutungs- und Unterdrückungspolitik der reichen Industriestaaten geschaffen werden. In Lüdenscheid wurde ein junger Metallarbeiter fristlos entlassen, weil er sich weigerte, an einer Schweigeminute teilzunehmen, mit der selektiv nur jener gedacht werden sollte, deren tragischer Tod als Begründung für Bushs großen Krieg mißbraucht wird, während die durch amerikanische Bomben zerfetzten Afghanen als „Kollateralschäden“ abgetan werden. In Siegen schloß die zuständige Verwaltung einen Lehrer vorläufig vom Schuldienst aus, weil er sowohl die Anschläge in New York als auch die Politik der USA verurteilt und zur Verweigerung des Kriegsdienstes aufgerufen hatte. Drei Beispiele, die für einen generellen Trend stehen: Repression gegen alle, die sich „unamerikanischen Verhaltens“ schuldig gemacht haben. Das ereignet sich nicht in einer „Diktatur“ à la DDR, sondern im demokratischen Musterland BRD.

Bei allem Respekt vor Gysis glänzender Antikriegsrede – deren opportunistische Erweiterung zum Anti-DDR-Statement nährt Mißtrauen: Deutet sich da nicht vielleicht schon eine denkbare Entwicklung an, die letzten Endes die PDS dorthin bringen könnte, wo die Grünen kürzlich auf ihrem Rostocker Parteitag landeten? Wird sich die Gier der PDS-Spitze nach Regierungsteilnahme auf Bundesebene am Schluß nicht als stärker erweisen als das konsequente NEIN zum Krieg, das heute noch gilt?

Immerhin ließ Gysi Vertrauter, Bundesgeschäftsführer Dietmar Bartsch, nur wenige Tage nach der beherzten Bundestagsrede verlauten, daß es „beispielsweise“ erforderlich sei, über die Frage zu diskutieren, ob es „legitime Bedingungen für Gewaltanwendung“ gebe. (ND vom 20. 11. 01)

Grund genug, fest im Auge zu behalten, wie es mit der PDS weitergeht.

Wolfgang Clausner



Warum die PDS-Programmväter Meister Popper ausarten

Ein Marx-Töter als Pate

Der Dresdner PDS-Parteitag hat beschlossen, den von Gabi Zimmer favorisierten Entwurf der Brie/Brie/Klein als Grundlage für die weitere Arbeit zu nehmen; einen Entwurf, der sich nach Auskunft der Autoren (s. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 28. August 2001, S. 8) „ganz im Sinne der Philosophie der offenen Gesellschaft, wie sie von Karl Popper formuliert wurde“, bewußt von den Auffassungen der „orthodoxen Marxisten“ abgrenzt.

Wer war Popper, und was hat es mit seiner „offenen Gesellschaft“ auf sich?

Karl Raimund Popper, Jahrgang 1902, Sohn einer Wiener Akademikerfamilie, führte ein bewegtes Leben. Zeitweise Sozialdemokrat, einige Monate sogar Kommunist, mauserte er sich zu einem „Vernichter des Marxismus“. Zunächst befaßte er sich mit Logik und Methodologie wissenschaftlicher Forschung. Während des Zweiten Weltkriegs in Neuseeland, seit 1945 in England lebend, wirkte er als Professor an der London School of Economics, übernahm Gastprofessuren in den USA und in Australien und wurde 1965 geadelt.

Popper leugnet als „kritischer Rationalist“ und Neopositivist die Existenz objektiver Gesetzmäßigkeiten in Natur und Gesellschaft; sie sind für ihn nur „menschliche Erfindungen“; wissenschaftliche Begriffe sieht er lediglich als sprachliche Konventionen ohne Entsprechung in der objektiven Realität. Er sei zuversichtlich, daß die Sonne morgen über London aufgehen werde, als Theoretiker wisse er aber, daß es auch anders kommen könne.

Poppers Hauptwerk „Die offene Gesellschaft und ihre Feinde“ erschien 1945. Er führt darin die Entwicklung der menschlichen Gesellschaft auf soziopsychologische Faktoren und das „situationslogische“ Handeln von Individuen zurück; soziale Phänomene sollten folglich nur als Handlungen von Einzelpersonen betrachtet werden, einen Zusammenhang zu gesellschaftlichen Gruppen, Klassen, Interessen gibt es nicht. Das ist natürlich ein unerhörter Rückschritt hinter die Grunderkenntnis Marxscher Geschichtsauffassung. Marx wies bekanntlich nach, daß die Menschen in bestimmte notwendige, von ihrem Willen unabhängige Verhältnisse hineingeboren werden, daß die Produktionsweise des materiellen Lebens den sozialen Prozeß bestimmt. Er spricht von der „naturwissenschaftlich treu zu konstatierenden Umwälzung in den ökonomischen Produktionsbedingungen, die dem Geschichtspro-

zeß zugrunde liegt. (Vgl. Vorwort zur Kritik der Politischen Ökonomie, MEW 13/9) Mit seinen Erkenntnissen machte Marx die Geschichte und ihr dereinstiges Resultat, den Sozialismus, zur Wissenschaft.

Ohne auch nur den Versuch einer sachlichen Auseinandersetzung mit den Grundthesen des Historischen Materialismus zu unternehmen, unterstellt Popper dem Marxismus nur „unbedingte Prophezeihungen“. Seine „offene Gesellschaft“ entpuppt sich als bürgerlich-parlamentarische Demokratie, deren Klassencharakter er leugnet und von deren ewigem Bestand er ausgeht. Zu reformieren sei sie durch Sozialtechniken („social engineering“) und Stückwerkstechnik („piecemeal engineering“), wobei die kapita-

Mitteln Fortschritt zu befördern“. (Programmwurf B/B/K) ist es da nicht weit.

Wie man sieht, hat die Philosophie Poppers bis heute eine politisch-soziale Funktion, soll sie doch die wahren Zusammenhänge verschleiern und die Entwicklung der menschlichen Gesellschaft als nur unwesentlich beeinflussbar darstellen. Es ist die Furcht des Kapitals vor der geschichtlichen Konsequenz seiner Herrschaft, die aus der Leugnung des Klassencharakters der Gesellschaft spricht. Es ist die Angst der Bourgeoisie vor der Vergesellschaftung des Eigentums an den grundlegenden Produktionsmitteln, der Haß auf diejenigen, die nicht zuletzt auch auf deutschem Boden über vier Jahrzehnte bewiesen haben, wie es ohne die Allmacht der Ausbeuter gehen kann, welche die Anhänger Poppers be-seelt.

Ist es etwa mit psychischen Eigenheiten von Individuen zu erklären, daß heute ein Fünftel der Weltbevölkerung 86 % des privaten Konsums tätigt, während dem ärmsten Fünftel gerade noch 1,3 % verbleiben? Daß über 800 Millionen Menschen hungern und 500 Millionen ohne sauberes Trinkwasser sind? Daß es im reichen Deutschland 13,7 Millionen Bürger gibt, die unter der Schwelle der Einkommensarmut leben? Das alles ist genauso wenig Zufall wie die Tatsache, daß sich die deutschen Unternehmensgewinne seit 1980 verdoppelten, während die Löhne der Beschäftigten im Jahre

2000 wieder auf den Stand von 1980 zurückfielen. Weder das 200-Milliarden-Dollar-Geschäft von Lockheed Martin mit dem neuen X35-Kampfflugzeug noch die Verdopplung der deutschen Rüstungsexporte von einem Jahr zum anderen sind ohne die Tatsache erklärbar, daß das Rüstungskapital seinen Staat einsetzt, um enorme Profite zu realisieren. Und da das am besten funktioniert, wenn Kriegswaffen auch verbraucht werden, führt der Imperialismus Kriege, ob in Jugoslawien oder Afghanistan; und seitdem es keine DDR mehr gibt, sind deutsche Soldaten wieder dabei.

Aber, ob man es wahrhaben will oder nicht: So, wie es ist, bleibt es nicht. Man mag das Wirken objektiver Gesetze in der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft leugnen, die Herrschaft des Kapitals bleibt dennoch nicht das letzte Wort der Geschichte. Auf den erlittenen Rückschlag wird ein neues Voranschreiten folgen – hin zu einer vom Sozialismus geprägten Zukunft der Menschheit. Der PDS wäre zu wünschen, sich nicht an Popper zu orientieren. **Ernst Heinz**



listischen Eigentumsverhältnisse nicht angetastet werden. Gerade das fand beim rechten Flügel der Sozialdemokratie viel Beifall und führte beispielsweise in der SPD zeitweilig zu einem wahren Popper-Boom. Es ist kein Zufall, daß Willi Brandt schon 1970 daraus ableitete, nicht das Eigentum, sondern die Verfügungsgewalt darüber sei das Entscheidende. (W. Brandt: Idee und Wirklichkeit. In: Die neue Gesellschaft Nr. 1/1970, S. 23,32) Dieser Gedanke findet sich im Programmwurf von Brie/Brie/Klein fast wörtlich wieder.

Für Popper als unerbittlichen Antimarxisten ist die marxistische Philosophie ein „Bollwerk des Dogmatismus im Denken und des Despotismus in der Politik“. Er stellt seine „offene Gesellschaft“ als angeblich menschliche den „geschlossenen“ Gesellschaften gegenüber, welche nach seiner Auffassung das gesamte Verhalten der Individuen bestimmen wollen. Bis zur Verleumdung der DDR als Diktatur – einem Gedanken, den Gysi propagiert – und „Versuch, mit totalitären-

II Programmatrische Forderungen von Kommunisten und Sozialisten für Ostdeutschland

RotFüchse unterbreiten Angebot

Wir legen hiermit eine nach der 1. Mitgliederversammlung des „RotFuchs“-Fördervereins e. V. überarbeitete und ergänzte Version der bekannten „II Forderungen“ als unser konstruktives Angebot für die weitere Debatte vor. Diesem Material ging ein erstmals im November 2000 vom RF veröffentlichter Rohentwurf voraus, der im Januar 2001 nach gründlicher Bearbeitung zuerst von der DKP-Gruppe Berlin-Nordost, dann auch von den Gruppen in Leipzig und Teterow/Neubrandenburg angenommen wurde. Der „RotFuchs“ veröffentlichte diese Fassung in seiner Februar-Ausgabe 2001. Zahlreiche Leser beteiligten sich an der monatlichen Debatte. Die 5. Tagung des Parteivorstandes der DKP erörterte den Vorschlag im Beisein seiner Autoren und verwarf ihn als „ungeeignet“.

Hier der neue Text:

Seit der konterrevolutionären Beseitigung der DDR, die dem sozialen Fortschritt, dem humanistischen Erbe, dem Vermächtnis der Opfer des Faschismus und dem Kampf um den Weltfrieden verpflichtet war, betreiben die Kräfte des deutschen Imperialismus ungehindert die Aushöhlung verfassungsmäßiger politischer und sozialer Rechte; sie entwickeln den alles überwachenden Polizeistaat, brechen das Völkerrecht und beteiligen sich an Aggressionskriegen gegen andere Staaten.

Sie machten die annektierte DDR zu einem durch westdeutsche Sonderbeamte überwachten halbkolonialen Territorium der Bundesrepublik Deutschland, zerstörten millionenfach Arbeitsplätze in Industrie und Landwirtschaft, wissenschaftlichen Institutionen, Handels- und Sozialeinrichtungen und schufen sich ein Experimentierfeld für den weiteren Sozial- und Demokratieabbau auch im Westen der Bundesrepublik.

Ausgehend von der durch Volksabstimmung beschlossenen DDR-Verfassung, die uns ein würdevolles und kulturvolles Leben in sozialer Sicherheit, frei von Kriegs-, Rassen- und Völkermord beim friedlichen Aufbau eines besseren Lebens garantiert hat, kämpfen wir für folgende Forderungen:

1. Bedingungslose Rückkehr zu einer dem Weltfrieden verpflichteten Außenpolitik, wie sie von der Regierung der DDR seit ihrer Gründung befolgt wurde. Verbot der in der DDR niemals zugelassenen Organisationen mit faschistischen, rassistischen, ausländer- und friedensfeindlichen Zielen in ganz Deutschland. Aburteilung und Enteignung ihrer Hintermänner und Geldgeber entsprechend Art. 139 des Grundgesetzes. Entlassung ihrer Gesinnungsfreunde aus Polizei, Justiz und Bundeswehr.

Wirksamer Schutz der multinationalen Bevölkerung vor den terroristischen Übergriffen neonazistischer Banden.

2. Wiederaufbau einer leistungsfähigen Industrie als Ersatz für die aus Konkurrenzgründen zerstörten volkseigenen Industriebetriebe, der zu spürbarer Reduzierung der im Osten doppelt so hohen Massenarbeitslosigkeit führt und die Abwanderung junger Fachkräfte mit ihren Familien sowie die damit verbundene Entvölkerung eindämmt. Keine weiteren Betriebsschließungen. Recht auf Arbeit statt Recht auf Sozialalimosen!
3. Kampf mit den Kollegen in den Gewerkschaften um gleichen Lohn für gleiche Arbeit! Schluß mit der diskriminierenden ungleichen Bezahlung der ostdeutschen Arbeiter und Angestellten gegenüber ihren Westkollegen als Vorbereitung des weiteren Sozialabbaus in der alten BRD. Schluß mit den ungleichen Renten und dem Rentenstrafrecht. Gleichstellung jetzt! Erstattung der bei der Währungsunion enteigneten 50 % der Geldvermögen der DDR-Bevölkerung.
4. Schaffung unangreifbarer juristischer Garantien für den Schutz von Bodenreformland, Entlastung der Bauern in den LPG-Nachfolgebetrieben von sogenannten Altschulden. Schutz des nach DDR-Gesetzen rechtmäßig erworbenen Eigentums oder der Nutzungsrechte an Grundstücken und Gebäuden. Schluß mit der Vertreibung von DDR-Bürgern, Wiederherstellung ihrer erworbenen Rechte.
5. Bereitstellung qualifikationsgerechter Arbeitsplätze für die zwangsweise aus dem Arbeitsprozeß gedrängten Frauen, Sicherung ihrer den männlichen Kollegen gleichgestellten Bezahlung. Wiederherstellung der materiellen Voraussetzungen für gleiche Berufschancen.
6. Schaffung qualifizierter Ausbildungs- und Arbeitsplätze für alle Jugendlichen. Rückkehr zu gleichen Bildungschancen für alle, besonders für Arbeiter- und Bauernkinder. Konsequente Wiedereinführung der antifaschistischen Lehrinhalte, die die Wurzeln des deutschen Faschismus offenlegen, an sämtlichen Schulen, Hochschulen und Universitäten.
7. Wiederherstellung der unentgeltlichen medizinischen Vorsorge und Behandlung. Schluß mit der kommerziell bedingten Limitierung von Leistungen des Gesundheitswesens.
8. Entlastung der Kommunen von sogenannten Altschulden. Wieder-

einführung zumutbarer Tarife für kommunale Dienstleistungen einschließlich Nahverkehr und tragbarer Wohnmieten. Schluß mit dem massenhaften Abriß der von der DDR errichteten Wohnungen und Gesellschaftsbauten.

9. Ungehinderte und unverfälschte Verbreitung der humanistischen und realistischen DDR-Literatur und -Kunst. Schluß mit der Schließung und Zerstörung kultureller Einrichtungen. Hände weg vom Palast der Republik! Wiederherstellung des erschwinglichen Zugangs aller Bevölkerungsschichten zu Kultureinrichtungen und -schätzen. Wiedergutmachung für alle gemäßigten und „abgewickelten“ Angehörigen der DDR-Intelligenz.
10. Schluß mit der Rachejustiz! Rehabilitation, Entschädigung und Prozeßkostenerstattung für die wegen ihres Handelns in Übereinstimmung mit den Gesetzen der DDR verurteilten Bürger. Beendigung der Diskriminierung von Angehörigen der bewaffneten Organe der DDR. Säuberung der Justiz von BRD-Richtern, die sich der Rechtsbeugung schuldig gemacht haben.
11. Ersatzlose Auflösung der inquisitorischen „Gauck-Birthler-Behörde“. Schließung und Vernichtung aller Akten dieser Institution, um künftig den jahrelang praktizierten Mißbrauch zu verhindern. Überprüfung sämtlicher in der Gauck-Behörde jemals Beschäftigten auf Verstrickung durch westliche Geheimdienste.

Diese Forderungen werden mit Blick auf die spezifische Situation im Osten, aber zugleich im Interesse der einheitlichen und multinationalen Arbeiterklasse in ganz Deutschland erhoben. Es sollte Anliegen linker Parteien, Gewerkschaften, sozialer Bewegungen, Frauen- und Jugendorganisationen sein, sie zu unterstützen und gemeinsam für ihre Realisierung zu kämpfen.

Als Diskussionsangebot von der Mitgliederversammlung des „RotFuchs“-Fördervereins e. V. am 4. November 2001 in Berlin beschlossen.



KPD-Konferenz über Aktionseinheit in Strausberg

Der gemeinsame Nenner

Am 11. November 2001 tagte in Strausberg eine Konferenz über Fragen der Aktionseinheit linker Bewegungen in Deutschland, zu der die KPD eingeladen hatte. An der Veranstaltung nahmen Kommunisten und Sozialisten mit und ohne Parteibuch, darunter Mitglieder der KPD, der DKP und der PDS, teil. Das einleitende Referat hielt der Vorsitzende der KPD, Genosse Werner Schleese. Er begründete die Notwendigkeit gemeinsamen Handelns der kommunistischen Bewegung im nationalen und internationalen Maßstab. In der anschließenden Diskussion wiesen mehrere Redner anhand konkreter Beispiele auf die sich in verschiedenen Regionen entwickelnde Aktionseinheit der linken Parteien und anderer antiimperialistischer Organisationen hin. Der Widerstand gegen die Politik der Aggression nach außen und der Repression nach innen stehe im Mittelpunkt vielfältiger Anstrengungen. An der Basis klappe die Zusammenarbeit von Kommunisten und Sozialisten oft bereits besser als auf höherer Ebene. Es hätten auch gemeinsame theoretische Veranstaltungen zu verschiedenen Anlässen stattgefunden. Die Redebeiträge der Genossen Fischer, Strohschein und Opitz, die den „RotFuchs“

würdigten, fanden das besondere Interesse der Konferenzteilnehmer. Dasselbe gilt für die Darlegungen des Genossen Küchenmeister von der KPD Thüringen. Er betonte, daß sich die Aktionseinheit nur schrittweise durchsetzen läßt. Voraussetzungen für den Erfolg gemeinsamen Handelns seien gegenseitige politische Ehrlichkeit sowie Taktgefühl gegenüber den Partnern. Es verbiete sich, diejenigen anzugreifen, mit denen man das Zusammengehen gerade anstrebe. Genosse Küchenmeister wandte sich gegen die nach seiner Ansicht hier deplazierte ausführliche Darstellung der Gründe des Austritts aus der DKP, die einige Teilnehmer vorgebracht hatten. Die Anwesenden stellten sich einmütig hinter die „11 Forderungen für Ostdeutschland“, die von der DKP-Gruppe Berlin-Nordost in ihrer ursprünglichen Fassung angenommen und vom „RotFuchs“-Förderverein in erweiterter Form als Diskussionsangebot jetzt beschlossen wurden. Eine durch die KPD vorgeschlagene Willenserklärung als Resümee der Konferenz wurde ausführlich diskutiert und, da noch nicht verabschiedungsreif, auf Vorschlag des Genossen Andra von der Redaktion der Zeitung „Die Rote Fahne“ weiterer Überarbeitung zugeführt.

Sie soll in der Dezember-Ausgabe des Organs der KPD publiziert werden.

Noch eine persönliche Bemerkung. Für die Aktionseinheit aller antiimperialistischen Kräfte halte ich folgende Regeln für unabdingbar: 1. Herausarbeitung konkreter gemeinsamer Zielstellungen und Vereinbarung entsprechenden Handelns. 2. Einigung auf gemeinsame Positionen der beteiligten Parteien und Gruppen, ohne bestehende Unterschiede zu verschleiern. 3. Verzicht auf jegliche Form der „Alleinvertretungsanmaßung“, von welcher Seite auch immer. 4. Zurückweisung von Bestrebungen, Mitglieder anderer beteiligter Parteien und Organisationen abzuwerben. 5. Entwicklung von feinfühligem Umgangsformen, insbesondere, wenn an den Aktionen Gruppen teilnehmen, die nicht zur kommunistischen Bewegung gehören. 6. Polemik gegen Kräfte, die sich der antiimperialistischen Aktionseinheit entgegenstellen.

Die durch die KPD organisierte Konferenz, an der auch das Mitglied des Parteivorstandes der DKP Brigitte Müller teilnahm, ist in diesem Sinne als ein wichtiger Beitrag zur Aktionseinheit einzuschätzen.

Armin Neumann

Zu Dieter Itzerotts Artikel über die aktuelle Rolle der Sozialdemokratie

Ein aktiver Organspender

Wolfgang Thierses Ansprüche an die Reformpartei SPD sind in der Tat nicht hoch. Recht freudlos klingt es aus dem Mund des Bundestagspräsidenten, wie im ND zu lesen war, daß es ihm schon genüge, wenn die Sozialdemokratie „das Mögliche sucht, um Schicksale e t w a s zu verbessern und Leiden e t w a s zu verringern.“ „Das Mögliche“ sind die Beruhigungstropfen auf Kassenrezept für das gemeine Volk, mit Selbstbeteiligung, versteht sich. Und „e t w a s“? Na, er spürt es wohl auch und gibt zu – „Das ist verflucht und schmerzlich wenig“, was die SPD da zu bieten hat.

Doch Thierse weiß freilich, wovon er spricht, und flüchtet deshalb gleich in philosophische Gefilde: Freiheit und Gerechtigkeit bilden ein dialektisches Begriffspaar, doziert er. Sie gehören zusammen und stehen zugleich in einem unerbittlichen Widerspruch. Deshalb sei „eine schrittweise Emanzipation das einzig verträgliche ... Maß“. Was aber ist „verträglich“ für wen, und was heißt „schrittweise“ wohin? Also Befreiung von wem, wovon und wofür? Wer darauf die Antwort schuldig bleibt und alles in alter Struktur belassen will, braucht über Gerechtigkeit gar nicht erst zu reden. Und das tut der Mann ja dann auch nicht.

Statt dessen sinniert Thierse, man brauche Freiheit, „um nie wieder in eine Diktatur des scheinbar Gutgemeinten zurückzufallen“. Das klingt wie ein Appell an das Vergessen: Erinnert euch um Gottes Willen nicht an eure sicheren Arbeitsplätze, nicht an das Leben in Geborgenheit von Jung und Alt, nicht an jene deutsche Republik, die jedem Jungen und jedem Mädchen einen Aus-

bildungsplatz garantierte und mit der berufstätigen Frau die Sorge um die Kinder teilte, unabhängig vom Geldbeutel der Familie. Bezahlbare Wohnungen, im Preis erschwingliche Bücher, funktionierende Theater und Kultureinrichtungen auf hohem Niveau, finanziell ungefährdet bei Besucherpreisen, die jedem den Zutritt in die heiligen Hallen der Kunst gewährten – gut gemeint und gut gemacht, aber alles eben nicht nur scheinbar.

Was Thierse als „scheinbar“ bezeichnet, war die Realität des Gutgemeinten, die unter Ausschluß von Junkern, Schlotbaronen und Kuponabschneidern für einfache Menschen ein um vieles mehr als das mögliche „Etwas“ der SPD unserer Tage erreichte. Wenn nach 40 Jahren der erste Versuch des Ausstiegs aus der kapitalistischen Gesellschaft einer feindlichen Übernahme nicht standhielt, dann lag das sicher nicht am Wesen der Wandlung, sondern – betrachten wir innere Gründe – am politischen Narzißmus von Führung und Mannschaft, an der Mißachtung der Theorie, am fehlerhaften Verständnis des bereits Erreichten, das Illusionen und eine Politik nährte, die den Erfordernissen nicht entsprach.

Grundlegend anders, aber mit ähnlichem Vorzeichen belastet, ist die SPD heute. Mit der nicht zu übersehenden Funktionsübernahme im System großbürgerlicher Staatsdoktrinen hat sich die Parteispitze in den Augen nicht weniger Mitglieder und Wähler längst um ihren Ruf selbst als halblinke Partei gebracht. Über 90 % des gesellschaftlichen Reichtums fließen im SPD-regierten Deutschland in die Taschen weniger, ein im-

mer geringerer Teil bleibt der Mehrheit. Und weil es halblinks ebenso wie halbschwanger nicht gibt, gelingt es der Sozialdemokratie auch immer weniger, den überfälligen gesellschaftlichen Veränderungen mit Theorien zu begegnen. Deren Untauglichkeit ist längst erwiesen. Für Thierse gibt es den Kapitalismus schon nicht mehr. Er zählt nur noch eine Vielzahl von angeblich reformfähigen „Kapitalismen“ auf und fordert, jetzt am „sozialstaatlich gebändigten“ Kapitalismus zu arbeiten. Wo es ihn gibt, sagt er nicht. Was letztlich wohl so viel bedeutet, nicht mehr nur Arzt am Krankenbett der Bourgeoisie, sondern aktiver Organspender für eine ungute Herrschaft zu sein, die besonders im letzten Jahrzehnt dem deutschen Normalbürger mit dem Wegfall der realsozialistischen Konkurrenz nicht nur tief einschneidende soziale Abstriche brachte, sondern auch den Abschied vom Nachkriegsfrieden. Dabei ist die SPD zum wiederholten Male Kriegspartei geworden.

Die „Bipolarität der Denkstrukturen“, die Herr Thierse im ND beklagt hat, ist mit dem Untergang der sogenannten Diktatur des scheinbar Gutgemeinten nicht beseitigt. Die Diktatur des Unguten hält sie auch in der Gegenwart am Leben. So steht die Politik der SPD, wie der Interviewte selbst feststellt, heute wie nie zuvor auf dem Prüfstand.

Dr. Hans-Dieter Krüger

Mit diesem Beitrag beginnt der frühere Chefredakteur der Tageszeitung „Freiheit“, Halle, seine Mitarbeit am „RotFuchs“

„Kollektiver Imperialismus“ – weg von Lenin?

Sandburgen

Der über weite Strecken hochinformativ Artikel von Leo Mayer und Fred Schmidt über „kollektiven Imperialismus“, der am 16. 11. 01 in der UZ erschien, löst eine ganze Reihe sehr prinzipieller Überlegungen aus. Die Gedankenkette der Autoren kann man vielleicht so zusammenfassen: Die im Zuge der „Globalisierung“ entstandene weltweite Vernetzung der Produktions-, Transport- und Kommunikationssysteme sei so empfindlich, daß deren Schutz, Ausbau und Beherrschung als gemeinsames Interesse des Monopolkapitals betrachtet werde. Es formiere sich „eine imperialistische Allianz zur Sicherung der heutigen und künftigen Weltordnung eines global organisierten Ausbeutungssystems, die weitgehend den Charakter eines ‚kollektiven Imperialismus‘ aufweist“. Es ergebe sich eine „Interessenidentität der kapitalistischen Metropolen“. In seiner Rede auf dem Hearing der DKP-Programmkommission, die in den DKP-Informationen Nr. 2/2001 nachgelesen werden kann, wurde L. Mayer noch deutlicher: Im Prozeß der Schaffung politischer Adäquate für die Herrschaft der transnationalen Monopole hätten sich die USA zum alles entscheidenden Staat herausgebildet, der „die kollektiven Interessen des Weltimperialismus vertritt“, also eine Art der schon von Lenin verspotteten Weltregierung. (LW 21/344 f.)

Das suggeriert die Vorstellung vom friedlichen Mit-, zumindest jedoch Nebeneinander der Staaten und Völker unter USA-Hegemonie – was allerdings Fragen über Fragen aufwirft. Ist Lenins Imperialismustheorie noch gültig oder muß sie einem anderen historischen Zeitabschnitt der gesellschaftlichen Entwicklung, etwa dem „Industriekapitalismus“ bzw. der „fordistischen Produktionsorganisation“ zugeordnet werden? Ist die Jagd nach dem Monopolprofit, von Lenin als Triebkraft der imperialistischen Entwicklung definiert, noch als Bewegungsgesetz wirksam oder ist er durch die „Globalisierung“ gewissermaßen abgeschafft? Hat der „kollektive Imperialismus“ zur Herausbildung eines kollektiven Monopolprofits geführt? Zeigen sich hier qualitativ neue Elemente und Tendenzen in den Produktionsverhältnissen? Überwiegen die gemeinsamen Interessen der Monopole, für deren Durchsetzung eine ganze Reihe internationaler Organisationen, z. T. mit weitreichenden Befugnissen, geschaffen wurden? Hat sich der mörderische Konkurrenzkampf zwischen den transnationalen Konzernen etwa abgeschwächt? Wird es künftig keine „feindlichen Übernahmen“ mehr geben? Werden die Giganten, die diesen Kampf überstehen, die Gegensätze innerhalb des Imperialismus wirklich auflösen können? Sind mit der grandiosen Entwicklung der vergesellschafteten Produktion, der machtvolle Schübe wissenschaftlich-technischer Erkenntnisse vorausgingen, Risse in der privatkapitalistischen Hülle der Produktionsverhältnisse entstanden? Entwickelt sich die kapitalistische Wirklichkeit tatsächlich zu einer „kollektiven Aneignungsweise“ – vorerst noch in der „Grundqualität“ Imperialismus? Ist damit ein wichtiger Schritt zum Weltmonopol, zum Ultraimperialismus vollzogen worden? Sind wir gar Zeugen der Entstehung einer neuen Klasse von Eigentümern, die den Weg in ei-

ne friedliche Zukunft ebnen bzw. freibomben kann? (s. DKP-Information 2/2001, S.1) Steht als Hauptwiderspruch des Imperialismus, wie Mayer/Schmidt meinen, das Verhältnis zwischen der sich rasant entwickelnden Produktion einerseits und den nationalstaatlichen Grenzen andererseits zur Debatte?

Soviel man auch fragt: An den Produktionsverhältnissen des Imperialismus hat sich seit Lenin – trotz der atemberaubenden Entwicklung der Produktivkräfte – nichts Grundlegendes geändert, und transnationale Monopole gab es bereits zu Lenins Zeiten. „Die (ökonomische – A. M.) Aufteilung der Welt durch internationale Kartelle hat begonnen. Solche internationalen Kartelle, die den gesamten Weltmarkt beherrschen und ihn ‚gütlich‘ unter sich teilen – solange er durch den Krieg nicht neu verteilt wird – gibt es schon über hundert! Die Besonderheit des Imperialismus ist die Herrschaft eben nicht des Industrie-, sondern des Finanzkapitals.“ (LW 23/103 f.)

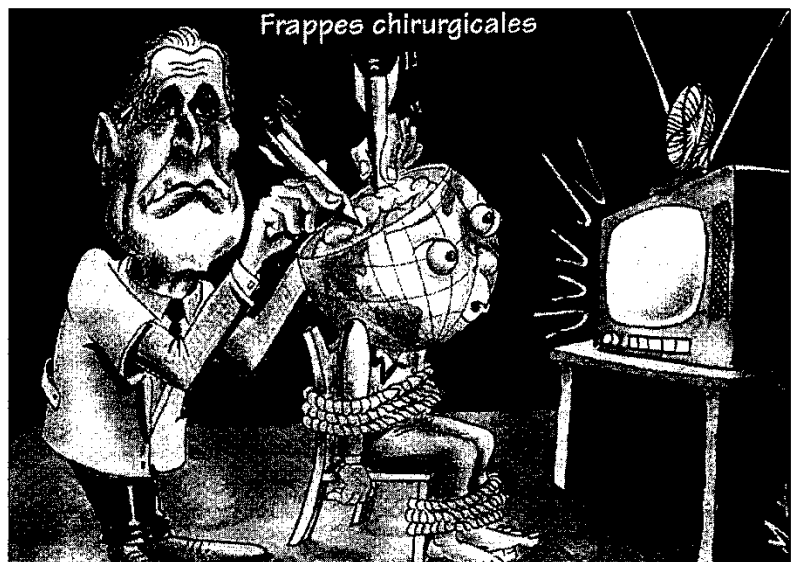
Gegenwärtig geht das enorme Wachstum der Monopole noch schneller vor sich, als es Lenin beobachten konnte. Die internationale Arbeitsteilung als Moment der Produktivkraftentwicklung hat sich so beschleunigt, daß transnationale Konzerne Zweigwerke mit Teilfunktionen in vielen Ländern aufbauen oder zerstören, Hunderttausende von „Mitarbeitern“ beschäftigen oder entlassen und in jedem beliebigen Land operieren können. Mehr als 90 % von ihnen haben ihren Sitz in der „zivilisierten“ Welt. 1992 hatten von den 100 größten 38 ihren Firmensitz in Europa, 29 in den USA und 16 in Japan. (Harpal Brar. Imperialismus, 1997, S. 7/8) Drei Jahre später war der Anteil Japans auf 37 gestiegen und der der USA auf 24 gesunken. Das läßt in etwa die Schärfe der Auseinandersetzungen zwischen den imperialistischen Hauptkräften ahnen.

Der reale Prozeß der Akkumulation führt einerseits zur Anhäufung von immer mehr materiellem Reichtum, andererseits zum gleichzeitigen Hinausdrängen immer größerer Teile der Gesellschaft aus dem Arbeitsprozeß. Neue Technologien ersetzen lebendige Arbeit, und Investitionen erweisen sich als Arbeitsplatzkiller. Daraus ergibt sich die

perverse Situation, daß der Absatz der erzeugten Waren auf eine zu niedrige Kaufkraft stößt; so fehlt es an Konsumenten. Derzeit spielt das Bestreben eine große Rolle, die umfangreichen Märkte der sozialistischen Länder Asiens und Kubas an sich zu reißen – denn die Systemauseinandersetzung, die Mayer/Schmidt für abgeschlossen halten, ist keineswegs beendet. Da der Markt mit Kapazitäten gesättigt ist, wird immer mehr freies Kapital zum Aufkauf vorhandener Kapazitäten, zum Eindringen in andere Machtsphären eingesetzt. Diese Handelskriege haben ein solches Ausmaß, daß sie sich sogar in unserer Medienlandschaft niederschlagen. Die Allianz der Monopole kann diese Widersprüchlichkeit nicht aufheben, und kollektive Maßnahmen können nichts anderes bewirken, als den Druck auf die Schwachen zu erhöhen. Deutlicher Ausdruck dieser Politik ist der Staatsterror, der Kriege und Bürgerkriege überall dort anzettelt, wo Rohstoffe und Absatzmärkte winken. Die hilf- und nutzlosen Aktionen individuellen Terrors sind dagegen keine Lösung und bedrohen nicht das imperialistische System als Ganzes, wie Mayer/Schmidt behaupten. Der unbarmherzige, mit buchstäblich allen Mitteln geführte Konkurrenzkampf tobt notwendigerweise auch zwischen den imperialistischen Hauptmächten; die transnationalen Monopole setzen alles daran, ihre Vormachtstellung in den kontinentalen Wirtschaftsräumen zu sichern, herzustellen oder auszubauen. Stets operieren sie von ihren Konzernzentralen aus, von ihrem nationalen Standort, wo sie etabliert sind und eine willfährige Staatsmaschinerie ihre Attacken stützt. Das Herbeireden einer angeblichen Kollektivität zwischen den Monopolgruppen ist wie der Bau von Sandburgen. Es beseitigt nicht die innere Widersprüchlichkeit. Im Gegenteil: Die Gefahr des Ausbruchs auch militärischer Auseinandersetzungen zwischen den imperialistischen Metropolen wird mit solchen Interpretationen wie im eingangs genannten UZ-Beitrag verniedlicht. Der Imperialismus kann sich nun einmal nicht selbst überwinden, er kann nur durch machtvolle revolutionäre Aktionen der werktätigen Massen beseitigt werden.

Annemarie Mühlefeldt

Gehirnchirurg
Aus:
„Solidaire“,
Brüssel.



Sozialismus, aber nicht Frühsozialismus!

Erklärungsmuster

Zur Wiederherstellung der Sozialismus-/Kommunismus-Auffassung der Arbeiterbewegung in aller Welt gehört, daß wir uns über einige Erklärungsmuster verständigen, über die die sogenannte Wende von 1989 bis 1991 begrifflich Ausdruck gefunden hat. Wir unterscheiden zwei: solche, die absolut feindlich, die nichts als eine Form des Antikommunismus sind, der sich nun „in Bestätigung badet“ und solche, die „in die eigenen Reihen fallen“, also „Erklärungen“ sind, die in der Form des Abschieds die Hoffnung auf Wiederkehr, Rückkehr des Sozialismus versprechen. Sie entspringen einer ersten Verteidigungshaltung, sind insofern von historischer Neuheit, also im Feuer der Ereignisse entstanden, während der krasse Antikommunismus quasi seit Oktober 1917 präsent ist und nur seine Formen an die sozialistische Entwicklung angepaßt hat.

Alle sogenannten inneren Erklärungen aber sind solche, die eine Form der Verteidigung des Sozialismus darstellen (oder vorgeben, das sein zu wollen), nun unter den historisch schwersten Bedingungen – des Rückzugs des europäischen Sozialismus aus der Gegenwart, des Rückfalls aus einer gesellschaftlichen in eine „lediglich“ politi-

sche, theoretische Praxis. Die maßgebendste dieser „inneren“ Erklärungen ist die, daß es sich beim realen Sozialismus um bloßen Frühsozialismus gehandelt habe, woraus zu schließen ist, daß er schwacher, gesellschaftlich unentwickelter Sozialismus aus objektiven Gründen nur sein konnte, den die Niederlage bzw. die Restauration oder Konterrevolution existentiell immer begleitet habe, so daß das Ende zwar nicht schön, aber erklärbar sei.

Wir wollen die Theorie vom Frühsozialismus hier dennoch den falschen, in die Irre führenden Erklärungsmustern zuordnen, weil sowohl ihr Anspruch, den sie an die Theorie des Kommunismus stellt, nicht erfüllt werden kann, wie sie ja auch die Realität des praktizierten Sozialismus verkennt. Ihr Anspruch ist ein qualitativer: „Frühsozialismus“ muß besonderer Sozialismus sein. „Früh“- und „Spät“-Sozialismus müssen sich ja unterscheiden wie das Unreife vom Reifen, die elementare Voraussetzung von dem selbstbewegenden Prinzip. Das ist beim Kommunismus aber unmöglich...

Die kommunistische Formation der Gesellschaft unterscheidet sich von allen bisherigen Gesell-

schaftsordnungen – sie ist deren Gegenteil, sie ist das „aufgelöste Rätsel“ (Marx) der menschlichen gesellschaftlichen Bewegung. Der Kommunismus kann also nur als eine gesellschaftliche Qualität dargelegt werden und daher nicht als deren zwei, wie das die Theorie vom Frühsozialismus verlangt.

Der Gedanke eines Frühsozialismus ist nicht zu verwechseln mit frühem Sozialismus, z. B. unter der Bedingung einer Eigenzerstörung des Kapitalismus durch Kapitalisten, wie es im Ersten und Zweiten Weltkrieg der Fall war und wie diesem kapitalistischen Antagonismus natürlich Sozialismus auch sehr früh entsprang (aber dies ist kein qualitativ anderer Sozialismus als der, der später in der kapitalistischen geschichtlichen Kette entstehen würde).

Die 1. Phase des Kommunismus, von der auch Marx sprach, ist durch kein anderes Eigentumsverhältnis gekennzeichnet als der sogenannte reife Kommunismus, seine 2. Phase. Ich weise also die Theorie oder These vom ersten Sozialismus als Frühsozialismus zurück, sie ist nach meiner Ansicht nicht die unsere, die vom „RotFuchs“ vertretene. Die „russische Wende“ dadurch zu erklären, daß man den Sozialismus als frühen = schwachen und schlagbaren, also nicht als seine starke und unschlagbare Form erklärt – und das ist ja der Inhalt dieses Gedankens -, stellt auch nur eine Form des Nichtbekenntnisses zum realen Sozialismus als tatsächlichem, dem Inhalt nach, dar.

Hermann Jacobs

Wie ist das mit der „höheren Effizienz“ im Imperialismus?

Zur Produktivkraftzerstörung

Zur „Begründung“ der Auslieferung der Völker Osteuropas an den Imperialismus nutzen die Wortführer der „modernen“ Sozialisten gern das vermeintliche Argument von der angeblich „höheren Effizienz“ des Kapitalismus. Gregor Gysi preist so die Profitgier als einzig wirksame Triebkraft für die gesellschaftliche Entwicklung. Gerade die jüngste Entwicklung aber bestätigt erneut: Profitgier vernichtet Produktivkraft in gewaltigem Ausmaß. Immer deutlicher wird erkennbar, daß der Imperialismus zwar Möglichkeiten für technischen Fortschritt schafft, aber eben nur die Möglichkeit und auch diese allein für Zwecke, die hohe Profitraten versprechen. Ist es ein Zufall, daß Bushs Pentagon gerade jetzt den bisher größten Waffenlieferungsvertrag über 200 Mrd. Dollar mit dem Rüstungsgiganten Lockheed Martin abgeschlossen hat?

Von gesellschaftlichem Fortschritt kann im Kapitalismus also keine Rede mehr sein. Auch die Genossen Kallabis, Krusch und Wagner behaupten in ihrem sonst in vieler Hinsicht weiterführenden „Beitrag zur linken Programmdiskussion“, daß der „...Kapitalismus... charakterisiert wird durch eine ständig beschleunigte Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte“. Stimmt denn das überhaupt?

Zunächst beträfe das die materiellen Produktivkräfte. Tatsächlich werden diese z. T. in hohem Tempo ersetzt. Neue Zweige, z. B. Mikroelektronik und Mikrobiologie, verändern Kommunikation und Steuerungen im Produktionsprozeß mit dem Ergebnis, daß vorhandene Produktionsmittel in Riesenumfang vernichtet werden. Nicht etwa weil sie überflüssig würden, sondern weil sie keinen Profit mehr abwerfen. Die Jagd nach immer mehr Profit treibt nicht nur das Kapital um die Welt, sondern immer mehr Kapitalisten, ganze Industriezweige, selbst große Konzerne und viele Kleinunternehmen erbarmungslos in die Pleite, womit stets Produktivkräfte en masse zugrunde gehen. Ein Beispiel: Die BRD hat großzügig Brasilien „geholfen“, eine moderne Stahl-

industrie aufzubauen, und diesem Staat dafür einen knechtenden Vertrag aufgezwungen: Die BRD bezieht den Stahl seitdem von dort zum halben Weltmarktpreis. Dafür hauchte die deutsche Stahlindustrie ihren Atem aus und die Arbeiter landeten auf der Straße, während ihre Betriebe zum Schrotthaufen wurden. Diesen Weg der Effektivitätserhöhung konnten sozialistische Länder natürlich nicht gehen.

Um den Profit und die Macht zu sichern, werden bedenkenlos Kriege geführt, bei denen es nicht zuletzt um die gezielte Zerstörung von Produktionsanlagen der Konkurrenz und die Schaffung von Bedingungen für nachfolgende Wiederaufbauinvestitionen aus den Bombenwerferländern geht.

Noch bedeutsamer ist die ungeheure Vernichtung der wichtigsten Produktivkraft – des Menschen selbst. Die Niederlage der Revolution in Osteuropa hat alle diese Völker von ihrer Arbeit und ihren Produktionsmitteln „befreit“. Die neue „freie“ Triebkraft – Markt und Kapital – hat in der früheren Sowjetunion Millionen an den Bettelstab gebracht und als Produktivkraft „stillgelegt“. Große Teile Rußlands versinken in Armut. Und auch die Ukraine wird vorläufig nicht mehr „ihr blühendes Lied“ singen, wie es einst in jenem Festivallied hieß. In Indien stieg die Zahl der Arbeitslosen zwischen 1993 und 1997 von 37 auf 55 Millionen. Mit jeder Rationalisierung werden Produktivkräfte größten Ausmaßes „überflüssig“. Die sich abzeichnende neue Weltkrise des Kapitalismus, die durch den Afghanistan-Krieg nicht aufgehalten, sondern verschärft wird, bedeutet nichts anderes als eine neue gigantische Welle der Massenvernichtung gesellschaftlicher Produktivkräfte. Fast Monat für Monat müssen die Zahlen der Prognosen nach unten korrigiert werden. Die Flaggsschiffe der Wirtschaft ganzer Länder gehen in den Orkus. Erinnert sei nur an die einst legendäre Swissair.

Es geht nur noch um die Erweiterung der ökonomischen und politischen Macht einer ganz schmalen ultrareichen Minderheit selbst der Bourgeoisie. Dar-

aus erwächst für die Menschheit eine unerhörte Gefahr. Die Produktionsverhältnisse sind mehr denn je zum Hemmnis für die Entwicklung der Produktivkräfte geworden. Die Entwicklung einzelner technischer Zweige widerspricht keineswegs dieser Grundtendenz.

Aber warum wird das auch von marxistisch gebildeten Leuten nicht gebührend beachtet, warum wird dieser Grundzug des Imperialismus manchmal sogar ins Gegenteil verkehrt? So ist in den „Sozialismus-Vorstellungen der DKP“ z. B. vom „gewaltigen Wachstum der Produktivkräfte und der Zunahme gesellschaftlichen Reichtums“ die Rede. Eine wissenschaftliche Analyse der heutigen Realität stößt doch zuerst auf Verelendung! Nur eine Milliarde Menschen lebt von den Brosamen des durch die Kapitalisten zusammengeräubten Reichtums unter relativ humanen Bedingungen. Vier Milliarden Menschen aber vegetieren unterhalb der Schwelle eines menschenwürdigen Daseins.

Warum wird die gewaltige Vernichtung von Produktivkraft bei der Einschätzung des Imperialismus nicht in den Vordergrund gestellt? Ein Grund dafür ist wohl deren Einengung auf materielle Produktionsmittel. Von deren Entwicklung sind einige geradezu fasziniert. Die systematische Zerstörung insbesondere menschlicher Produktivkraft gerät da schnell aus dem Blickfeld. Eine weitere Erklärung liefern die deutschland- und eurozentristische Sicht oder der starre Blick eines hypnotisierten Kaninchens auf die große Schlange USA. Ohne Überwindung dieser Optik und Haltung, ohne eine wirklich internationalistische Betrachtungsweise ist jeder Versuch einer wissenschaftlichen Analyse der gegenwärtigen Weltlage unmöglich oder reaktionär. Aus dieser Verengung des Blickfeldes resultiert nicht zuletzt auch die zweifelhafte Arroganz gewisser „moderner“ Sozialisten gegenüber allem, was wir in der sozialistischen Revolution bereits erreicht haben. Man leugnet, daß der Wettbewerb in der DDR nicht auf Profit, Kapital, Abenteuer und Krieg gerichtet war, sondern auf menschliche Beziehungen, aktiven Humanismus, Kultur und sinnvollen technischen Fortschritt, auf hohe Effektivität für alle. Dieser Wettbewerb – jeder allein profitorientierten „Effizienz“ moralisch haushoch überlegen – ist eine tausendmal wertvollere Triebkraft als der Tanz um das Goldene Kalb.

Norbert Pauligg

Zum Klassencharakter des Staates

Angesichts der Publikation kleinbürgerlicher Sozialismus-Vorstellungen verschiedener Art scheint es angebracht, die marxistisch-leninistische Staatstheorie etwas ausführlicher darzustellen. Beginnen wir die Artikelserie zu diesem Thema mit den Anfängen dieser Lehre.

Ausgangspunkt für die Staatsauffassung von Marx und Engels war die maßgeblich durch die französischen Aufklärer ausgearbeitete Theorie vom Vernunftsstaat. Ihr zufolge sollte der Staat, den Prinzipien der menschlichen Vernunft folgend, das allgemeine gesellschaftliche Interesse gegenüber den Sonderinteressen des Grundbesitzes, der Korporationen, der Stände und der Individuen vertreten und durchsetzen. Noch befangen in idealistischen Politikauffassungen hielten Marx und Engels Anfang der 40er Jahre des 19. Jahrhunderts den preußischen Staat nach den Prinzipien des Vernunftsstaats für reformierbar. Engels meinte im Herbst 1942, der preußische König Friedrich Wilhelm IV. sei „nicht absolut illiberal und gewaltsam in seinen Bestrebungen“. Er wolle „seinen Preußen alle möglichen Freiheiten lassen“. (MEW 1/451) Marx entdeckte zur gleichen Zeit in der Analyse der Verhandlungen des 6. rheinischen Landtages einen Widerspruch zwischen der Theorie vom Vernunftsstaat und der gesellschaftlichen Praxis im Verhältnis von Regierungsinstitutionen und Volk sowie zwischen Landtag und Volk. Bekanntlich waren es die Debatten über das Holzdiebstahlggesetz, die Marx „erste Anlässe“ zu seiner „Beschäftigung mit ökonomischen Fragen“ gaben und ihn nach einer kritischen Revision der Hegelschen Rechtsphilosophie 1844 zu der Erkenntnis führten, „daß die Anatomie der bürgerlichen Gesellschaft in der politischen Ökonomie zu suchen“ sei. (MEW 13/7 f.) Mit den ersten Schritten des Übergangs zu einer materialistischen Geschichtsauffassung geriet auch die Theorie des Vernunftsstaats in das Reich der politischen Illusion.

Nun war der bürgerlich-parlamentarische Repräsentativstaat, wie er in den USA, in Frankreich und England bestand, zu untersuchen. Entgegen bourgeoisen und kleinbürgerlichen Auffassungen bis in die Gegenwart haben Marx und Engels das bürgerlich-parlamentarische Repräsentativsystem zu keiner Zeit als Demokratie verstanden. Diese war für Marx stets mit Aufhebung des Privateigentums, seit der Ausarbeitung seiner Frühchrift „Zur Judenfrage“ Ende 1843, mit Kommunismus verbunden. In der „Kritik des Hegelschen Staatsrechts“ unterschied er deutlich zwischen der Demokratie als „Repräsentation“, als „politische“ Demokratie und Demokratie als Grundverfassung, als Organisationsform des Volkslebens. In der Schrift „Ökonomisch-philosophische Manu-



skripte aus dem Jahre 1844“ erklärte Marx, daß sich „die Emanzipation der Gesellschaft vom Privateigentum ... in der politischen Form der Arbeiteremanzipation ausspricht“. (MEW Erg. Bd. I/S. 521) Erstmals äußerte er den Gedanken, daß die ökonomische Befreiung der Arbeiterklasse nur in politischer Form erfolgen kann.

Und diese politische Form der Arbeiteremanzipation konnte nichts anderes sein als die proletarische Revolution. „Die Revolution überhaupt - der Umsturz der bestehenden Gewalt und die Auflösung der alten Verhältnisse - ist ein politischer Akt. Ohne Revolution kann sich aber der Sozialismus nicht ausführen. Er bedarf dieses politischen Aktes, soweit er der Zerstörung und der Auflösung bedarf. Wo aber seine organisierende Tätigkeit beginnt, wo sein Selbstzweck, seine Seele hervortritt, da schleudert der Sozialismus die politische Hülle weg.“ (MEW 1/409) Dieser Satz enthält in noch sehr abstrakter Form die These vom Absterben des Staates im Kommunismus, die bis auf den heutigen Tag von Kündern eines künftigen Sozialismus dahingehend interpretiert wird, daß nach dem Übergang zum Sozialismus - der Revolutionsbegriff wird dabei oftmals umgangen, um wohlmeinende gebildete Bürger nicht zu verschrecken - der Staat, unabhängig von konkreten inneren und äußeren Bedingungen, rasch abgebaut werden kann.

Solche Illusionen waren Marx und Engels völlig fremd. In der „Deutschen Ideologie“ (geschrieben 1845/46) äußerten sie erstmals die Idee von der Diktatur des Proletariats, ohne diesen Begriff bereits verbal zu gebrauchen und den Inhalt des Gedankens näher zu konkretisieren. Ausgangspunkt war hier die revolutionäre Diktatur der Jakobiner, die sie unter dem Aspekt des proletarischen Emanzipationskampfes analysierten. Wahrscheinlich war es Babeuf, der erstmalig die Idee der revolutionären Diktatur der Besitzlosen zur Niederhaltung der gestürzten Ausbeuter mit dem Ziel der Errichtung der neuen Gesellschaft entwickelte, die in den 30er Jahren des 19. Jahrhunderts von den Vertretern des utopischen Arbeiterkommunismus übernommen wurde, so von Blanqui, Weitling u. a. Während Blanqui diese Diktatur als die einer kleinen Gruppe von Revolutionären verstand, faßten Marx und Engels die Diktatur des Proletariats als Herrschaft der durch die Herausbildung der maschinellen Großindu-

strie geschaffenen modernen Arbeiterklasse auf.

Erst das Erkennen des Ursprungs und der Entwicklung der Klassen aus deren Stellung innerhalb geschichtlicher Entwicklungsstufen der Produktion, des Zusammenhangs von Klasseninteressen und Politik ermöglichte die Entdeckung des Klassencharakters des Staates. Die Existenz von Klassen und Klassenkampf, auch die Idee vom Klassencharakter des Staates, hatten vor Marx schon englische Ökonomen und französische Historiker der sogenannten Restaurationsperiode, der Periode nach der Großen Französischen Revolution, entdeckt. Was Marx neu tat, war, daß er die Auffassung vom Klassencharakter des Staates historisch-ökonomisch begründete. Seit dieser Zeit nimmt der Klassenbegriff die zentrale Stellung im marxistisch-leninistischen Staatsverständnis ein. Gerade dieser Klassenaspekt in der Staats- und Rechtstheorie wird von den bürgerlichen Ideologen und ihrem sozialdemokratischen Anhang bis auf den heutigen Tag mit Vehemenz geleugnet.

Warum aber wird die bürgerliche These vom Staat als dem Vertreter des allgemeinen Interesses auch von vielen Werktätigen - wahrscheinlich sogar der Mehrheit - angenommen? Warum ist es so schwierig, den Klassencharakter von Polizei, Armee, Justiz, Strafvollzug, Verwaltung und anderen Staatsorganen zu erkennen?

Zunächst einmal versteht es die herrschende Klasse, ihr Sonderinteresse als allgemeines oder „nationales“ Interesse auszugeben. Zweitens kann sie den Staat nicht nur für ihre Zwecke gebrauchen. Sie muß auch allgemeine Interessen der Volksmassen - Bildung, Gesundheit, Infrastruktur, Kriminalitätsbekämpfung usw. - wahrnehmen. So kann die Illusion vom Staat als dem Vertreter des allgemeinen Interesses, vom „Vater Staat“, entstehen. Der Staat kann seine Klassenfunktion nicht ausüben, wenn er nicht auch das Allgemeininteresse - immer unter dem Aspekt seiner Klassenoption - mit berücksichtigt. Anders kann die herrschende Klasse ihre Macht nicht verwirklichen. Und schließlich sind die im Staatsapparat beschäftigten Angestellten mehrheitlich Werktätige, die dort ihren Lebensunterhalt verdienen, zum Teil nicht einmal schlecht bezahlt werden. Auch wenn sie vielleicht manches in ihrer Tätigkeit empirisch erleben, was zu Einsichten führen kann, sind die ideologischen Auswirkungen der Tätigkeit im „öffentlichen Dienst“ nicht zu unterschätzen.

Ulrich Huar

Leseempfehlung:

Karl Marx: Kritische Randglossen zu dem Artikel „Der König von Preußen und die Sozialreform. Von einem Preußen.“ MEW 1/392-409

Als Parteisekretär im VEB Kühlautomat (II)

Nazischnauzen stopfen!

Unser Einfluß im Betrieb war so gewachsen, daß wir es nicht mehr nötig hatten, stundenlange Debatten darüber zu führen, ob das denn nun stimme, was der RIAS da sendete oder was im „Telegraf“ stand. Auch wenn die Parteiorganisation, die Lehrwerkstatt eingeschlossen, vielleicht nur 8 % der Belegschaft ausmachte, besaß sie beachtliche Autorität.

In der Schweißerei kam ich mit einem neuen Kollegen ins Gespräch. Schon nach einigen Worten merkte ich, daß ich es mit einem unverbesserlichen Nazi zu tun hatte. Wir redeten so herum, tasteten uns ab. Die Kollegen hörten gespannt zu, sie hatten den Kerl noch nicht durchschaut. Da machte er einen Fehler. Er hielt es nicht für möglich, daß viele parteilose Arbeiter zur SED standen. Er war Westberliner und behauptete, dort dürfe er nicht die Wahrheit sagen. Ich erwiderte, was er in Westberlin nicht äußern dürfe, könne er gewiß hier bei uns an den Mann bringen. „Na gut. Also, an allem Unglück sind die Juden schuld.“ Ich war verblüfft. Daß einer so direkt mit Naziparolen operieren würde, hätte ich nicht erwartet. Ich betrachtete die Kollegen. Es waren gerade meist die jüngeren, denen solches Gerede nicht mehr viel sagte. Aber ich wußte, worauf der Lump abzielte. Nach den Juden kamen die Russen dran und dann die SED. Ich glaubte es nicht mehr nötig zu haben, mit diesem Burschen ernsthaft zu diskutieren und sagte deshalb nur: „Ja, da hast Du recht. Der alte Jude Göring und die Juden Krupp und Siemens, die haben den Krieg gemacht und uns ins Unglück gestürzt!“ Die Kollegen grinsten. Sie hatten inzwischen gelernt, daß das deutsche Monopolkapital für die Verbrechen verantwortlich war. Als ich das sah, schlug ich zu: „Wenn Du hier arbeiten willst, weil Du in Westberlin keine Arbeit findest – bitte, aber halt Deine verdammte Nazischnauze und laß die dämlichen Reden!“ Der Neue tat empört. Man könne nicht einmal seine Meinung sagen, das sei undemokratisch, aber er wolle lieber ruhig sein, denn dem Parteisekretär zu widersprechen sei ja gefährlich. „Red nicht so'n Quatsch“, meinte einer der Jüngeren. „Mit unserem Parteisekretär kannst du über alles diskutieren, aber Deine Nazisprüche wollen wir hier nicht hören!“ Der Neue kam am nächsten Tag nicht wieder.

Bis auf den Dreher, der seine Kaninchen züchtete, versperrten sich die mir bekannten Sozialdemokraten weiterhin jedem Gespräch, obwohl wir sie als Genossen ansprachen und behandelten. Eine offen gegen uns auftretende Gruppe gab es im Betrieb nicht. Auch viele parteilose Arbeiter unterstützten uns, so daß verkappte Nazis sich duckten. Nur einmal waren wir gezwungen, gegen eine Reinigungskraft vorzugehen. Sie hatte behauptet, die Rosenbergs wären verdammte jüdisch-bolschewistische Atomspione in den USA, die hingerichtet werden müßten. Die Frau war verhetzt. Es hätte sich eigentlich nicht gelohnt, sich mit ihr zu befassen, aber sie drohte uns, bei den Gewerkschaftswahlen Schwierigkeiten zu machen. Diese Wahlen hatten wir sehr gründlich vorbereitet. Mehrmals wurde in der Parteileitung gemeinsam mit Erich Lichy, dem parteilosen BGL-Vorsitzenden, über die Kandidaten für

sämtliche Funktionen beraten. Bis auf die Direktoren und Abteilungsleiter sollten alle Genossen eine Funktion anstreben und sich zur Wahl stellen. In der Parteiversammlung behandelte ich Lenins Arbeit „Die Rolle der Gewerkschaften in der NÖP“. Gute Gewerkschaftsarbeit, intensive Mitwirkung auf allen Gebieten des Gewerkschaftslebens, betrachteten wir als wirksamste Form des Zusammenwirkens mit den Kollegen. Dabei spielte auch der Frauenausschuß eine wichtige Rolle. Damals wurden solche Ausschüsse gebildet. Sie sollten die spezifischen Interessen der Frauen wahrnehmen, die sich im allgemeinen noch wenig an der gesellschaftlichen Arbeit beteiligten. Die Kollegin Hanna Drechsler interessierte sich dafür. „Na los“, sagte ich, „bilde einen Frauenausschuß.“ Sie verlangte nach Anleitung, aber ich weigerte mich. „Was soll ich denn machen?“ „Das weiß ich doch nicht. Hol die Frauen zusammen, die das interessiert. Überleg, schreib auf, was zu tun ist. Zum Beispiel: Außer Frau Sieber und den Sekretärinnen gibt's bei uns doch keine einzige Frau mit einer Berufsausbildung! Ich rede jetzt nicht von den Lehrlingen. Soll das so bleiben?“ Hanna brütete tagelang. Dann wollte sie mir ihr Referat zeigen. Ich weigerte mich wieder. „Das wißt ihr allein viel besser. Macht mal!“ Ich ging auch nicht zu der Versammlung, auf der der Frauenausschuß gewählt wurde, weil ich wollte, daß die Frauen völlig unbeeinflusst zusammenfanden. So entstand im Kühlautomat mit Hilfe der Genossin Uschi Eigendorf ein Frauenausschuß ausschließlich aus parteilosen Arbeiterinnen und Angestellten, der intensiv arbeitete, guten Kontakt mit der BGL und der Parteileitung hielt, weil er die Interessen der Frauen in eigener Regie wahrnehmen konnte.

Auch die Mehrheit der Kandidaten für Gewerkschaftsfunktionen waren Parteilose, alles Leute, die Ansehen genossen, ohne einer notwendigen Auseinandersetzung aus dem Wege zu gehen, und die mit der Parteiorganisation zusammenzuarbeiten bereit waren. Selbstverständlich kandidierte auch Erich Lichy wieder. Obwohl wir davon ausgehen konnten, daß die Kandidaten gewählt werden würden, durften wir kein Risiko eingehen, gab es doch auch Leute im Betrieb, die uns gegenüber feindlich eingestellt waren. Wir wollten nicht, daß mehr Kandidaten

für die BGL aufgestellt wurden, als zu wählen waren. Denn das hätte bedeuten können, daß z. B. Erich nicht gewählt worden wäre. Der BGL-Vorsitzende konnte nicht allen Kollegen nur Gutes tun. Er hatte sich auch mit ungerechtfertigten Forderungen befaßt, Querköpfe zurechtgewiesen, sich den Zorn Unvernünftiger zugezogen, die eigentlich nichts gegen die BGL hatten, aber ihm nun bei Wahlen möglicherweise einen Denkartzettel verpassen wollten. Dagegen war zu erwarten, daß Kandidaten, die längst nicht so viel wie Lichy geleistet und sich nie mit jemandem angelegt hatten, keine Gegenstimmen erhielten.

Irgendwo hatten wir nicht aufgepaßt. Die erwähnte Reinigungskraft geriet auf die Kandidatenliste! Die Gefahr, daß sie mehr Stimmen als Lichy bekam, war zwar gering, aber wir durften es nicht darauf ankommen lassen. So war ich gezwungen, schweres Geschütz gegen sie aufzufahren. In einer Versammlung griff ich sie scharf an, nicht wie üblich, wenn Arbeiter gedankenlos die Lügen des RIAS nachschwätzten: Die Welt kämpft um das Leben der Rosenbergs, alle anständigen Menschen wollen sie vor dem elektrischen Stuhl retten, und sie redet den amerikanischen Atomwaffenstrategen, die Hiroshima und Nagasaki auf dem Gewissen haben, das Wort! Die Frau blieb daraufhin in Westberlin.

„Warum hast Du das gemacht?“, fragten mich Kollegen. „Die war doch nicht gefährlich, bloß zurückgeblieben. Die hätte bestimmt die wenigsten Stimmen bekommen!“ „Möglich. Kann aber auch sein, daß Lichy unten auf der Liste gelandet wäre. Und so beschränkt die Frau auch war, wir hätten eine Vertreterin der unbeherrschbaren Nazis in der BGL haben können!“ Die Meinungen blieben geteilt, aber auch die, die mich kritisierten, taten das von unserem Standpunkt aus, vom Nutzen für die Gewerkschaft und im Interesse des Ansehens der Parteiorganisation. So führte meine Härte in diesem Falle nicht zu einer Lockerung des guten Verhältnisses zu den parteilosen Kollegen.

Walter Florath

(Der Beitrag „Die Eiskalten und das Emilbäumchen“, dessen 11. Folge wir hier veröffentlichten wurde dem Buch „Spurensicherung. Zeitzeugen vom 17. Juni 1953, GNN Verlag 1999, entnommen.)



Vor 65 Jahren gingen die Interbrigadisten nach Spanien

Wieder am Jarama



Ende Oktober fanden aus Anlaß des 65. Jahrestages der Formierung der Internationalen Brigaden (IB) verschiedene Aktivitäten und Begegnungen in Madrid und Albacete statt. Vier bewegende Tage, zusammen mit Brigadistinnen und Brigadisten, ihren Angehörigen aus verschiedenen Ländern und Unterstützern des Kampfes, erinnerten an die damaligen Ziele und Schlachten. Die daran Beteiligten sind inzwischen über 80 Jahre alt, und so waren wir diesmal weniger. Als bei einer der Veranstaltungen ein Video über die 60-Jahrfeier 1996 gezeigt wurde, gingen freudige Stimmen durch die Reihen: „Ach schau, da ist doch noch der oder die...!“ Viele fehlen uns inzwischen, sind gestorben, darunter auch der deutsche Interbrigadist Fred Müller aus Berlin.

Die Busfahrt ins Jaramatal war ein beeindruckendes Erlebnis. In Arganda fing es mit den einstigen Liedern an. Von dort ging es über Feldwege, links und rechts von kargen, steinigen Äckern mit Wein- und Olivenpflanzungen flankiert, zu den ehemaligen Schlachtfeldern. Fern jeglicher Kenntnisse über Militärstrategie konnte ich das nur aus meiner bescheidenen Erinnerung an Gelesenes nachvollziehen. An der legendären Arganda-Brücke wurde ein Lorbeerkranz in den Jarama geworfen; die Erfüllung des letzten Wunsches eines kürzlich verstorbenen Brigadisten. Die uns an der Brücke gereichten roten Nelken warfen wir hinterher. Sie leuchteten im graubraunen Wasser des Jarama. Die Idee der vier Gemeinden des umliegenden Gebiets, einen „historischen Park“ im Jaramatal zu errichten, wo im Februar 1937 die von Ernst Busch besungene große Schlacht stattfand, stieß auf allgemeine Zustimmung. Zumal es an Geschichtsverständnis hier wie anderswo not tut. Der Park soll sich nicht auf Wiesen und Felder beschränken, sondern von aller Art Informationen und Aktivitäten flankiert werden.

Nach diesen aufregenden Tagen fuhr ein kleiner Teil nach Albacete, der einstigen Basis der Brigaden, weiter. An der dortigen Universität, wo sich auch das Dokumentationszentrum der IB befindet, wurde ein in-

ternationales Forum veranstaltet. Zu Beginn stellten sich vier Faschisten vor das Gebäude. Sie hielten Transparente mit den Aufschriften „Mörder der Freiheit“ und „Freiwillige Stalins“ hoch. Als am letzten Tag des Kolloquiums das Thema „Der Bürgerkrieg und die Internationalen Brigaden aus heutiger politischer Sicht“ anstand, demonstrierten die selben Typen nochmals ihre Ignoranz. Von den zu diesem Diskurs eingeladenen Parteien erschienen lediglich drei Vertreter:

Llamazares, Vorsitzender der Vereinigten Linken (IU), Anasagasti, der Cortes-Vertreter der baskischen Regierungspartei PNV, und Maldonado, Repräsentant der bürgerlich-katalanischen CiU. Der Vertreter der ganz Spanien regierenden PP Aznars sagte kurzfristig ab, ein Vorgang, der kaum Verwunderung auslöste; aber auch der angekündigte Delegierte der sozialdemokratischen PSOE, die im Opportunismus versinkt, glänzte durch Abwesenheit.

Kaum saß der baskische bürgerliche Nationalist Anasagasti, da entrollten die Faschisten schon ein Spruchband mit der Aufschrift:

„ETA-PNV-Mörder“. Es wurde ihnen entrissen und unter Protestrufen zogen sich die Faschisten zurück. Natürlich gäbe es die Möglichkeit, das Ganze als Auftritt „einiger ewig Gestriger“ abzutun – mehr noch im Zusammenhang mit einer Veranstaltung über Geschichte.

Doch handelt es sich bloß um Geschichte? Ich sehe den Kampf der IB nicht im Kontext historischer Abgeschlossenheit, sondern empfinde ihre aktuellen Bezüge stärker denn je. Anna Perez, die Präsidentin der Asociación de Amigos de las Brigadas Internacionales, sagte treffend in einem Interview: „Die Kämpferinnen und Kämpfer der Internationalen Brigaden stehen auch heute noch zu ihrem Einsatz für Solidarität, Freiheit, Demokratie und Gerechtigkeit.“

Die Entscheidung der Frauen und Männer, sich in die Reihen der IB einzugliedern, war von ihrer Erkenntnis bestimmt, daß der Faschismus nur im internationalen Kampf zu bezwingen ist. Auch wenn die Spanische Republik und die mit ihr kämpfenden Brigaden damals nicht siegen konnten, bleibt ihr Beispiel Vermächtnis – gerade in diesen Tagen neuer faschistischer Bedrohung.

Isolda Bohler, Valencia

„Nachfolgepartei“ der Kommunisten gewann Präsidentschaftswahlen

Und nun auch Bulgarien ...

Mit den „Nachfolgeparteien“ der einstmalig regierenden Kommunisten in den früher sozialistischen Ländern Ost- und Südosteuropas ist das so eine Sache. Während ihre Führungen – z. B. in Polen und Ungarn – total pervertiert sind, sich in Antikommunismus überschlagen und Treueschwüre auf die NATO leisten, gibt es an der Basis und unter der Gefolgschaft noch immer linkes Potential. Das trifft vor allem auf die Wähler zu, die – in Ermangelung einer wirklichen Alternative – für jene stimmen, die ihnen noch am ehesten mit dem Sozialismus verwandt erscheinen. Die kommunistischen Parteien dieser Länder, die am Marxismus-Leninismus festhalten, verfügen leider nur über begrenzten Einfluß.

Jetzt hat sich auch in Bulgarien bestätigt, wo die Lage bisher als recht verworren gegolten hatte, daß breite Wählerschichten nach einem Ausweg suchen. Doch zunächst zur Situation:

In der durch die Presse der Bourgeoisie als Ex-KP bezeichneten Bulgarischen Sozialistischen Partei unter Georgi Parwanow, der die BSP vom „Ruch des Bolschewismus“ befreien will, dominiert seit der Konterrevolution der rechte Flügel, obwohl auch die Linken nicht einflußlos sind. Bis 1996 war die BSP in Sofia an der Regierung. Nach einem bürgerlichen Zwischenspiel wurde in diesem Sommer Ex-König Simeon Sachskoburggotski – der frühere Monarch aus dem Hause Sachsen-Co-

burg trägt inzwischen einen weniger grotesken Namen – Wahlsieger und Premierminister. Nun hat „Sozialistenführer“ Georgi Parwanow den bisherigen Präsidenten und Hauptkandidaten der Rechten Petar Stojanow mit einem Stimmenanteil von 56 % beim zweiten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen aus dem Sattel gestoßen. Der Triumph der BSP – übrigens eine Bruderpartei der PDS, die in der NATO-Frage bislang eine andere Position einnimmt – öffnet in Bulgarien natürlich keine Tür zum Sozialismus. Alles bleibt vorerst beim Alten und die angestrebte NATO-Mitgliedschaft wie bisher fest im Visier des BSP-Politikers, bei dem es sich um einen Wendehals par Excellence handelt. Wie im Falle von Polens Präsidenten Kwasniewski, dessen sozialdemokratische Wahlallianz gerade erst einen eindrucksvollen Sieg errungen hat, über den wir im November-„RotFuchs“ berichteten.

Und dennoch. Die Tatsache, daß sich nun auch die Bulgaren mehrheitlich für eine in den Augen der Wähler linke Partei entschieden haben, deren revolutionäre Vorgängerin einst durch einen Georgi Dimitroff geführt wurde, läßt zumindest einen Hauch der Erinnerung an Gewesenes und Verlorenes aufkommen, das den verelendeten Massen des Balkanlandes heute wie ein Traum erscheinen muß. In diesem Sinne ist das Signal aus Sofia durchaus beachtenswert.

S. R.

Eine geknebelte Stimme des Anderen Amerika

Weihnachtsgrüße an Kurt Stand

„Möglichst offen, ehrlich und prinzipienfest unsere Position zu vertreten ist um so ehrenhafter, als die politische Situation in der Welt immer schlechter wird. Das Bombardement in Afghanistan wird im Kampf gegen den Terrorismus nichts ausrichten; eher noch sorgt es für fruchtbaren Boden, auf dem er sich weiter entwickeln kann. Obwohl ich in diesen Tagen offensichtlich ein wenig isoliert bin, habe ich den Eindruck, daß es trotz aller Entstellungen in der Berichterstattung der Medien und trotz allen politischen Druckes in den USA viele Menschen gibt, die nach der Richtung unserer Politik fragen, eine Alternative suchen.“

Diese Worte schrieb Mitte Oktober der Deutsch-Amerikaner Kurt Stand, der nach jahrelangen Ermittlungen am 23. Januar 1999 von einem USA-Bundesgericht wegen „Verschwörung zur Spionage“ zu 17 Jahren Freiheitsentzug verurteilt wurde. Er sitzt im Bundesgefängnis Allenwood/Pennsylvania ein.

Seit diesem Brief hat sich die internationale Lage weiter verschlechtert, ist der imperialistische Krieg um die USA-Weltherrschaft in ein neues, noch gefährlicheres Stadium getreten, werden weitere „Schurkenstaaten“ in der Ölregion ins Visier genommen. Sicher würden Warnung und Protest Kurt Stands heute noch deutlicher ausfallen. Daß mich derartige Äußerungen bis zum Tage noch nicht erreichten, führe ich auf die Möglichkeit einer Verschärfung von Sicherheitsvorkehrungen und Briefzensur nach den Ereignissen des 11. September zurück.

Wer ist dieser tapfere Mann, über dessen Schicksal „RotFuchs“ bereits vor einiger Zeit informierte?

Kurt wurde 1954 in New York als Sohn deutscher Emigranten geboren. Seine Eltern, aktive Antifaschisten, flohen nach 1933 vor der Verfolgung durch die Nazis und gelangten in die USA, wo sie als Arbeiter eine bescheidene Existenz hatten. Kurt schreibt: „Ich wuchs auf mit dem Wissen um die Schrecken des Faschismus und mit den Geschichten der Familienmitglieder, die ihren Widerstand gegen ihn mit Gefängnis, Exil und sogar dem Leben bezahlten.“

Der Antifaschismus seiner Eltern und ihrer Freunde prägte Kurts Persönlichkeit und seinen politischen Werdegang. Ohne die in den USA herrschenden Verhältnisse mit dem deutschen Faschismus gleichzusetzen, sah er dennoch gefährliche Parallelen „in dem blinden und ganz falschen Patriotismus, der genutzt wurde, um den Krieg in Vietnam zu rechtfertigen und Stimmen des Protestes - oft mit Gewalt - zum Schweigen zu bringen“. Schon früh sah sich Kurt mit Problemen des Rassismus konfrontiert, litt er unter der Schwäche der Arbeiter- und Gewerkschafts-

bewegung, beteiligte er sich an Aktionen für Bürgerrechte und am Widerstand gegen den Vietnamkrieg. Er engagierte sich vornehmlich in den Unions und erfuhr die Folgen politischer Repression am eigenen Leib. Sein Leben und seine Arbeit waren und sind durch das enge Wechselspiel von politischer Bildung (vor allem Geschichte, Philosophie) und praktischer Tätigkeit, vom Streben nach Erkenntnis der universalen Zusammenhänge und der Suche nach Wegen zur Veränderung der Verhältnisse bestimmt.

Kurts Vater stand noch in enger Verbindung zu Freunden in Deutschland, namentlich in Leipzig. Schon in den 60er Jahren nahm er den Jungen auf seinen Reisen in die alte Heimat mit, wo eine neue Gesellschaft errichtet wurde. Fasziniert von manchen Eindrücken, bereiste Kurt später auch selbständig die DDR, deren Leben und Entwicklung er parteiergreifend, aber auch kritisch beobachtete. Er kam mit vielen Menschen ins Gespräch, wobei er immer mehr Gemeinsamkeiten zwischen seinen und ihren Auffassungen feststellte. Etwa 1973 ergab sich ein Kontakt zu Mitarbeitern staatlicher Organe der DDR, die ihm geduldig und überzeugend halfen, die Grundzüge der Innen- und Außenpolitik dieses sozialistischen Landes besser zu verstehen. Aus solchen Gesprächen entwickelte sich im Laufe der Zeit eine regelmäßige, feste Beziehung. Für seine Freunde in der DDR analysierte der gebildete junge Mann wiederholt verschiedene Aspekte der USA-Außenpolitik. Seinen Einschätzungen lagen Informationen zugrunde, die man amerikanischen Zeitungen oder Nachrichtenmagazinen entnehmen konnte. Da er keinerlei Zugang zu geheimen oder vertraulichen Materialien besaß, konnte von

Spionage oder Geheimnisverrat keine Rede sein. Kurt schreibt darüber: „Meine Entscheidung, mich in dieser begrenzten Weise einzubeziehen, war durch verschiedene Faktoren motiviert. Ich traf sie vor allem deswegen, weil ich fühlte, daß die DDR dem internationalen Kampf für Frieden und Gerechtigkeit große Unterstützung gab. Außerdem setzte sie sich das Ziel, Wege zur Minderung der Spannungen des Kalten Krieges zu finden. Dieses Bestreben wollte ich mit meinem bescheidenen Beitrag unterstützen.“

Später lockerte Kurt jedoch seine Beziehungen zu den Berliner Partnern, weil er in der Politik der führenden Kräfte der DDR gewisse Züge feststellte, die seinen persönlichen Vorstellungen von Sozialismus widersprachen. 1985 kamen die Kontakte ganz zum Erliegen.

Trotz aufwendiger Ermittlungen unter Einschaltung von Provokateuren konnte das FBI Kurt Stand keine Spionage nachweisen. Um aber auf jeden Fall eine Verurteilung zu erreichen, entwickelte die Staatsanwaltschaft die abenteuerliche, im amerikanischen Strafrecht vorgesehene Konstruktion von einer „Verschwörung“, auf die dann auch der Schuldspruch gestützt wurde. In einem „Offenen Brief an meine Freunde“ schrieb Kurt nach Abschluß des Gerichtsverfahrens im Jahre 1999: „Ich war ein echter Sympathisant der DDR ... Vieles war lange Zeit richtig, vieles wurde später falsch gemacht; nur durch ein ausgewogenes Urteil können wir aus dieser Erfahrung lernen.“

Kurts politische Haltung als Antiimperialist hat keine Wandlungen erfahren. An seiner sozialistischen Einstellung vermochten weder der Untergang der DDR noch das entwürdigende Gerichtsverfahren noch die barbarische Strafhöhe zu rütteln. Er blieb seinen Einsichten und Erkenntnissen prinzipiell treu, was sich in vielen Briefen niederschlägt, die er an deutsche Freunde aus der Haft richtet. Er nutzt die sehr begrenzten Möglichkeiten eines politischen Gefangenen in den USA, um sich und andere auch unter diesen komplizierten Bedingungen durch Wissenserwerb und Wissensvermittlung weiterzubilden.

Kurt Stand, zu dessen Lektüre seit einiger Zeit auch der „RotFuchs“ gehört, ist eine geknebelte Stimme des Anderen Amerika. Er verdient und braucht unsere internationalistische Solidarität.

Dr. Hans Kaiser

Hier noch einmal die Adresse:

Kurt Stand PO Box 2000
47789-083 White Bear, PA 1788
Unit 38 U. S. A.
FCI Allenwood

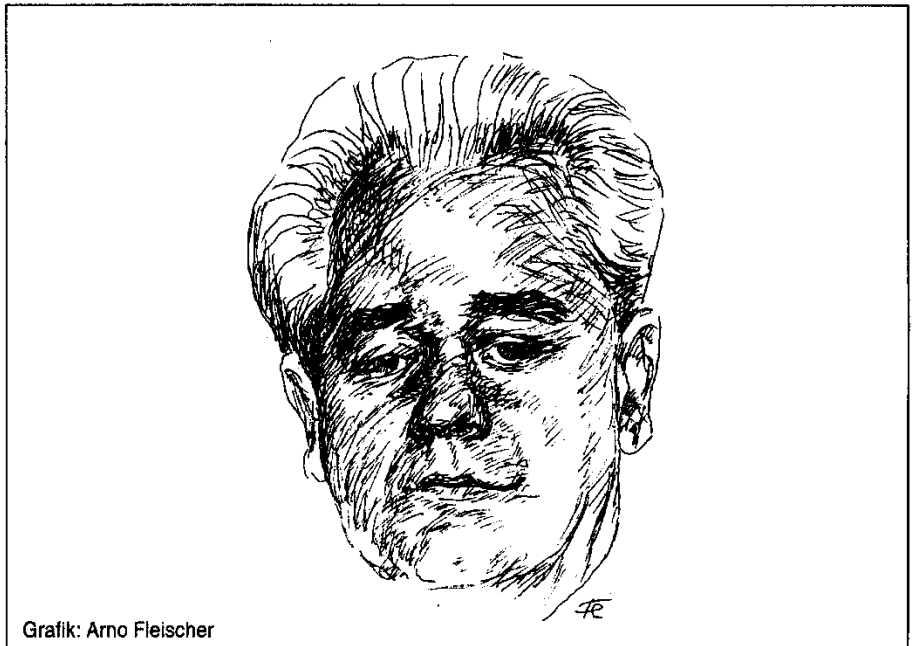


„Ich verteidigte mein Volk gegen Terrorismus“

Milosevic klagt an

Am 29. Oktober 2001 gab der politische Gefangene des imperialistischen Staatsterrorismus, Slobodan Milosevic, im „Gerichtssaal“ des illegalen Haager „Kriegsverbrechertribunals“ eine Erklärung ab, die ihn in eine Reihe mit Dimitroff und anderen angeklagten Anklägern gestellt hat. In ihr heißt es u. a.:

„Ich möchte feststellen, daß ich sehr gut weiß, wessen ich angeklagt bin. Ich bin angeklagt, weil ich mein Volk auf legale Weise und mit legitimen Mitteln auf der Basis des Rechts auf Selbstverteidigung, das jeder Nation zusteht, verteidigt habe. Es war meine Ehre und mein Vorrecht, mein Volk gegen die verbrecherische Aggression zu verteidigen, der es ausgesetzt war, es zu verteidigen gegen den Terrorismus, mit dem die Clinton-Administration engstens zusammenarbeitete. Niemand kann das in Abrede stellen. Die Wahrheit kann nicht in einer Flut falscher Anklagen ertränkt werden. Ich habe nicht die Absicht, mich mit Inhalten von Beschuldigungen vertraut zu machen, die vollständig fabriziert und von der Wahrheit sehr weit entfernt sind.“



Grafik: Arno Fleischer

Zur Verleihung des diesjährigen Friedensnobelpreises

Dekorierung mit Doppelsinn

Die Zuerkennung des diesjährigen Friedensnobelpreises an UNO-Generalsekretär Kofi Annan und die Vereinten Nationen ist zweifellos eine doppeldeutige, unterschiedlich interpretierbare Entscheidung. Würde man nicht um den politischen Hintergrund und die Querverbindungen der über diese Dekoration befindenden norwegischen Parlamentarier, dann könnte man meinen, kluge Leute in Oslo wollten der Welt vor dem Panorama der Kriegsentfesselung durch die Bush-Administration ein wichtiges und positives Signal senden: Verhelft der diskreditierten und durch die NATO vorgeführten UNO endlich wieder zu ihrem von der Charta umrissenen Recht auf inter-

nationales Gewaltmonopol, zu ihrem Anspruch auf Konfliktregelung und Friedenssicherung, zur Schirmherrschaft beim Schutz von Gleichberechtigung, Souveränität und territorialer Integrität aller Staaten. Eine solche Absicht wäre natürlich zu begrüßen.

Doch auch eine andere Interpretation des Verleihungsbeschlusses kann nicht ausgeschlossen werden. Die „Väter“ der Preisvergabe empfehlen, eine geschwächte Organisation und deren eminentesten Beamten – den seit Jahrzehnten in den USA lebenden Abkömmling ghanaischer Stammesfürsten und einstigen Wunschkandidaten der Vereinigten Staaten von Amerika für das Amt des

UNO-Generalsekretärs – gerade dafür zu „ehren“, daß sie sich seit dem Fall der UdSSR und der anderen sozialistischen Staaten in trister Zurückhaltung und Abstinenz geübt haben, um die NATO um so mehr gewähren zu lassen.

Denn zu keiner Zeit lag das durch die UNO verkörperte demokratische Völkerrecht so am Boden wie in diesen Tagen. Die Imperialisten trampeln auf ihm herum. Und: Gab es einen Beschluß der Weltorganisation, der das Ende des amerikanischen Bombenterrors in Afghanistan einforderte? Oder ein Sicherheitsrats-Veto gegen ihn?

Wie man die Dinge auch betrachten mag: Die Ehrung Kofi Annans, der als Leiter des zuständigen UNO-Bereiches während des Genozids an den Tutsis in Rwanda durch sein Nichtstun kläglich versagte, und der Vereinten Nationen ist ein zwiespältig Ding. Man weiß nicht, ob man darüber lachen oder weinen soll. **R. F.**

John Negroponte leitet UNO-Mission der USA

Ein Terrorist als Botschafter

Als John D. Negroponte am 13. September durch den Außenpolitischen Ausschuß des USA-Senats auf Vorschlag des Präsidenten George W. Bush zum Kandidaten für den Posten des UNO-Botschafters der USA bestätigt wurde – eine Entscheidung, die das Plenum des Senats bald bestätigte – hielt ganz Lateinamerika den Atem an. Der ehemalige Botschafter Washingtons in Honduras gilt nämlich als einer der gefährlichsten Terroristen des nordamerikanischen Imperialismus, der besonders mit der Organisation des Krieges der Contra-Banden gegen Nicaragua befaßt war. Negropontes Name war jedoch schon früher – während seines Einsatzes als politischer Berater der Saigoner USA-Botschaft und späterer „Mr. Vietnam“ des Nationalen Sicherheitsrates der USA – ein Synonym für blutige Gewalt.

Der Absolvent der elitären Yale-Universität gilt seit Jahrzehnten als Vertrauensmann

rechtsextremistischer Kreise der Vereinigten Staaten, besonders der antikubanischen Miami-Mafia. Es ist ein offenes Geheimnis, daß er an der Abfassung und Durchsetzung des berüchtigten Helms-Burton-Gesetzes zur weiteren ökonomischen Strangulierung Kubas direkt beteiligt war.

In Honduras ließ Negroponte seinen faschistischen Leidenschaften freien Lauf. Im Auftrag Präsident Reagans übernahm er die Initiative für alle antikommunistischen Operationen gegen die Sandinisten Nikaraguas und die Nationale Befreiungsfront Farabundo Marti (FMLN) in El Salvador. Er rüstete die Contras mit Tausenden Tonnen Waffen im Wert von vielen Millionen Dollar aus, richtete die Trainingslager der Banditen in Grenznähe zu Nicaragua ein und konzentrierte Hunderte USA-„Militärberater“ um seine Botschaft in Tegucigalpa. Zu Zeiten Negropontes wurde die US-Militärhilfe für

Honduras von 4 auf 7,4 Millionen Dollar erhöht. Der „Diplomat“ sorgte nach Angaben der „Baltimore Sun“ dafür, daß die honduranische Armee das Spezialbataillon 316 aufstellte. Es wurde vom USA-Geheimdienst ausgebildet und abgerichtet. Zu den Greueln dieser Einheit gehörte die Ermordung von 32 Frauen, die aus Hubschraubern gestürzt wurden. Vom Bataillon 316 wurden in knapp 5 Jahren mindestens 184 Personen nach schrecklichen Foltern umgebracht. Sämtliche Offiziere des Kontingents hatten ihre Ausbildung in USA-Trainingslagern erfahren. 1994 veröffentlichte die Menschenrechtskommission von Honduras einen Bericht über den militärischen Terrorismus, in dem Negroponte direkt der Rädelführerschaft bei der Verletzung der Menschenrechte überführt wurde.

Jetzt sitzt der Chefterrorist des Contra-Krieges gegen Nicaragua, der Kuba-Hasser und professionelle Antikommunist John Negroponte am Tisch des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen, wo über das Thema Menschenrechte verhandelt wird. Zweifellos ist er in dieser Materie zu Hause, weiß er doch besser als jeder andere, wie man die Menschenrechte mit Füßen tritt. **S. R.**

Wie Schröder in Peking Katzen als Hasen verkaufen wollte

Ritt auf der Münchhausenkugel

Kennst du das Musterland der Volksherrschaft? Es sei ein Staatswesen, wo jene, die den Reichtum schaffen, auch den Nutzen davon haben. Und obendrein hätten sie auch noch das Sagen!!! Was, du kommst nicht sofort auf die richtige Antwort? Natürlich handelt es sich um die BRD. Das jedenfalls erzählte ein deutscher Kanzler am 1. November 2001 während seines dritten (!) China-Staatsbesuchs seit 1999 den Hörern einer Vorlesung an der Pekinger Universität.

Man muß sich die Pikanterie der Szene einmal auf der Zunge zergehen lassen. Da belehrt Herr Schröder hochmütig die Menschen eines Landes, das der Fläche nach nur wenig kleiner als der europäische Kontinent ist. Es handelt sich um eine Bevölkerung, die immerhin 14 mal so groß ist wie die der Bundesrepublik Deutschland und die fast ein Viertel der Menschheit ausmacht. In 52 Jahren haben die Chinesen nach einem Opferreichen, von ihrer Kommunistischen Partei geführten Kampf – unter Überwindung auch mancher fehlerhaften Etappe beim Aufbau der neuen Gesellschaftsordnung – die Voraussetzungen dafür geschaffen, sich selbst immer besser zu ernähren, zu kleiden, zu „behausen“, gesund zu erhalten, zu bilden und kulturvoll zu leben. Sie tun das unter Bedingungen der Volksmacht. Ist der Spitzenpolitiker des deutschen Monopolkapitals wirklich so borniert, anzunehmen, er müsse diesem Volk „Lehrstunden“ in Demokratie erteilen? Es ist zu vermuten, daß der peinliche Universitätsauftritt des Kanzlers jener Moment im taktischen Konzept der BRD-Delegation gewesen ist, in dem die „freiheitlich-demokratische Ordnung“ und die „Menschenrechte“ am aufdringlichsten eingefordert werden sollten.

Die eingangs wiedergegebene Behauptung ließ der Regierungschef eines Landes vom

Stapel, dessen Bundesamt für Statistik Jahr für Jahr die bekannten Proportionen zwischen Arm und Reich feststellt und – gerade auch nach Einverleibung der DDR – von sich ständig vergrößernden Abständen zwischen Spitzenvermögen und Masseneinkünften zu berichten weiß, um hier von Obdachlosen, Sozialhilfebeziehern, funktionellen Analphabeten usw. gar nicht erst zu reden. Ist es nicht eine grobe Lüge, zu behaupten, in der BRD hätten wirklich jene, die den Reichtum schaffen, den Nutzen davon? Ist die BRD nicht vielmehr ein Land, in dem bei aller vorhandenen Potenz rund 4 Millionen Arbeitsuchende durch die Privateigentümer an Produktionsmitteln daran gehindert werden, ihre Arbeitskraft in den Produktionsprozeß einzubringen? Und beruht der relativ hohe Lebensstandard vieler arbeitender Bundesbürger nicht in erster Linie auf der Ausplünderung der „Dritten Welt“?

Demokratie, Volksherrschaft gäbe es derzeit auf deutschem Boden, behauptete der Kanzler eines Staates, in dem Aktiengesellschaften, Banken und Börsenjobber herrschen. Nicht zuletzt der VW-Konzern, der Schröder systematisch für die Machtverwaltung aufgebaut hat. Ist es nicht die vornehmste Pflicht eines BRD-Regierungschefs, dafür zu sorgen, daß die Interessen der wirklich Machtausübenden mit treuer Hand wahrgenommen werden?

Schröder hatte schon Anfang 1998 in einer Rede vor SPD-Spitzenpolitikern in Berlin versprochen, falls er Kanzler werde, sehe er die Zukunft der deutschen Wirtschaft im Osten. Er meinte damit weniger den nach der De-Industrialisierung nach wie vor medienwirksam zur „Chefsache“ erklärten wirtschaftlichen „Aufbau Ost“ in den „neuen Bundesländern“, der weiter auf sich warten läßt. Diesbezüglich ist es inzwischen so weit gekommen, daß ausgerechnet ein CDU-Politiker wie Biedenkopf die Meinung sächsischer Gewerkschafter zitiert, man müsse wieder auf die Straße gehen! Nein, der Kanzler meinte wohl eher viel weiter östlich liegende Gebiete. So blieb es der derzeitigen SPD-Regierung vorbehalten, Regionen im nordöstlichen Afrika, auf dem Balkan sowie im kaukasisch-kaspischen und zentralasiatischen Raum – nicht zuletzt des Erdöls wegen – auch zu deutschen Interessensphären zu erklären.

Die Bodenschätze und der Markt in China schließen sich da an. 30 wirtschaftliche Abkommen im Umfang von 10 Milliarden Dollar wurden allein auf dieser Reise unterzeichnet. Nicht wenige Vertreter bedeutender deutscher Unternehmen begleiteten den Kanzler. Es ist aufschlußreich, daß die „Liberalen“ des Herrn Westerwelle hier von Schröder keinen „schlankeren Staat“ einforderten!

Welche Unverfrorenheit gehört dazu, die SPD bei der erwähnten Pekinger Vorlesung als Erbin der Partei August Bebels und Wilhelm Liebknechts auszugeben und zu behaupten, man sei politisch sozial und demokratisch positioniert. Hat die Kanzlerpartei seit 1999 ihre Vorgänger nicht nachweislich in Aggressivität nach außen und Repression nach innen übertroffen, um sich bei den im Herbst 2002 anstehenden Bundestagswahlen weiterhin den Rückhalt im Finanzkapi-

tal und unter Rüstungsindustriellen, Militärs und anderen Vertretern der Macht zu sichern? Ist es unsachlich, wenn man nach allem, was gerade auch seit dem 11. September an politischen Tatsachen geschaffen wurde, feststellt, daß sich diese SPD-Führung mit Schröder an der Spitze als potenziert imperialistisch erwiesen hat?

Das Volk habe in der BRD das Sagen. Dieses Stück Romantik tischte der Kanzler seinen Hörern in Peking auf, nachdem er gerade der Berliner SPD-Führung per Daumendruck „empfohlen“ hatte, mit schwächeren Wahlsiegern zu „ampeln“, um der PDS-Spitze unter Mißachtung der kriegsunwilligen Wählerschaft dieser Partei zu signalisieren: Ihr habt Euch noch immer nicht genügend gewendet und angepaßt, um regierungskompatibel zu sein. Eine Volksherrschaft gaulerte jener Schröder vor, der es bei der berüchtigten Ermächtigungsabstimmung im Bundestag am 16. 11. nicht einmal den gewählten Abgeordneten seiner SPD und des grünen Koalitionspartners zugestand, nach ihrem Gewissen zu entscheiden.

Wieso erinnerte ich mich nach des Kanzlers Vorlesung, bei der Katzen als Hasen feilgeboten wurden, an die berühmte Geschichte vom Baron von Münchhausen? Dieser war zweifellos ein Meister im Aufschneiden und im Auftischen von Erfindungen aller Art. Daher ist er bis heute das leuchtende Vorbild bürgerlicher Politiker. Doch wenn einer allzu dick aufträgt, geht der Schuß am Ende nach hinten los. Und überdies: Um Münchhausenianen verkaufen zu können, bedarf es eines Publikums, das sich in den Realitäten dieser Welt überhaupt nicht auskennt. Was auf die Mehrzahl der Chinesen kaum zu treffen dürfte.

Eike Kopf, Peking



Warum der Krenl Moskaus strategische Interessen preisgibt

Geschenke an Bush

„Alle Schichten der russischen Gesellschaft sind erregt. Sie haben mit großer Beunruhigung den am 23. Oktober durch Präsident Putin verkündeten Beschluß zur Kenntnis genommen, Rußlands letzte strategische Basen im Ausland zu schließen: Lourdes auf Kuba und Camranh in Vietnam“, erklärte der Leiter der Fraktion der KPRF in der Staatsduma, Gennadi Sjuganow, als er den Botschafter Kubas in Moskau, Carlos Palmarola, auf dessen Bitte empfing. Die jetzige Führung des Landes setze die antinationale Politik Gorbatschows und Jelzins ihrem Wesen nach fort. Sie habe die Interessen des Landes aus Torheit und in dem Wunsch aufgegeben, sich an den Schwanz der amerikanischen Gewaltpolitik zu hängen. Die Kommunisten und die volkspatriotischen Kräfte Rußlands hätten schon wiederholt erklärt, daß die jetzige Politik der Führung des Landes den grundlegenden nationalen und staatlichen Interessen widerspreche. Gegen diese Interessen richteten sich die vorbehaltlose Unterstützung des amerikanischen Krieges in Afghanistan, der Beschluß, den Luftraum Rußlands für Militärmaschinen der USA zu öffnen, das Einverständnis mit der Errichtung von amerikanischen Militärbasen in Ländern der GUS und der Abzug Rußlands von den letzten strategischen Brückenköpfen auf Kuba und in Vietnam. Präsident Putin habe sich so beeilt, Präsident Bush dieses „Geschenk“ bei ihrem Treffen in Schanghai zu überreichen, daß er die Erfüllung der Forderungen des USA-Kongresses zur Basis auf Kuba ohne die erforderlichen Konsultationen mit den Partnern verkündete, entgegen ihren Meinungen und Vorschlägen.

Botschafter C. Palmarola informierte den KPRF-Fraktionsvorsitzenden ausführlich über den Verlauf der russisch-kubanischen Gespräche zur Verlängerung der Vereinbarungen über die Nutzung der Basis in Lourdes, über die Umstände, unter denen die kubanische Seite von dem unerwarteten Entschluß Moskaus erfuhr, dieses radioelektronische Zentrum zu schließen. Die Mehrzahl der Experten habe bestätigt, daß es weder militärische noch technische noch politische Notwendigkeiten gab, die Basis in Lourdes aufzulösen. Und die Berufung auf ökonomische Zwänge wegen des Disputs über die von Kuba geforderten 25 Millionen Dollar Pacht (zwischen 1996 und 2000 wurden laut „Granma“ jährlich 200 Millionen Dollar gezahlt – R. F.) sei nicht ernst zu nehmen. Die Argumentation der Gegner der russisch-kubanischen Zusammenarbeit halte keiner Kritik stand. Warum habe Putin während seiner Kuba-Visite im Dezember 1999 die äußerste Interessiertheit an der Aufrechterhaltung dieser russischen Basis betont, während sie nur einige Monate später plötzlich nicht mehr nötig sei?

„Die KPRF, die volkspatriotischen Kräfte werden den öffentlichen Druck auf die Führung des Landes verstärken, damit das jetzige Niveau der russisch-kubanischen Beziehungen erhalten bleibt“, betonte Sjuganow. „Sie werden gegen den verräterischen Beschluß Putins über die Schließung unseres strategischen Zentrums auf Kuba Widerstand leisten.“

Kuba widerstehe schon mehr als 40 Jahre dem Staatsterrorismus der USA, es werde

ihn auch unter den jetzigen Bedingungen überstehen, hob der Botschafter hervor. Und das trotz der Tatsache, daß der Zeitpunkt der Verkündung des Beschlusses der russischen Führung zur Basis äußerst ungünstig sei, weil er den USA bei ihren aggressiven Handlungen gegen Kuba völlig freie Hand lasse.

Gennadi Sjuganow äußerte seine Übereinstimmung mit der Einschätzung der Entscheidung über die Schließung der Basis, die Fidel Castro getroffen hat: „Die strategischen Folgen eines solchen Schrittes werden für Rußland weit schlimmer als für Kuba sein.“

(Aus „Prawda Rossii“ 31. 10. bis 6. 11. 01)

USA-Kongreß will Russen amerikanisieren

Missionare im Anmarsch

Just zu jener Zeit, als die Präsidenten Putin und Bush öffentlich den höchsten Grad der Freundschaft demonstrierten, entstand im Schoß der gesetzgebenden Macht der Vereinigten Staaten ein Dokument, das die Einmischung in die inneren Angelegenheiten Rußlands legalisiert. Der Außenpolitische Ausschuß des USA-Repräsentantenhauses billigte einen Gesetzentwurf unter dem Titel „Über die russische Demokratie 2001“. Jetzt wird ihn das Plenum der Kammer behandeln. Wie der Einbringer des künftigen Gesetzes - der kalifornische Abgeordnete Tom Lantos - sagte, „ist in den amerikanisch-russischen Beziehungen der historische Moment gekommen, den man sich nicht entgehen lassen darf“. Lantos erklärte, die neue gesetzgeberische Initiative sehe Hilfe bei der Stärkung der russischen „demokratischen“ Parteien, Massenorganisationen und Medien vor. (Von dort werden offensichtlich die Kader zur Leitung eines amerikanisierten Rußlands rekrutiert.) Besonders beeindruckt die im Gesetzesprojekt vorgesehene Einführung von Kursen zum Studium der amerikanischen Lebensweise an allen russischen Universitäten.

Ursprünglich war für diesen Zweck vorgesehen, 50 Millionen Dollar bereitzustellen. Doch Lantos ist sich sicher, daß die Summe schon in nächster Zeit erhöht wird.

Die Idee ist nicht neu. Auf dem Höhepunkt der „Perestroika“ hat ein gewisser „Amerikanischer Fonds für Rußland“ das Programm „Botschafter der Freiheit“ geschaffen. In seinem Rahmen sind viele „Agenten des Einflusses“ im Zentrum und an der Peripherie des großen Landes ausgebildet worden. Sie haben eine Vorhutstellung bei der Zerstörung der UdSSR eingenommen. Wenn man aber etwas tiefer in die Geschichte eindringt, so treten noch interessantere Fakten zutage. Ende der 40er Jahre bestand z. B. in Italien die reale Möglichkeit eines Sieges der Kommunisten. Das beunruhigte Washington. Der Chef der amerikanischen Aufklärung in Rom, William Colby, später Direktor der CIA, erhielt die Weisung, den Kommunisten Einhalt zu gebieten. Der Auftrag wurde durch eine bedeutende Dollarsumme bekräftigt. Das Geld floß in die Herausbildung von „Agenten des Ein-

flusses“ in Parteien, Gewerkschaften und anderen Organisationen sowie in der Presse. Colby löste die Aufgabe. Das Handeln seiner Söldlinge brachte die Kommunisten um den Sieg.

Aber jene Aufklärer - das waren die „Kavaliere mit Umhang und Dolch“, die unter dem Schutz der Konspiration ihre Agentur aufzogen. Jetzt handelt es sich statt dessen um legitime Gesetzgeber der USA, die vorhaben, in einem fremden Land offen die eigene Ordnung einzubürgern. Das erscheint besonders pikant, wenn man es unter der Perspektive in Rußland bevorstehender Wahlen zur Staatsduma betrachtet. Es wäre nicht uninteressant, erführe man, welche russischen Politiker ihre amerikanischen Kollegen im Verlauf der Wahlkampagne zu „dotieren“ beabsichtigen ...

Alexander Drabkin, Beobachter der „Prawda“ (15. 11. 2001)

Übersetzungen: Eberhard Bock



„Bald werden die Russen so reich sein, daß sie das Gas aus Westeuropa bezahlen können, das wir dorthin liefern.“ Aus: „Sowjetskaja Rossija“

Die australische Politologin Dr. Vera Butler gräbt nach

Was weiß man über Putin?

Als Putin russischer Ministerpräsident wurde, war wenig über ihn bekannt. Nicht viel mehr ist aufgetaucht, seitdem er Präsident ist. Dennoch – während der Monate seiner Präsidentschaftskandidatur berichtete die russische Presse über Einzelheiten aus Putins Vergangenheit, die Licht auf die Frage werfen, die Beobachter seit langem beschäftigt: Warum wählte Jelzin ausgerechnet ihn als seinen Nachfolger, warum zog er ihn Jewgenij Primakow, Tschernomyrdin oder Stepaschin vor?

Wladimir Putins persönliche Daten widerspiegeln einen eher unauffälligen Bildungsweg und eine berufliche Karriere beim Ersten Direktorat (Spionageabwehr) des KGB. Ausgebildet an der KGB-Hochschule, wo sich Putin auf deutschsprachige Länder spezialisierte, wurde er 1985 in die Deutsche Demokratische Republik entsandt.

Nach Angaben von Akademiemitglied Prof. Witali Kanaschkin, der seinen aufsehenerregenden Artikel in der „Sowjetskaja Rossija“ vom 8. Februar 2000 publizierte, wich Putins Karriere im Jahre 1990 von dem gradlinigen und engen beruflichen Pfad seiner sowjetischen Unterweisung ab. Zu jener Zeit wurde Verdacht geäußert über einige zweifelhafte Kontakte, die Putin, wie behauptet wurde, zu westlichen Geheimdiensten unterhalten sollte. Hinzu kam, daß es Anzeichen seiner Teilnahme am Ausverkauf militärischer Ausrüstung gab, die den in der DDR stationierten sowjetischen Truppen gehörte. Wie auch immer – es ist eine Tatsache, daß Putin nach Hause gerufen und daß er nicht befördert wurde – die übliche Anerkennung für gute Pflichterfüllung. Putin wurde bald aus dem Staatsdienst entlassen. Er arbeitete nun als Assistent des Vize-Rektors der Leningrader Universität. In dieser Funktion war er für internationale Beziehungen zuständig.

Anatoli Sobtschak kam ihm zu Hilfe. Nach seiner im Mai 1990 erfolgten Wahl zum Vorsitzenden des Leningrader Stadtsowjets beschäftigte er Putin als seinen Berater, und nach seiner Wahl zum Bürgermeister von St. Petersburg im Juni 1991 ernannte Sobtschak Putin zum Chef des Komitees für Internationale Beziehungen. In dieser Eigenschaft verhandelte er über die Errichtung der Petersburger Außenhandelsbörse, unterschrieb er sehr bedeutsame Abkommen über ausländische Investitionen und war er an der Errichtung von Filialen führender deutscher Konzerne und Banken in der Stadt beteiligt. Putin hatte persönlich mit der Eröffnung einer Niederlassung der Dresdner Bank zu tun, die zu den mächtigsten ausländischen Banken in Rußland gehört.

1991 führte eine von Marina Salie geleitete Gruppe von Abgeordneten des Leningrader Sowjets eine mit Putins Aktivitäten bei der Ausstellung von Exportlizenzen für seltene Erden verbundene Sonderuntersuchung durch. Diese Rohstoffe sollten angeblich zu Dumping-Preisen ins Ausland verkauft worden sein. Im Bericht der Kommission soll darauf verwiesen worden sein, daß die Lizenzen in dem Verständnis erteilt wurden, daß die daraus resultierenden Einnahmen für den Kauf von Lebensmitteln für die Stadt verwendet werden sollten. Das aber ließ sich nicht nachweisen.

Die Gruppe von Abgeordneten empfahl Sobtschak, Putin unverzüglich von seinem Posten abzuberufen. Der Bürgermeister aber ernannte ihn stattdessen während seiner häufigen Auslandsreisen zu seinem Verwaltungsassistenten. Im März 1994 wurde Putin Erster Stellvertreter des Chefs der Stadtverwaltung und im Mai 1995 – auf Sobtschaks Empfehlung – Leiter der St. Petersburger Sektion der gesellschaftspolitischen Bewegung „Unser Haus Rußland“. Es handelte sich dabei um Tschernomyrdins Partei. Während der Wahlkampagne für die zweite Duma im Herbst 1995 verstand es Putin, 1,1 Mrd. Rubel für die Wahlklasse der Organisation aufzutreiben. Diese Summe wurde vorrangig von St. Petersburger Banken gespendet. Im Dezember 1995 trat Putin an die Spitze des örtlichen Stabes der Vorwahlkampagne Jelzins. Das bedeutsamste Jahr in Putins Karriere aber war 1996, als er die Kampagne für Sobtschaks Wiederwahl organisierte und dabei engen Kontakt zu Pawel Borodin herstellte, der im Kreml für Jelzins persönliche Geschäftsangelegenheiten zuständig war.

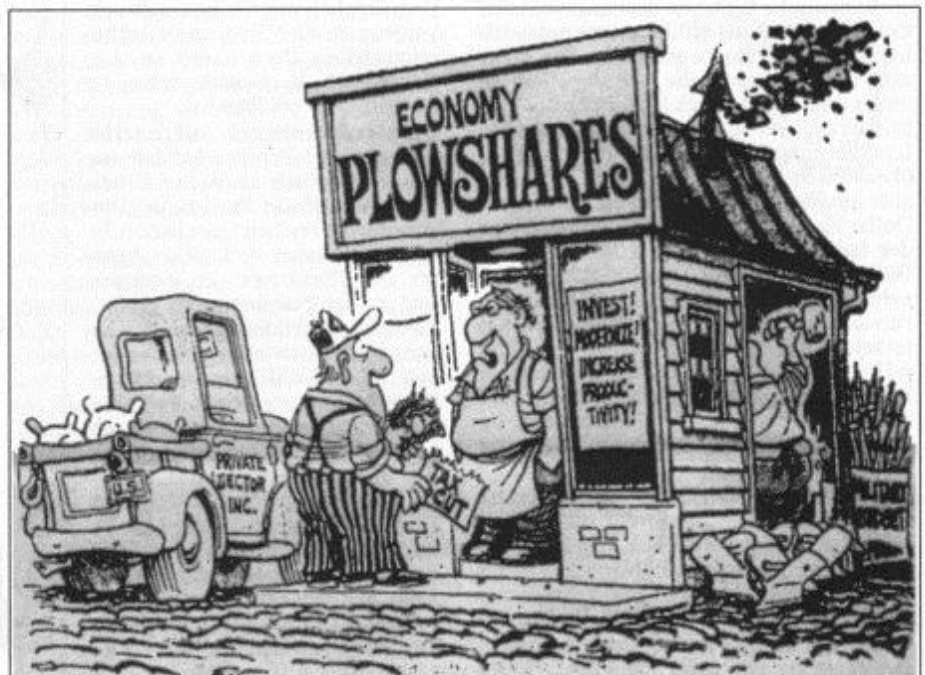
Autor Kanaschkin verweist auf Alexander Minkin, Sobtschaks Biographen, demzufolge weitere Informationen über Putins Aktivitäten den Akten der St. Petersburger Staatsanwaltschaft, der Zollbehörde und der Stadtverwaltung entnommen werden können. Einige dieser Unterlagen sollen sich mit einer Anzahl von „Abkommen“ über Rohstoffe, mit der schamlosen „Sammlung“ von Fonds für Sobtschaks Wiederwahlkampagne und Verhandlungen über Wetteinrichtungen beschäftigen. Von Valutatransfers auf Schweizer Banken ist die Rede und der Legitimation zu Käufen im Ausland, einschließlich des Erwerbs (unter einem fiktiven Namen) einer Villa im spanischen Benidorm. Als Putin durch das frühere Mitglied

des Leningrader Sowjets A. Beljajew beschuldigt wurde, er habe Immobilien an der französischen Atlantikküste erworben, brachte der Bezichtigte die Sache vor Gericht und forderte 200 Millionen Rubel Entschädigung.

Die Tatsache, daß Sobtschak die Wiederwahl verlor, wirkte sich zu Putins Vorteil aus: Ihm wurde nun die Position des Stellvertreters von Pawel Borodin im Kreml angetragen. Dieser hatte mit dem Management der Besitzungen des Präsidenten im Ausland zu tun. Am 26. März 1997 wurde Putin durch spezielle Weisung Jelzins zum stellvertretenden Chef der Präsidentenverwaltung ernannt, wodurch er den Kontrollapparat des Staatsschefs zu leiten hatte. Am 25. Juni 1998 erfolgte die Ernennung Putins zum Direktor des Föderalen Sicherheitsdienstes (FSB) und am 29. März 1999 wurde er zum Sekretär des Russischen Föderalen Sicherheitsrates berufen, wobei er seinen Posten beim FSB behielt. Am 9. August 1999 wurde Premierminister Sergej Stepaschin nach nur wenigen Monaten im Amt entlassen und Putin an seine Stelle gesetzt. Bald darauf verkündete er seine Kandidatur für die Präsidentschaftswahlen im Jahre 2000.

Autor Kanaschkin bezieht sich besonders auf Putins erklärte Parteinahme für Beresowski, Tschubais und Nemzow. Aus seiner Sicht ist es nicht nur eine Frage der wechselseitigen Abhängigkeit, daß Putin eine besondere Vorliebe für „alles Westliche“ an den Tag legt. Er hält es nicht für zufällig, daß Putin lächelnd vom Fenster eines Helikopters, der ihn zu den Truppen in Tschetschenien bringen sollte, erklärte: „In letzter Zeit arbeiten wir in Tschetschenien betreffenden Fragen eng mit der CIA und dem Mossad zusammen.“

Jüngste Äußerungen – jetzt in Bezug auf Afghanistan – deuten in die gleiche Richtung.



„Tut mir leid, wir haben einen Auftrag des Pentagon, alle Pflüge in Schwerter umzuschmieden.“
Aus: „The New Worker“

Presente!

Künftig bringen wir statt der Rubrik „Am Rande bemerkt“ regelmäßig die Rubrik „Presente!“ (Anwesend!)

Mit diesem spanischen Wort werden besonders in Lateinamerika Menschen geehrt, die nicht oder nicht mehr zugegen sein können, aber dazugehören. **W. M.**

■ Der sowjetische Schriftsteller **Alexander Alexandrowitsch Fadejew** wurde vor einem Jahrhundert, am 24. Dezember 1901, in Kimry (Gouvernement Twer) geboren; er starb am 13. Mai 1956. Der Sohn eines Sanitätshelfers verbrachte Kindheit und Jugendjahre im Fernen Osten, wo er aktiv am Kampf gegen ausländische Interventen und Weißgardisten teilnahm. 1918 trat er in Wladiwostok der illegalen KP bei. Gemeinsam mit anderen Delegierten des X. Parteitag der Kommunistischen Partei nahm Fadejew an der Niederschlagung der Kronstädter Meuterei teil. Als Schriftsteller wirkte Fadejew seit 1926 führend in der Assoziation der proletarischen Schriftsteller, später im Schriftstellerverband der UdSSR in Moskau. Er wurde in das ZK der KPdSU und in den Obersten Sowjet der UdSSR gewählt und war einer der führenden Repräsentanten der Weltfriedensbewegung. Bereits sein erster Roman „Die Neunzehn“ (1927), in dem er den Kampf einer Partisanenabteilung im Bürgerkrieg darstellt, ist ein Meisterwerk des sozialistischen Realismus. In prägnanten Gestalten, auf deren Innenleben sich Fadejew konzentriert, zeigt er hier vor allem die entscheidende Bedeutung des revolutionären Bewußtseins, das sich unter der Führung der Partei im Volke entwickelt, und die Überlegenheit der kommunistischen gegenüber einer kleinbürgerlich individualistischen Lebensauffassung. Gorki schrieb, daß das Buch „ein umfassendes, wahrheitsgetreues und mit höchstem Talent gezeichnetes Bild des Bürgerkrieges“ gibt.

Hoher Ideengehalt und markante Menschengestaltung zeichnen auch den breit angelegten, nicht vollendeten Roman „Der letzte Udehe“ (1930–1934) aus, der hauptsächlich dem Bürgerkrieg im Fernen Osten gewidmet ist. Während des Großen Vaterländischen Krieges fuhr Fadejew des öfteren als Korrespondent der „Prawda“ an die verschiedenen Frontabschnitte. In „Die junge Garde“ (1945/1953) setzte der Autor am Beispiel der Krasnodoner illegalen Komsomolorganisation dem heldenhaften Kampf des sowjetischen Volkes gegen die Faschisten ein bleibendes Denkmal. Johannes R. Becher schrieb, in dem Buch habe Fadejew eine „vollkommene Synthese des Realismus mit revolutionärer Romantik“ erreicht. Der 1957 erschienene Sammelband seiner Aufsätze, Reden und Briefe über Literatur und Kunst „Im Laufe von 30 Jahren“ weist Fadejew auch als einen gewichtigen Theoretiker des sozialistischen Realismus aus.

Seine Bücher „Die Neunzehn“ und „Die junge Garde“ sind Bücher, die auf der Liste „unserer“ Bücher nicht fehlen dürfen. Wer sich intensiver mit Fadejew befassen will, greife

darüber hinaus vor allem zu „Romane, Novellen, Erzählungen“, Volk und Welt, Berlin 1970, und zu „Über Literatur. Reden, Aufsätze, Briefe“, Volk und Welt, Berlin 1973.

■ Ebenfalls vor hundert Jahren geboren wurde **Conrad Blenkle** – am 28. 12. 1901 in Berlin. Gelernter Bäcker, 1919 Mitglied des KJVD und der KPD, 1923 Mitglied des ZK der KPD und 1924 Vorsitzender des KJVD und Mitglied des Exekutivkomitees der Kommunistischen Jugendinternationale, dem er bis 1935 angehörte. Mai 1928 bis September 1930 Mitglied des Reichstags (Blenkle gehörte zu den 54 Abgeordneten der KPD, die am 20. Mai 1928 in den neuen Reichstag gewählt worden waren; er war mit damals 26 Jahren der Jüngste der insgesamt 490 Abgeordneten). 1932 zu Festungshaft verurteilt. Nach Errichtung der faschistischen Diktatur nahm er als Mitglied der illegalen Bezirksleitung der KPD Berlin-Brandenburg am Widerstandskampf in Deutschland teil, floh 1934 ins Ausland, leistete dann wieder illegale Widerstandsarbeit in Deutschland. Als die Schweiz ihn 1937 an die Hitlerfaschisten ausliefern wollte, floh er über Frankreich nach Dänemark und leitete von dort als Funktionär der Abschnittsleitung Nord den antifaschistischen Widerstandskampf an der Wasserkante. Blenkle wurde wahrscheinlich am 16. Dezember 1941 von der Gestapo in Kopenhagen verhaftet; ein Versuch, ihn zu befreien, mißlang. Er wurde vom „Volksgerichtshof“ am 22. November 1942 zum Tode verurteilt und am 20. Januar 1943 in Plötzensee hingerichtet. U. a. in Berlin (Prenzlauer Berg) und in Teltow erinnern Conrad-Blenkle-Straßen an den aufrechten Kommunisten und mutigen antifaschistischen Widerstandskämpfer.

LITERATUR

– **Karl Heinz Jahnke**: *Aus dem Leben und Kampf von Conrad Blenkle. Seinem 70. Geburtstag gewidmet (Schriftenreihe zur Geschichte der FDJ, Heft 19), Verlag Junge Welt, Berlin 1971, 64 S.*

– **Heinz Kruschel**: *Der Mann mit den vielen Namen, Roman um Conrad Blenkle, Verlag Neues Leben, Berlin 1975, 294 S.*

– **Kommunisten im Reichstag. Reden u. biographische Skizzen von 25 Reichstagsabgeordneten der KPD (darunter auch Conrad Blenkle). Dietz-Verlag, Berlin 1980, 532 S.**

■ Vor 25 Jahren, am 18. Januar 1977, starb 78jährig in Düsseldorf der Ehrenvorsitzende der DKP, Genosse **Max Reimann**. Geboren wurde Reimann am 31. Oktober 1898 in Elbing in einer Arbeiterfamilie. Als Sohn seiner Klasse erkannte er schon früh, daß der einzelne seine Lage verändern kann, wenn er zugleich den Kampf um die Veränderung der Lage der ganzen Klasse aufnimmt. Als junger Werftarbeiter und Gewerkschafter nahm er an den Kämpfen für den 8-Stunden-Tag, an Streiks und an der antimilitaristischen Arbeit des Spartakusbundes teil.

Der 20jährige Werftarbeiter wurde Anfang 1919 vor ein Feldgericht gestellt und zu einem Jahr Gefängnis verurteilt, weil er sich

nach dem ersten Weltkrieg für eine demokratische Umwandlung im deutschen Reich einsetzte. Nach seiner Verfolgung durch die Militärs geht Reimann ins Ruhrgebiet. 1920 sehen wir ihn erneut auf den Barrikaden, als zum Generalstreik gegen den Kapp-Putsch aufgerufen wird. Die Republik wird gerettet, aber ihre Verteidiger werden verfolgt, während die putschenden Generäle straflos davonkommen. Am Ende dieser Entwicklung steht die Machtergreifung der Nazis.

Reimann reiht sich in den Widerstand gegen das Naziregime ein und kämpft gegen die Kriegsvorbereitungen. 1939 wird er verhaftet und für sechs Jahre in das Konzentrationslager Sachsenhausen verschleppt. Als er 1945 befreit wird, tritt er dafür ein, daß die Beschlüsse von Potsdam, die die Entmachtung der Kriegsverbrecher und die Überwindung von Nationalismus und Revanchismus vorsehen, auch im Westen Deutschlands verwirklicht werden. Reimann kämpft um die Erhaltung der deutschen Einheit und wird bereits 1949 wieder vor ein Militärgericht gestellt. Diesmal sind es britische Militärtribunale, die ihn zu drei Monaten Gefängnis verurteilen. Als Mitglied des Parlamentarischen Rates, der das Grundgesetz für die BRD ausarbeitete, setzte sich der Vorsitzende der KPD Max Reimann für die Aufnahme sozialer Grundrechte in die Verfassung ein. Obwohl er voraussah, daß die Schaffung einer Verfassung für den westlichen Teil Deutschlands die Spaltung des Landes heraufbeschwor und deshalb vor einem solchen Schritt warnte, ging Reimann den Auseinandersetzungen im Parlamentarischen Rat nicht aus dem Weg und sagte (am 8. Mai 1949): „Sie, meine Damen und Herren, haben diesem Grundgesetz, mit dem die Spaltung Deutschlands festgelegt ist, zugestimmt. Wir unterschreiben nicht. Es wird jedoch der Tag kommen, da wir Kommunisten dieses Grundgesetz gegen die verteidigen werden, die es angenommen haben.“

Mit der Wiederaufrüstung stellte sich schnell heraus, wie richtig Reimann die politische Lage eingeschätzt hatte. Eine Welle neuer Verfolgungen setzte ein. Tausende Demokraten wurden vor Gericht gestellt. Höhepunkt der neuen Verfolgungswelle war das Verbot der KPD im Jahre 1956 (Auskunft über die politischen Entwicklungen und Kämpfe der Nachkriegsjahre in Westdeutschland gibt Max Reimanns Buch „**Entscheidungen 1945–1956**“. Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt/Main 1973, 228 S.). Reimann mußte erneut in die Emigration, aus der er erst 1968 zurückkehren konnte. Als Ehrenvorsitzender der neugegründeten DKP nahm er noch bis kurz vor seinem Tod trotz schwerer Krankheit aktiv am politischen Leben und dem Kampf seiner Partei teil.

Herbert Mies, der damalige Vorsitzende der DKP, sagte auf der Trauerkundgebung für Max Reimann am 22. Januar 1977 in Düsseldorf: „Mit dem nunmehr vollendeten Leben und Wirken des Ehrenvorsitzenden unserer Partei wurden uns Kommunisten in der BRD Maßstäbe dafür gesetzt, was es heißt, hierzulande Kommunist zu sein.“ **W. M.**

Vor 30 Jahren starb der Flame Frans Masereel

Trommler gegen den Krieg

Vor 30 Jahren, am 3. Januar 1972, starb der 1889 in Blankenberghe (Belgien) geborene flämische Holzschnitzer Frans Masereel. Bereits als Kind war er musisch interessiert. Masereel studierte an der Kunstakademie in Gent. Schon nach zwei Semestern stellte er fest, daß das Studium für ihn keinen weiteren Sinn mehr hätte und bereiste in den Jahren 1909/1910 mehrere europäische Länder und Nordafrika. Die ersten Eindrücke vom Leben der arbeitenden Menschen nahm Masereel schon als junger Mensch unter den Fischern und Seeleuten seines Geburtsortes in sich auf. Sie führten später zu tiefgreifenden sozialen und politischen Erfahrungen. Seine frühen künstlerischen Erkenntnisse sammelte er bei dem Genter Kupferstecher Jules de Bruycker. Von ihm lernte er auch die Kunst der graphischen Techniken. Damalige Arbeiten Masereels, Zeichnungen und Radierungen waren von einem naturalistischen Moralisieren gekennzeichnet, das ein starkes Gefühl für die Volksmassen zum Ausdruck brachte. „Bei meiner Arbeit habe ich mich in erster Linie von meiner Lebenserfahrung leiten lassen. Sie war für mich ein wahrer Bronnen, in dem ich ständig Formen, Farben, Gedanken und Dinge gefunden habe. Ich meine, ich hätte keine ‚Einflüsse‘ erfahren, denn ich zeichne nach der Natur. Was für mich zählt, ist Ehrlichkeit“, schrieb er 1965. Masereel stellte jeweils das dar, was er kannte, erlebte und fühlte. Gerade das war seine Stärke. Von entscheidender Bedeutung für den weiteren Werdegang des Künstlers war ein längerer Aufenthalt in Paris ab 1910. In diesen Jahren begann er die Technik des Holzschnitts zu erlernen, die in der Zukunft zum Hauptinstrument seiner Arbeiten wurde. Er entschied sich bewußt für diese Art von Kunst, die er als demokratisch ansah, weil sie durch die Vervielfältigung weit mehr Menschen erreichen konnte als die Malerei, die er jedoch nie ganz aufgab. Der Schriftsteller Stefan Zweig schätzte seine Bedeutung für die Kunst folgendermaßen ein: „Aber im Holzschnitt noch einmal ganz neue und zeitgenössische Möglichkeiten geistigen Ausdrucks, epische, dramatische, universelle Möglichkeiten zu entdecken, wieder Bücher in Holzschnitt zu schreiben und dies in einer noch nie gekannten und geahnten Vollendung, das blieb diesem jungen Flamen vorbehalten: In ihm erlebt eine tausendjährige und schon abgestorben vermeinte Technik gleichzeitig ihre Auferstehung und ihre Vollendung.“ Stefan Zweig sah in Masereel den europäischen Erben des namhaften amerikanischen Lyrikers Walt Whitman, den

„wahrhaft freien, sich selbst gehörigen und doch allem hingegebenen Menschen“.

Zu Beginn des Ersten Weltkrieges hielt sich Masereel in der Bretagne auf und machte Skizzen für Holzschnitte. Im Jahre 1918 konnte sein erster Roman in Bildern unter dem Titel: „25 Images de la Passion d'un Homme“ (Die Passion eines Menschen) und 1919 auch sein berühmtestes Buch „Mon Livre d'Heures“ (Mein Stundenbuch) nur im Selbstverlag erscheinen. Beide Bildromane, die ganz ohne Worte auskommen, verdeutlichen die leidvollen Erfahrungen des revolutionär Gesinnten, die er während des Krieges machte: Der Mensch, der aus dem Dickicht der Städte ausbricht, der sich zum



Licht durchringt, aber schließlich an den inhumanen realen Verhältnissen scheitert. Masereels ganze künstlerische Leidenschaft galt der „ewig begeisternden Geschichte des Menschen“, wie Hermann Hesse hervorhob. Auch als Illustrator von Werken so bedeutender Autoren wie Romain Rolland, Emile Verhaeren, Charles de Coster, Stefan Zweig, Leonhard Frank, Johannes R. Becher und Charles Baudelaire trat er in Erscheinung. Für Thomas Mann war die Arbeit Masereels „ein typischer, vertrauter Vorgang: das Ideellwerden unter dem Druck des Kriegserlebnisses, der Zwang zum Geiste, zur umwälzenden Gedankenarbeit, den es auferlegte. Aber selten oder nie hat dieses Erlebnis eine solche Steigerung und Erhöhung eines Künstlertums, ein solches Wachstum ins menschlich Bedeutende und Weltgültige bewirkt wie im Falle Masereels“. Thomas Mann zeichnet diesen als einen Revolutionär, dessen „Kunst unsere Zivilisation anklagt und richtet“. Der Künstler gehörte zu den größten Kriegsgegnern seiner Zeit und ließ keine Gelegenheit ungenutzt, die Kriegstreiber anzuklagen und sich mit deren Opfern zu solidarisieren. Mit den insgesamt 776 Zeichnungen, die zwischen 1917 und 1920 für

die Tageszeitung „La Feuille“ gefertigt wurden, entlarvte er „jede Barbarei“, wie Kasimir Edschmid formulierte. Der Verleger und Freund Theo Pinkus, der Masereels Werke 1978 ff. im Verlag 2001 mitherausgab, charakterisierte sie treffend als „gezeichnete Leitartikel“. Sein Engagement (er nahm z. B. 1932 am Weltkongreß gegen Krieg und Faschismus in Amsterdam teil) machte ihn bei den Herrschenden noch unbeliebter als es vorher schon der Fall gewesen war. Seine eindeutige Parteinahme für den Frieden und die Rechte aller Menschen und die schonungslose Aufdeckung der Verbrechen am Menschen im kapitalistischen System waren auch der Grund dafür, daß seine Bücher von

den deutschen Faschisten 1933 verbrannt wurden und Masereel in der BRD bis zum heutigen Tag nur ganz wenigen bekannt und vertraut geworden ist. Stefan Zweig schrieb über die universale Bedeutung der Arbeiten Masereels: „Ginge alles zugrunde, alle Bücher, Denkmäler, Photographien und Berichte und blieben nur diese Holzschnitte erhalten, so könnte man aus ihnen allein unsere ganze gegenwärtige Zeit rekonstruieren.“ Der marxistische Philosoph Hans Heinz Holz rühmt an Masereel vor allem „seine visuelle und visionäre Kraft“. Eine erste Ausstellung des Künstlers fand 1921 in Genf statt. 1922 folgte Paris, 1925 Mannheim, 1926 Berlin. In den Jahren 1935 und 1939 besuchte er die UdSSR, wo seine Werke von

1930 bis 1931 der Öffentlichkeit vorgestellt worden waren. 1936 hatte sich Masereel mit anderen Künstlern für die Verteidigung der Spanischen Republik eingesetzt. Nach 1945 wurden seine Arbeiten in zahlreichen weiteren Ausstellungen und Retrospektiven weltweit bekannt gemacht. 1951 wurde er zum Mitglied der Akademie der Wissenschaften, Literatur und Künste von Belgien, 1957 zum Korrespondierenden Mitglied der Akademie der Künste zu Berlin/DDR berufen. 1968 wurde ihm der Titel eines Ehrensenators der Hochschule für Bildende Künste Dresden und 1969 der Ehrendoktor der Humboldt-Universität Berlin verliehen.

Sein unermüdlicher Kampf für den Frieden und eine würdige Existenz aller Menschen ist auch heute nicht gegenstandslos geworden. Solange Krieg geführt wird und die Gefahr weiterer imperialistischer Kriege besteht, bleiben Masereels Worte aktuell: „Die Kriegsdrohung muß in erster Linie verschwinden und der Mensch muß auf der Welt frei leben können. Gerade angesichts der Bedrohung, die uns heute umgibt, müssen auch die Künstler den Menschen wieder in den Mittelpunkt ihrer Darstellungen rücken.“

Dr. Martin und Christine Baraki

Der DDR-Volksschauspieler Helga Göring zum Achtzigsten

Rentner haben niemals Zeit

Am 14. Januar begeht die populäre DDR-Schauspieler Helga Göring – meine langjährige Nachbarin und Freundin – ihren 80. Geburtstag. Sie wird ihn vermutlich in Darze im mecklenburgischen Müritzkreis bei Röbel verleben, wo sie ein kleines Häuschen besitzt, das mit einem ihrer Nationalpreise erworben wurde. Dort verbringt die Künstlerin – wenn sie nicht in Berlin ist, filmt oder auf den Bühnen zwischen Hamburg und Dresden Theater spielt – einen großen Teil des Jahres.

Als sich der Hauskauf nahe der Müritz anbahnte, war ich dabei. Damals hatte Helga den Wunsch geäußert, den weithin bekannten LPG-Vorsitzenden Fritz Dallmann – einen der Helden aus Helmut Sakowskis „Daniel Druskat“ –, der ins ZK und den Staatsrat gewählt worden war, einmal persönlich kennenzulernen. Mit Fritz ebenfalls befreundet, bot ich mich als Vermittler an. Kurzent-schlossen machten wir uns auf den Weg, nachdem wir den bevorstehenden Überfall telefonisch angekündigt hatten. Die Begegnung auf Dallmanns Gehöft in Priborn – der haudegenhafte Mann war einst wegen der „Auslagerung“ einer Bibliothek aus dem Schloß als „Kulturbarbar“ ins Gerede gekommen und hatte aus „Rache“ für den „Rufmord“ das einem neuen Rinderstall zugedachte Material ohne Erlaubnis in ein Kulturhaus gesteckt, was ihm erst Ärger und dann Lob einbrachte – verlief außerordentlich herzlich. Da in der Kreisstadt bekannt

geworden war, daß sich Helga Göring in Priborn einstellen würde, hatten sich Neugierige aus Röbel versammelt, darunter eine rüh-rige Genossin Dr. Soundso, die sich „rein zufällig“ auf Grundstücke verstand. Nachdem bereits der namhafte Regisseur Kurt Mätzig in das Röbeler Land gelockt worden war – jedenfalls stellte sich das den Anwesen- den so dar -, wollte man nun die Ansied- lung Prominenter dadurch perfekt machen, daß man auch die beliebte Darstellerin für einen Wohnsitz im Revier zu gewinnen suchte. Deren Rolle als Agatha Schweigert in einem ergreifenden Spanien-Film hatte sich neuerlich stark eingepreßt. Helga zeigte sich erfreut. Sie war gerade „flüssig“ und hatte selbst schon mit dem Gedanken gespielt, den ihr abermals verliehenen hohen Preis in ein kleines Anwesen zu stecken. Monate später wurde die Sache perfekt gemacht, nachdem sich die verfügbare Erbengemeinschaft auf den Verkauf des Häus- chens in Darze geeinigt hatte. Inzwischen zählt die Schauspielerinnen dort längst zu den Alteingesessenen.

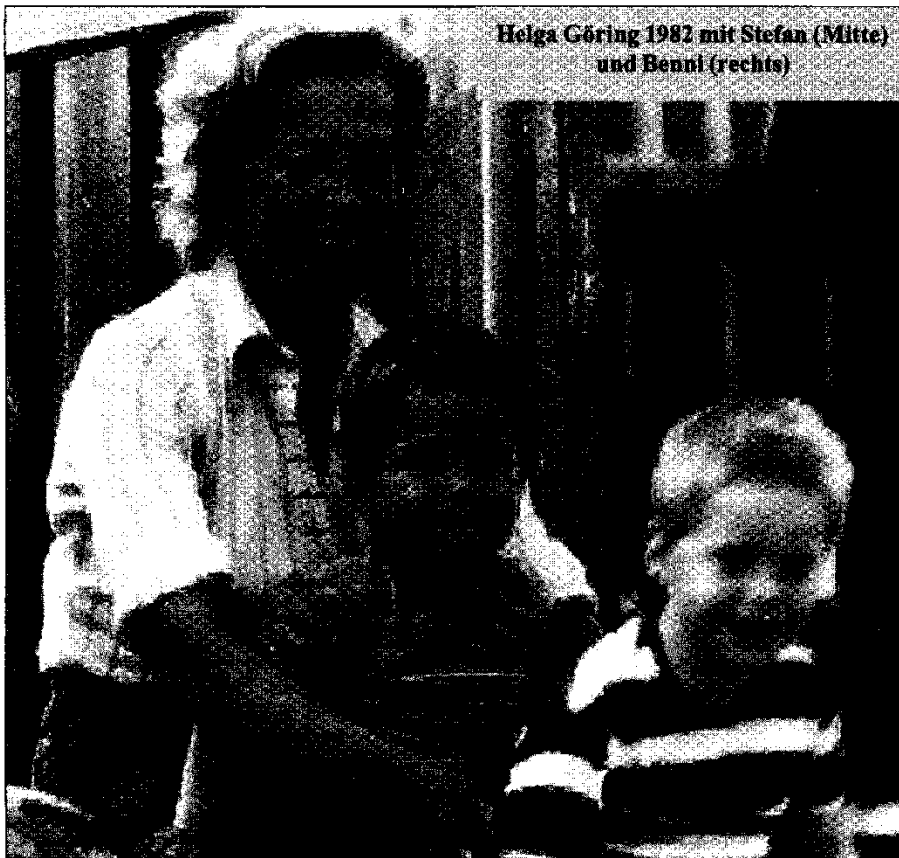
Helga ist von jener Art Nachbarn, bei denen man jederzeit klingeln kann, um eine Zitrone zu borgen. In der Leipziger Straße 54 – auch Hermann Kant gehörte hier lange Zeit zu unseren gemeinsamen Mitbewohnern – genoß sie nicht nur wegen ihres Ruhmes auf Leinwand und Bildschirm die Sympathie der Hausgemeinschaft. Es war ganz selbst- verständlich, daß sie – auf ihren damals

noch kleinen Enkel Benni aufpassend – un- ter den jungen Frauen auf der Bank am Sand- kasten saß oder mit den Kindern die Rutsche hinabsauste. Dort traf ich sie auch, als Antó- nio Dias Lourenço – der legendäre Direktor des portugiesischen KP-Organs „Avante!“, der 17 Jahre im faschistischen Zuchthaus ver- bracht hatte – in Berlin zu Besuch war. Helga hieß ihn herzlich willkommen.

Jetzt, da ich ihr zum Achtzigsten einen freundschaftlichen Gruß sende, stehen mir auch viele andere Szenen vor Augen. Als junger Mensch hatte mich der Film „Stärker als die Nacht“ besonders tief beeindruckt, in dem Wilhelm Koch-Hooge und Helga Gö- ring ein Widerstandskämpferpaar spielten, das den bitteren Kelch der Verfolgung durch die Faschisten bis zur Neige leeren mußte. Der illegale Kommunist geht am Ende den Weg zum Schafott und seine Frau hält auch in der schwersten Zeit zu ihm. 30 Jahre nach der Uraufführung wurde der erschütternde Film, für den die DDR weltweite Anerken- nung erfuhr, im einstigen Premierenkino „Babylon“ noch einmal gezeigt. Ich erlebte die Vorstellung gemeinsam mit Helga. Wenige Plätze neben uns saß ein jetzt schmächtig wirkender alter Herr. Er war kaum wieder- zuerkennen: Wilhelm Koch-Hooge, das Idol meiner Jugend.

In unzähligen Rollen der verschiedensten Genres hat Helga Göring ihr vielfältiges Ta- lent unter Beweis gestellt. Auch der Humor kam dabei nicht zu kurz. Wer erinnert sich nicht an die zu Weihnachten auftauchenden „drei Schwestern“ oder an die Familienserie „Rentner haben niemals Zeit“, in denen sich die Schauspielerinnen von einer neuen Seite zeigte. Helga hat es im Alter wahrgemacht. Auch heute noch ist sie „im Geschäft“. Zeit ist nach wie vor Mangelware. Als ich sie vor Jahresfrist in Darze anrief, um ihr zum 79. zu gratulieren, sprach sie von Möglichkeiten der Arbeit an einer Serie, die man ihr gerade angeboten hatte. Und auch als Bühnendar- stellerin hat sie niemals aufgegeben. Freilich fielen die Vorschläge in den letzten Jahren nicht mehr so üppig aus wie in den Zeiten der DDR, als sich die Künstlerin in die Herzen der Zuschauer spielte.

Aus Benni, dem Jungen von der Rutsche, und meinem jüngsten Sohn Stefan, der Ben- jamins Kindheitsfreund war und ihm bis heu- te verbunden ist, sind inzwischen Männer geworden. Doch die Erinnerung an die Jah- re, in denen man bei Helga klingeln und „ei- ne Zitrone borgen“ konnte, ist nicht verblaßt. Kaum zu glauben, daß sie jetzt schon ins neunte Jahrzehnt geht. Und schön zu wissen, daß unsere Freundschaft alle Fähnrisse der Zeiten überdauert hat.



Helga Göring 1982 mit Stefan (Mitte) und Benni (rechts)



Die Lagerarbeitsgemeinschaft Buchenwald-Dora erhielt davon Kenntnis, daß auf der Gedenkstättenanlage Ziegenhals bei Berlin die Büste Ernst Thälmanns vom Sockel gebrochen, gestohlen und im nahegelegenen Krossensee versenkt wurde. Die hierzulande herrschenden Medien hatten dafür kein oder kaum ein Wort übrig, geschweige denn das eines Bedauerns. Wir empfinden beides, sowohl den Anschlag als auch das Medienschweigen, als ungeheuerlich. (...)

Ernst Thälmann war ganz direkt, wenn auch nur kurz, unser Buchenwaldkamerad. In der Nacht vom 17. zum 18. August 1944 wurde er wenige Stunden nach seiner Einlieferung ins Lager heimtückisch erschossen und seine Leiche sofort im Krematorium verbrannt. Auf illegalen Zusammenkünften in Stuben und Kellern des KZ trauerten damals antifaschistische Häftlinge vieler Nationen um Thälmann und bekundeten ihm ihre Hochachtung. Zwölf der Organisatoren dieser Aktionen wurden festgenommen und grausam gefoltert.

Wir – frühere Häftlinge, Hinterbliebene und Sympathisanten der Lagerarbeitsgemeinschaft – trauern heute mit gleicher Erbitterung um die neuerliche Entthronung Ernst Thälmanns. Unser deutliches Handzeichen richten wir auf die neofaschistische Szene in ganz Deutschland und jene, die in öffentlicher Verantwortung sind und wieder einmal das rechte Auge zudrücken. (...) In Sachen konsequenter Strafverfolgung der Ziegenhals-Täter und Sicherung des Denkmals fordern wir nicht nur den Landrat des Dahme-Spree-Kreises und die Landesregierung Brandenburg, sondern auch die Bundesregierung auf, alles zu tun, um die Täter zu finden und ihrer gerechten Strafe zuzuführen.

Für die Lagerarbeitsgemeinschaft Buchenwald-Dora
Dr. Wolfgang Weber, Strausberg

Die 1. Mitgliederversammlung des RF-Fördervereins war so ganz nach meinem Geschmack. Genosse Frank Mühlefeldt sagt es in seinem Bericht. Auch ich spürte die Wärme, den Gleichklang und das Angenommenwerden.

Seit 1945 bin ich in der Partei. Manche Backpfeife und mehr mußte ich einstecken. Ich konnte es aber nicht lassen, mich einzumischen, zu widersprechen. Das war auch mit der neuen Spitze der PDS so. Am vergangenen Wochenende fand nun der Listenparteitag der PDS bei uns statt. Die Meinung der Basis ist unerwünscht, bleibt unberücksichtigt. Die Parteispitze mit Roland Claus beschwor die Delegierten, eine Koalition mit der SPD in Sachsen-Anhalt anzustreben.

Die erste Kriegswihnacht seit 1945 steht vor der Tür. Die PDS-Spitze hofiert eine Kriegspartei und biedert sich an. Da war auch bei mir das Maß über voll. Ich erklärte meinen Austritt, denn ich will den Menschen, die uns ihr Vertrauen schenken, in die Augen sehen können.

Die Idee mit dem Weihnachtsgeschenk für den „RotFuchs“ ist ganz toll. Ich wußte zwar nicht, wo der Hindukusch liegt (inzwischen weiß ich es), dafür wußte ich aber, wo ich die 100 DM für den „RotFuchs“ hernehme. Na dann, fröhliche Weihnachten und einen reichen Gabentisch für den RF.

Brigitte Marx, Zörbig

Überall bei uns in Griechenland sind Antikriegsaktionen, Kundgebungen, Demonstrationen, Protestmärsche in vollem Gange. Dabei spielen die KKE (unsere KP) und der Kommunistische Jugendverband KNE die Rolle der Avantgarde. Es vergeht auch kaum ein Tag, an dem nicht die Gewerkschaften, die Friedensbewegung und andere Kräfte in dieser oder jener griechischen Stadt auf die Straße gehen. Natürlich kämpfen wir vor allem gegen den verbrecherischen Krieg der USA und anderer NATO-Mächte in Afghanistan. Aber unser proletarischer Internationalismus beschränkt sich nicht darauf. Große Aktionen organisiert die KKE z. B. für gefangene türkische Revolutionäre, die in Folterhaft gehalten werden. Schon wieder ist ein hungerstreikender Antimperialist gestorben – ei-

ne Woche nach den Sturmangriffen von Sondereinheiten der türkischen Polizei, bei denen in verschiedenen Städten vier Menschen ums Leben kamen. Weitere Häftlinge haben sich durch Verbrennung selbst getötet. Diese Zustände dürfen nicht länger andauern. Alle Menschen guten Willens müssen etwas unternehmen, um den Henkern türkischer Revolutionäre in den Arm zu fallen. Unsere Solidarität gilt auch dem Volk Palästinas. Ebensovien vergessen wir das opferreiche Ringen der Volkskräfte Kolumbiens, die gegen den USA-Imperialismus und die ihm hörige Oligarchie des eigenen Landes kämpfen. Schließlich hören wir nicht auf, das Ringen des zyprischen Volkes für einen einheitlichen Staat ohne ausländische (britische und türkische) Einnischung zu unterstützen.

Am Ende meines Briefes kann ich Euch von großen Klassenauseinandersetzungen in Hellas berichten. Die Streikfront reicht gegenwärtig von Schülern, Studenten und Lehrern bis zu protestierenden Bauern.

In diesem Klima scharfer sozialer Konflikte haben wir gerade den 83. Jahrestag der Gründung der KKE begangen, als deren Genosse ich Euch herzlich grüße.

Sokrates Papadopoulos, Thessaloniki

Im Namen meiner Mitleser und auch im eigenen Namen wünsche ich allen Autoren, Freunden und Genossen des RF zum Jahreswechsel viel Kraft und Gesundheit. Da es üblich ist, gute Freunde zum Weihnachtsfest zu beschenken, für unseren „RotFuchs“ anbei etwas Futter.

Es ist wichtig und notwendig, daß der RF in einer Zeit, in der Kriegskanzler Schröder alle Register zieht, um den Terror gegen unschuldige Zivilisten zu rechtfertigen und deutsche Soldaten zu verheizen, Argumente liefert, die uns in der Diskussion helfen. Herr Schröder spricht im Namen des Volkes, doch ich habe ihn nicht gewählt und verbitte mir das. Traurig und jämmerlich finde ich die Haltung der Grünen. Um ihrer Mandate und damit verbundener Diäten wegen geben sie ihre Prinzipien auf. Hoffentlich bekommen sie bei der nächsten Wahl die Quittung.

Erika Bach, Berlin

Zunächst einmal vielen Dank für die wieder hervorragende geistige Nahrung im November-„RotFuchs“. Und da wir – das sind Mitglieder der DKP-Betriebsgruppe Karmann in Osnabrück, der SDAJ, aber auch parteilose Genossen – auch weiterhin auf der Fährte dieses roten klugen Tieres bleiben wollen, möchten wir den Futternapf etwas füllen und überweisen deshalb eine Spende in Höhe von 130 DM. Natürlich übermitteln wir allen, angefangen bei denen, die gekonnt die Feder führen, bis zu jenen, die dafür sorgen, daß der „RotFuchs“ immer pünktlich bei uns eintrifft, beste Wünsche für das neue Jahr, vor allem Gesundheit und einen langen Atem. Im Namen der Osnabrücker Freunde:

Katja Holst, Achim Bigus

Am 13. Januar können wir es wieder erleben: Karl und Rosa haben über ihren gewaltsamen Tod hinaus noch immer genügend Ausstrahlungskraft, alle Linken zu vereinigen. Für einen Tag! Doch die letzten Meter vor der Gedenkstätte der Sozialisten in Berlin-Lichtenberg werden leider – wie jedes Jahr nach unserer (vorläufigen) Niederlage – deren Zerrissenheit dokumentieren. Linke, Halblinke, Links-Linke und was weiß ich noch für Parteien, Gruppen und Grüppchen versuchen dort, ihre eigene Sicht als allein richtige mit Druckerzeugnissen aller Art an den Mann zu bringen.

Dabei dürfte doch jedem klar sein, daß der Einfluß wirklich sozialistischen Gedankengutes auf die Bewältigung der Probleme unserer Gegenwart in dieser Phase der Entwicklung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft zum Turbokapitalismus in naher Zukunft keine Aussicht auf Erfolg haben dürfte. Nicht zuletzt eben wegen der Zerrissenheit der Linken. Statt aufeinander zuzugehen, werden politische Eitelkeiten zur Schau gestellt. Auch die DKP ist nicht frei davon, trotz gegenteiliger Beteuerung. Das Herausdrängen des „RotFuchs“ aus der Partei ist für mich Beweis genug.

Klarheit und Wahrheit sind nur aus der Vielzahl linker Meinungen zu gewinnen. Erst nach dieser Phase des Sammelns kann eine wirkliche Kraft zur Veränderung der kapitalistischen Gesellschaft erwachsen. Und deshalb erweist sich die Fehlent-

scheidung des PV der DKP geradezu als Glücksfall: Nun kann sich der „RotFuchs“ zu einem gemeinsamen Forum entwickeln, wo alle wirklich linken Meinungen zu Wort kommen dürfen. Mit ihrem Verharren im Partikularismus hat sich die DKP selbst der Möglichkeit beraubt, führend in der Bewegung des Sammelns der Linken zu werden. Alle Kraft also dem „RotFuchs“, der sich prächtig entwickelt hat und weiter entwickeln soll. Deswegen mein fester monatlicher Obolus in Form eines Dauerauftrages, der über die Höhe eines einfachen niedrigen Mitgliedsbeitrags hinausgeht.

Joachim Loeb, Berlin

Der Artikel „Wunderliches von Wunderlich“ ist mir Veranlassung, der Redaktion meine Ansichten darüber mitzuteilen. Auf mich wirkt dieser Beitrag nicht sachlich, kollegial und nachdenkenswert, sondern atmet den Geist von Besserwisseri und Überheblichkeit. (...) Für wen spricht der Autor S. R.? In seinem letzten Satz meint er: „Wie – man – sieht, herrscht auf den Theoriseiten der UZ ... Und hatte – man – nach den ermutigenden Veröffentlichungen ... Frage: Wer ist – man – ? Für wen oder in wessen Auftrag schrieb S. R.? Ist dies nun seine eigene Meinung oder die Meinung eines anonymen – man – ? Oder einer durch – man – ange deuteten Mehrheit in der Partei?“

S. R. kritisiert, daß bei der Sozialismus-Debatte ... „nicht das Bekenntnis zur DDR als der größten Errungenschaft in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ genannt wird. Da möchte ich der(m) Genosse(in) empfehlen, einmal unsere Dokumente nachzulesen. Wir sind keine Kirche und deshalb erübrigt es sich auch, jeden Tag ein Gelübde auf die DDR abzulegen. (...) Was soll ich antworten, wenn ich gefragt werde: „Wenn die DDR die größte Errungenschaft war, warum hat dann die revolutionäre Arbeiterbewegung der DDR diese Errungenschaft in den Jahren 1989/90 nicht verteidigt?“ (...)

Was nun den Sozialismus angeht, müssen wir uns erst einmal verständigen, was wir eigentlich unter Sozialismus verstehen. Wenn es einmal zum Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus kommt, dann ist dies noch kein Sozialismus, sondern der Beginn des Aufbaus einer sozialistischen Gesellschaft. Ob dieser Übergang mit einer – proletarischen – Revolution beginnt, wer will dies heute schon wissen? In dieser ersten Phase wird es noch kapitalistisches Denken und Strukturen geben. Ebenso mehrere Parteien. (...) Die sozialistische Praxis muß die Menschen von der Richtigkeit dieser Politik überzeugen, dann haben bürgerliche Parteien keine Chancen mehr. Wer Angst hat vor Wahlen, der ist sich seiner Sache nicht sicher.

Über die Verschiedenartigkeit der Eigentumsformen an den Produktionsmitteln können wir heute Vorstellungen entwickeln. Wie sie sich dann tatsächlich herausbilden werden, das können wir heute nicht wissen. Was wir aber heute können und müssen, ist zu analysieren, wie das mit den volkseigenen Betrieben wirklich war. (...) Haben sich die Beschäftigten mit diesen Betrieben wirklich identifiziert? Hatten sie die Möglichkeit, echt und wirksam mitzubestimmen? (...)

Bei dieser Gelegenheit möchte ich Euch fragen, warum im RF keine Berichte über das politische Leben in Berlin, die Tätigkeit der DKP und über die Situation in den Betrieben erscheinen. Ebenso ist mir aufgefallen, daß es im RF keine Werbung für die UZ und die Marxistischen Blätter gibt. Das ist mir unerklärlich.

Karl Bühn, Möglingen

ANTWORT DER REDAKTION:

Was die am Schluß des Briefes gestellten Fragen betrifft, so ist dazu folgendes zu bemerken: 1. Der „RotFuchs“ ist keine Berliner Lokal- oder Regionalzeitung, obwohl er in Berlin erscheint. Mit Kommunalem beschäftigt sich u. a. die DKP-Bezirkszeitung „Anstoß“. 2. Der RF ist keine Publikation der DKP mehr; dennoch informiert er über viele Aktivitäten der Partei wie auch anderer linker Kräfte. 3. Der RF befaßt sich oft mit ökonomischer Theorie, berichtet aber leider selten aus den wenigen noch existenten Betrieben im Osten, weil er dort bisher keine Korrespondenten besitzt. Auf diesem Gebiet bitten wir sachkundige Autoren und Leser vor Ort um Unterstützung. 4. Wir werben für jede kommunistische Zeitung, die auch den „RotFuchs“ unterstützt.

Weiterhin teilen wir unseren Lesern mit, daß sich der von S. R. wegen eines Beitrags in der UZ kritisierte Genosse Hans Wunderlich an den RF gewandt und vorgeschlagen hat, auf den betreffenden Artikel zu antworten. Wir tragen diesem Wunsch in der Januar-Ausgabe gerne Rechnung.

Eure Monatszeitschrift „RotFuchs“ lese ich seit einem reichlichen Jahr. Ich habe sie in unregelmäßigen Abständen von einer Genossin erhalten und möchte Euch mitteilen, daß Euer Blatt für mich sehr aufschlußreich und informativ war und ist. Dabei identifiziere ich mich nicht voll mit jedem Beitrag oder jeder Zuschrift. Besonders viel geben mir Hintergrundinformationen sowie die Darstellung gegenwärtiger und historischer Zusammenhänge zur Tagespolitik und den internationalen Ereignissen. Das nützt mir in politischen Gesprächen und bei der Argumentation.

Um den „RotFuchs“-Förderverein e. V. zu unterstützen und regelmäßig die Zeitschrift zu erhalten, möchte ich Mitglied werden. Ich bedanke mich für Eure qualifizierte Arbeit und wünsche Euch alles Gute für die Zukunft. **Heinz Oehme, Chemnitz**

Da wir ständige Leser des „RotFuchs“ sind und sein Inhalt immer eine Bereicherung des eigenen Wissens bedeutet, anbei eine Spende in Briefmarken. **Maria und Hans Aschmutat, Berlin**

Aus einem großen inneren Bedürfnis heraus bin ich Mitglied des „RotFuchs“-Fördervereins geworden. Heute 68 Jahre alt, war ich seit 1969 aktives Mitglied der SED. In der DDR arbeitete ich u. a. als Parteisekretär in der Industrie. Gegenwärtig bin ich noch Mitglied der PDS. Ich rechne mich zu den Anhängern der KPF. Durch die langjährige Freundschaft mit einem Ehepaar (beide sind aktive DKP-Genossen) konnte ich den „RotFuchs“ kennenlernen. Sie haben ihn mir monatlich aus Bayern zugesandt. Was Ihr da macht, finde ich so toll, daß ich gerne die wichtigen Informationen und Beiträge weiterhin lesen möchte. Ich bin gerne bereit, Euch auch in Zukunft nach meinen Möglichkeiten bei Eurer so wichtigen Arbeit finanziell zu unterstützen. Mit großer Freude konnte ich lesen, daß bereits viele Menschen dem Förderverein beigetreten sind. Meine Bitte an Euch wäre, mir den „RotFuchs“ monatlich direkt zukommen zu lassen. Denn die bisherigen Exemplare konnte ich ja nur leihweise beziehen, was immer mit großem Aufwand verbunden war. **Roland Schlesier, Mulda**

Es ist ermutigend, Beiträge zu lesen, in denen die gesellschaftlichen Ereignisse aus marxistischer Sicht analysiert und beurteilt werden. Beiliegend mein Aufnahmeantrag für den „RotFuchs“-Förderverein e. V. **Dieter Burghagen, Berlin**

Besonders gern lese ich Eure Berichte über Ereignisse in anderen Ländern, aber auch Informationen aus der Vergangenheit der DDR. Bei all den Verleumdungen, die heute über das Leben und die Gesellschaft in 40 Jahren Deutsche Demokratische Republik verbreitet werden, ist die Artikelfolge von Walter Florath über seine Arbeit als Parteisekretär im VEB Kühlautomat ein wunderbarer Beitrag über Leben und Arbeiten in den 50er Jahren. Ich erinnere mich an einen Streik, den wir 1952 im Hamburger Stadtteil Wilhelmsburg hatten. Es ging um eine Lohnerhöhung, bei der anderthalb Pfennig pro Stunde gefordert wurden. Gegen die Arbeiter, die das Fabriktor blockieren wollten, wurde brutalste Polizeigewalt angewandt. Aus Flüchtlingslagern brachte man unter Polizeischutz Busse mit Streikbrechern ins Werk. Nur die „Hamburger Volkszeitung“ der KPD berichtete über den Streik, sonst fand er für die Öffentlichkeit nicht statt. Natürlich nahm sich auch die DDR-Presse dieser Klassenauseinandersetzung an. Wir, ich meine unsere Familie, bekamen damals Solidaritätspakete aus Plauen, vom VEB Plauener Gardine. So entstand für mich schon in den 50er Jahren eine freundschaftliche Beziehung zum sozialistischen Teil unseres Landes. (...) Für mich gibt es keinen Unterschied zwischen Ost- und Westdeutschen, sondern nur zwischen Weltanschauungen. Ich bin ein Kind der Arbeiterklasse. Wäre ich gesünder und nicht schon 81 Jahre alt, käme ich gern zur nächsten RotFuchs-Versammlung. **Elsa Schmidt, Hamburg**

(...) Ich teile vollauf die Meinung des Genossen Dieter Itzerott, daß man sich bei der Analyse der Globalisierung auf Lenins Imperialismus-Theorie stützen muß. Zugleich kann ich mich auch vollkommen mit den Ausführungen des Genossen Hoppe solidarisieren, glaube aber behaupten zu dürfen, daß die Formulierung „heute mit Globalisierung umschriebener Imperialismus“ nicht ausreicht. Soweit ich es überblicke (und als eingefleischter Techniker überblicke ich logischerweise recht wenig ...) haben wir es mit einer neuen Phase, evtl. auch einem neuen Stadium des Kapitalismus zu tun. Ohne in irgendeiner Weise die Leninsche Analyse auch nur anzukratzen zu wollen, muß doch erkannt werden, daß diese neue Phase eine Reihe von Merkmalen hat, die untersucht, aufgezeichnet und analysiert werden müssen.

Natürlich bleibt das aggressive Wesen des Imperialismus unverändert. Doch scheint mir, kriegerische Auseinandersetzungen zwischen den Imperialisten selbst kann man heute als sehr sehr unwahrscheinlich betrachten, der heutige Imperialismus gliedert sich immer weniger in Nationalstaaten, vielmehr sind es heute internationale Konzerne. Der Kampf gegen die Globalisierung ist sichtbar und publik. Für einen Laien wie mich sind die Ziele und Methoden, die Organisation und das „Für Was?“ nicht eindeutig zu definieren. Es sollte von Fachleuten, die unserem Fuchsbau ja wohlgesonnen sind, dargelegt werden. **Dr.-Ing. Peter Tichauer, Berlin**

Man kann das Kategorien-Paar Revolution – Konterrevolution durchaus verwenden. Da stimme ich Ulrich Huar zu. Vorausgesetzt, es sind klare Definitionen damit verbunden, was denn Revolution war. Manche sprechen von Konterrevolution, meinen aber damit, daß sie die Reformen verhindert habe, die 1989 zur Debatte standen. Mit anderen Worten: Revolution war in ihren Augen nicht das, was Bestand hatte, was entwickelt worden war, sondern das, was reformiert werden sollte. (...) Die Benutzung des Begriffs Konterrevolution unterstellt also Klarheit in der Benutzung des Begriffs Revolution. In letzter Konsequenz muß man, wenn schon, von einer nicht gleichgelagerten Konter-

volution sprechen, wenn wir die erste (in Rußland Bürgerkrieg 1918-1921) mit dieser langfristig heranschleichenden vergleichen. (...) Sie führt zur bürgerlichen Restauration zurück, aber ihre Wortführer sind nicht mehr Wrangel und Denikin, sondern – na, Namen erspare ich mir hier, wo anfangen, wo aufhören. (...) **Hermann Jacobs, Berlin**

Liebe schlaue „RotFuchse“, in Erwartung, daß der RF auch weiterhin seinen Weg zu uns in die östlichste Kreisstadt findet, eine Wegzehrung in Form von Briefmarken. Macht weiter so, denn Ihr seid die östliche Ergänzung zur UZ. **Gerd Engelmann, Zittau**

Freiheit und Demokratie bürgerlicher Wahlen wurden uns einmal mehr bestens vor Augen geführt. Wenn der Imperialismus seinen Krieg braucht, pfeift er nicht nur auf das Resultat von Wahlen, sondern auch auf die Meinung seiner eigenen „Volksvertreter“. Um das Hindernis von Gegenstimmen zu überwinden, bedienen sich die imperialistischen Politiker heute neuer Methoden der Druckausübung auf die Neinsager: Sie koppeln die Frage des Krieges einfach mit der Vertrauensfrage. Obwohl beide Dinge nicht identisch sind, genügt dieser Zwang zur Änderung des Votums der Widersacher. Auch das ist eine Form der Fälschung, die man sogar schon erkennen kann. (Klaus Steiniger hat im Leitartikel des November-RF einige ihrer Aspekte dargestellt.)...

Die Tatsache des ständigen Stimmenzuwachses der PDS ist in meinen Augen ein später Sieg der DDR. Denn im Unterbewußtsein spüren immer mehr Bürger im Osten (und neuerdings sogar in Westberlin), was es mit den Errungenschaften des Sozialismus – trotz der Defizite – auf sich hatte. **Joachim Kaschig, Berlin-Reinickendorf**

Alle auf nach Friedrichsfelde!

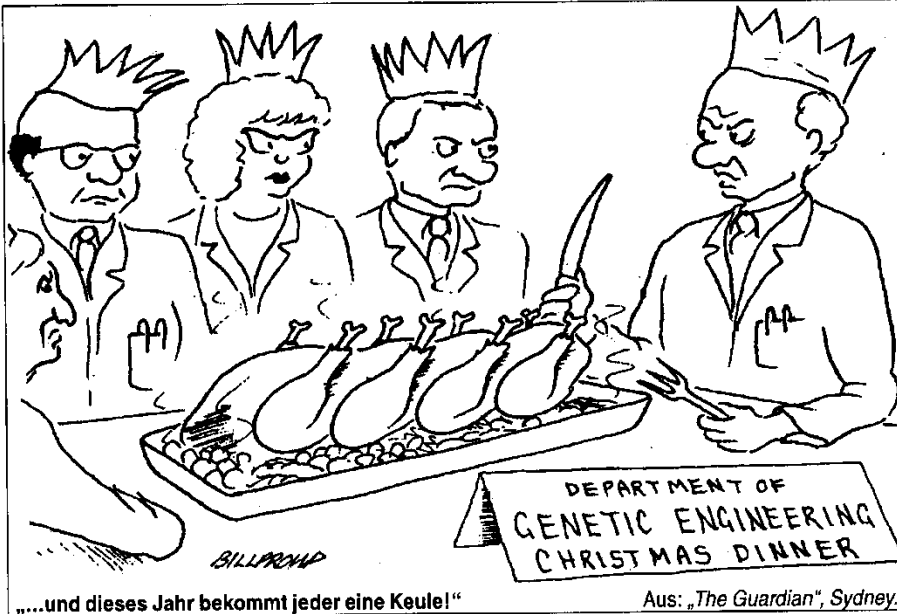


Wir sehen uns am 13. Januar 2002 bei der großen Kampfdemonstration zu den Gräbern von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. Treffpunkt für Marschteilnehmer 10.00 Uhr am Frankfurter Tor. Der „RotFuchs“ ist in Friedrichsfelde mit einem Stand vertreten.

Besinnliche Weihnachten sowie Gesundheit und Kraft im neuen Jahr

allen Genossinnen und Genossen, denen die Verhältnisse oder die Natur keinen Strich durch die Rechnung gemacht haben. Mut zum Leben in der Geborgenheit unserer kommunistischen Familie den durch politische Haft, Krankheit und Kummer Betroffenen! Ob in guten oder schlechten Tagen – wir sind und bleiben Kommunisten! Salut für 2002!

Vereinsvorstand und Redaktion



Gratulation zu einer Danksagung

Unser Vereinsmitglied, Genosse **Michael Beltz** aus Gießen, ist am 6. November 60 Jahre alt geworden. Durch eine Nachlässigkeit, für die wir uns entschuldigen, unterblieb ein Glückwunsch. Unterdessen hat Michael, Bezirksvorsitzender der DKP in Hessen, eine so schöne Danksagung in die UZ gestellt, daß wir ihm dazu (und natürlich nachträglich zu seinem Geburtstag) herzlich gratulieren wollen. Wir geben sie hier auszugsweise wieder:

„Eine besondere Ehre war es mir, kein Bundesverdienstkreuz angeboten zu bekommen. Schwarz-Rot-Gold blieb außen vor. Als angenehm empfand ich die Abwesenheit von Schröder, Fischer, Dabbelju Bush, Koch und ähnlichen Subjekten; in meiner bescheidenen Art konnte ich ohne (Staats)-Terroristen feiern. Allen, die kein Leben in Afghanistan, Irak...vernichten und mir ein langes Leben wünschen, danke ich.“

Wir danken Dir, lieber Michael, für diese klare Distanzierung von falschem Glanz, Glitter und Gloria. Immer mit Dir verbunden

Vereinsvorstand und Redaktion

Herzlich gratulieren Verein und Redaktion unserem Nestor **Genossen Prof. Dr. Walter Besenbruch** Widerstandskämpfer, Gefangener im Moortager der Faschisten Philosoph an der Humboldt-Universität zu seinem **94. Geburtstag am 25. Dezember 2001**

Wir haben in der November-Ausgabe zwar um Weihnachtsgeschenke für den „RotFuchs“ gebeten, aber versehentlich nicht angegeben, wohin sie der Weihnachtsmann schicken kann. Wir holen das hier nach.

Unser Spendenkonto lautet:
**Wolfgang Metzger, Sonderkonto „RotFuchs“,
Berliner Sparkasse (BLZ 10050000), Konto-Nr. 220 160 759**

Der „RotFuchs“ steht jetzt gleich zweimal im Internet:
<http://www.rotfuchs.net>
<http://home.t-online/home/rotfuchs.berlin.de>
Unsere E-Mail-Adresse lautet:
rotfuchs.berlin@t-online.de

Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 5. Dezember 2001
Und für Nr. 48: 8. Januar 2002

Heft 17 – Ideologie – von TOPOS erschienen

Zu beziehen über Dr. Dieter Kraft
Rosenthaler Str. 19, 10119 Berlin
Tel./Fax-Nr. 0049 (0)30/2820780

Diskreditierendes

Die Deutsche Post AG wird dadurch diskreditiert, daß in letzter Zeit offensichtlich außerpostalische Stellen exakt frankierte Sendungen durchsuchen und zurückhalten. Das erschüttert das Vertrauen in Zustellung und Postgeheimnis. Mehrere Briefe erreichten überhaupt nicht ihr Ziel. Andere November-Exemplare waren bis zu 21 Tagen unterwegs. Angesichts des Beförderungsmonopols der Deutschen Post AG für Briefsendungen entsteht daraus eine Rufschädigung. Wir bitten unsere Leser, solche Vorkommnisse auf das Konto derjenigen zu buchen, die dafür verantwortlich sind.

Am 23. Dezember 2001 begeht

Genosse Günter Buschow aus Schwerin, der sich vom Arbeiter zum angesehenen Pädagogen der DDR entwickelte, seinen **75. Geburtstag**. Wir danken dem treuen Leser und gelegentlichen Autor unserer Zeitschrift für seine verlässliche Verbundenheit mit dem „RotFuchs“. Gratulation, lieber Günter!

Herzlichen Glückwunsch Genossen Dr. Hans-Günter Szalkiewicz

zu seinem 70. Geburtstag am 3. Januar 2002. Der Jubilar, zu DDR-Zeiten als studierter Ökonom u. a. in der Staatlichen Plankommission tätig, hat nach der Konterrevolution als Org.-Sekretär der Berliner DKP und in anderen Funktionen, aber auch auf theoretischem Gebiet eine anerkannte Arbeit geleistet. Die Redaktion gratuliert ihm und wünscht sich aus seiner versierten Feder interessante Beiträge für den „RotFuchs“.

Die **Regionalgruppe Berlin des „RotFuchs“-Fördervereins** lädt zu einer Veranstaltung am Freitag, dem 18. Januar 2002, um 15.30 Uhr in den Klub der Volkssolidarität, Torstraße 203-205 (ehemalige Wilhelm-Pieck-Str.), ein. Es spricht Genosse

Prof. Dr. Erich Buchholz

über das Thema:

Krieg – Staatsterrorismus – Völkerrecht

Verkehrsverbindungen: S-Bahn bis Friedrichstr.; U-Bahn-Linie 6 bis Oranienburger Tor, Straßenbahnen 1, 6, 50 bis Oranienburger Tor, Bus 340 Gäste sind willkommen.

Gegründet im Februar 1998
als Zeitung der Gruppe Berlin-Nordost
der Deutschen Kommunistischen Partei

Herausgeber:
RotFuchs-Förderverein e. V.

Chefredakteur: Dr. Klaus Steiniger,
Teterower Ring 37,
12619 Berlin, Tel. 030/561 3404
(Redaktionsadresse, an die bitte auch alle
Post zu richten ist)

Layout: Egon Schanser

Autorenkreis:

Rolf Berthold
Isolda Bohler (Valencia)
Dr. Vera Butler (Melbourne)
Wolfgang Clausner
Dr. sc. Gerhard Feldbauer
Walter Florath
Peter Franz
Dr. sc. Kurt Gossweiler
Dr. Ernst Heinz
Werner Hoppe

Prof. Dr. Ulrich Huar
Dieter Itzerott
Gerda Klabbuhn
Prof. Dr. Eike Kopf (Peking)
Wolfgang Metzger
Dr. Annemarie Mühlefeldt
Frank Mühlefeldt
Sokrates Papadopoulos (Thessaloniki)
Dr. Norbert Paulig
Rainer Rupp
Karl-Eduard v. Schnitzler †
Dr. Hartwig Strohschein

Herbert Thomas
Dr. Ing. Peter Tichauer
Rolf Vellay

Künstlerische Mitarbeit:
Arno Fleischer
Heinz Herreshbach
SHAHAR

Versand und Vertrieb:
Armin Neumann
Sonja Brendel, Bruni Büdler
Monika Kauf, Bernd Koletzki

Die Mitarbeit weiterer Autoren ist erwünscht. Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen müssen nicht immer mit denen der Redaktion übereinstimmen.

IMPRESSUM